



Roberto Heinrich, Malte Lübker und Heiko Biehl:

Parteimitglieder im Vergleich: Partizipation und Repräsentation

Kurzfassung des Abschlussberichts zum
gleichnamigen DFG-Projekt

Antragsteller: Prof. Dr. Wilhelm Bürklin und Dr. Carsten Zelle (†)

Potsdam, im Juli 2002

Universität Potsdam, Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliche Fakultät
Professur Regierungssystem der BRD/Innenpolitik
Postfach 601553, D-14415 Potsdam
http://www.uni-potsdam.de/u/ls_regierungssystem_brd/index.htm

Das Potsdamer Parteimitglieder-Projekt

Im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG) geförderten Projektes „Parteimitglieder im Vergleich“ wurde untersucht, wie sich das veränderte Partizipationsverhalten der Bürger auf die Parteien und ihre Funktion im politischen System ausgewirkt hat. Seit langem wird in vielen westlichen Gesellschaften der Trend beobachtet, dass sich die politische Aktivität der Bevölkerung kontinuierlich von den verfassten auf nicht-verfasste Formen der Partizipation verlagert. Parteien sind und bleiben jedoch die zentralen Strukturen des Regierens. Als „die eigentlichen Träger der Herrschaftsorganisation“ (Wildenmann 1954) ermöglichen sie den Bürgern zugleich, sich in institutionalisierter Form politisch zu beteiligen und so direkt auf Politik Einfluss zu nehmen. Vor diesem Hintergrund analysierte das Forschungsprojekt mit der Beteiligung in politischen Parteien eine für die moderne Demokratie besonders wichtige Form der verfassten Partizipation.

Im Mittelpunkt der Potsdamer Mitgliederstudie stand die generelle Frage, inwieweit die Realität der innerparteilichen Demokratie dem normativen Anspruch gerecht wird, ein Bindeglied („Linkage“) zwischen Bevölkerung und politischer Elite zu sein: Wer sind die Parteimitglieder? Wie aktiv sind sie in- und außerhalb ihrer Partei? Welche Merkmale kennzeichnen diejenigen, die innerparteilich aktiv werden und damit potenziell Einfluss auf die politische Willensbildung ausüben? Welche Faktoren begünstigen, welche behindern die Partizipation in Parteien? Werden dadurch bestimmte Gruppen systematisch von ihrem Wunsch nach innerparteilicher Partizipation abgehalten? Welche Anreize motivieren welche Mitgliedertypen zu einem Engagement? Wie können die Parteien jene Mitglieder erreichen, die bereit sind, verantwortliche Positionen in den Parteien zu übernehmen?

Die Antworten auf diese Fragen lieferte eine schriftliche Befragung von Mitgliedern aller sechs im Bundestag vertretenen Parteien. Insgesamt 16.000 Mitglieder wurden von Januar 1998 an angeschrieben und gebeten, einen zwanzigseitigen Fragebogen auszufüllen. Bei der Stichprobenziehung konnte auf die zentralen Mitgliederkarteien der Parteien zurückgegriffen werden. Die Auswahl der Parteimitglieder erfolgte über ein Zufallsverfahren, das repräsenta-

tive Aussagen über die Gesamtmitgliedschaften ermöglicht. Um tiefergehende Untersuchungen für die Mitglieder in den neuen Bundesländern durchführen zu können, wurde die Stichprobe für SPD, CDU, FDP und die Grünen disproportional angelegt.

Die Unterstützung durch die Parteien, umfangreiche Nachfass-Aktionen und ein aufwendiges Anonymisierungsverfahren führten zu einer hohen Rücklaufquote: 66 Prozent der angeschriebenen Mitglieder schickten den Fragebogen bis zum Ende der Feldphase im April 1998 ausgefüllt zurück. Von allen Parteien beteiligten sich die Mitglieder von Bündnis '90/Die Grünen und der PDS am stärksten; hier nahmen 77 Prozent (Grüne) bzw. 76 Prozent (PDS) an der Befragung teil. In der SPD beteiligten sich 68 Prozent, in der FDP 61 Prozent der angeschriebenen Mitglieder, und die beiden Unionsparteien weisen mit 59 Prozent die niedrigste Rücklaufquote auf. Parallel zur Hauptstudie wurde zusätzlich eine repräsentative Telefon-Umfrage durchgeführt, für die jeweils 1.000 Personen aus den alten und neuen Bundesländern befragt wurden. Die Analysen der Mitgliederstudie können deshalb neben den Parteimitglieder-Daten auch noch speziell auf das Forschungsinteresse zugeschnittene Bevölkerungsdaten berücksichtigen,

Der vorliegende Bericht fasst die wesentlichen Ergebnisse der Potsdamer Parteimitglieder-Studie zusammen. Es wird gefragt, aus welchen Beweggründen sich Bürger in den politischen Parteien engagieren, und in welchen Formen er als Mitglied aktiv wird. Anhand der Mitgliederaktivität inner- und außerhalb der Parteien wird dabei einerseits der organisatorischen Bedeutung von Parteimitgliedern nachgegangen. Andererseits werden die Beteiligungsstrukturen untersucht, die die innerparteiliche Mitarbeit der Mitglieder prägen. Darüber hinaus widmet sich die Darstellung den politischen Einstellungen der deutschen Mitgliedschaften sowie ihren Vorstellungen zur Reform der bestehenden Parteistrukturen.

Die einzelnen Kapitel geben über folgende Themen Aufschluss:

- *Beweggründe für das Engagement in Parteien:* Es zeigt sich ein klares Muster, nach dem die Mitgliedschaft am ehesten einem politischen Bekenntnisakt entspricht. Für die Mehrheit der deutschen Mitglieder entspringt die Parteizugehörigkeit weltanschaulicher Solidarität, normativer Verpflichtung, affektiver Verbundenheit und der Präferenz politischer Ziele. Ambitionen auf eine politische Karriere benennen dagegen nur ganz wenige Mitglieder als entscheidenden Grund für ihre Mitgliedschaft (siehe Kapitel 1).

- *Sozialstruktur der Mitgliedschaften:* Die Mitglieder der deutschen Parteien unterscheiden sich gleich in vielfacher Hinsicht von der wahlberechtigten Bevölkerung. So haben sie ein überdurchschnittlich hohes formales Bildungsniveau und sind häufiger im öffentlichen Dienst beschäftigt als der Bevölkerungsschnitt. Besonders auffallend ist die Unterrepräsentation der Altersgruppe von 18 bis 40 Jahren und der geringe Frauenanteil. Obwohl sich das sozialstrukturelle Profil der einzelnen Parteien stark angeglichen hat, fallen die beiden Unionsparteien nach wie vor durch einen hohen Anteil kirchenverbundener, insbesondere katholischer Mitglieder auf, und die SPD zeigt den höchsten Arbeiteranteil (siehe Kapitel 2).
- *Engagement der Mitglieder:* Die Mitglieder halten nach eigenen Angaben mehrheitlich auch tatsächlich Kontakt zu ihren Parteien. Allerdings gibt es eine starke Gruppe von vollständig passiven Mitgliedern (etwa 40 Prozent), und auch unter den aktiven Mitgliedern wendet etwa die Hälfte weniger als fünf Stunden monatlich für die Parteiarbeit auf. Die Organisationswirklichkeit der Parteien teilt sich dabei in zwei voneinander klar abgrenzbare Sphären: Eine Gruppe von Mitgliedern beteiligt sich in erster Linie im Rahmen ämterorientierter Aktivität, bringt sich in den Gremien ein und kandidiert für öffentliche Mandate und parteinterne Ämter. Andere Mitglieder werden hingegen überwiegend durch gesellige Veranstaltungsformen angesprochen, und sind nicht bereit, darüber hinaus Verantwortung zu übernehmen (siehe Kapitel 3).
- *Politische Einstellungen:* Die Mitgliedschaften der deutschen Parteien unterscheiden sich – trotz der sozialstrukturellen Angleichungstendenz – durch klar voneinander trennbare Einstellungsprofile. Dies zeigt sich zunächst in der Selbsteinstufung auf der Links-rechts-Skala; die PDS erscheint hier als dezidiert linke Partei, und die CSU ist in der Sicht ihrer Mitglieder deutlich rechts der Mitte angesiedelt. Diese Unterschiede konkretisieren sich in den Haltungen der Mitglieder zu Forderungen aus drei großen Politikfeldern (Sozial- und Wirtschaftspolitik, Umweltpolitik sowie Rechtspolitik), wobei sich Abweichungen vom idealtypischen Links-rechts-Verlauf ergeben (siehe Kapitel 4).
- *Parteireform durch mehr direkte Mitgliederbeteiligung:* Die Mitglieder aller Parteien stehen der Einführung von direktdemokratischen Entscheidungsinstrumenten grundsätzlich zustimmend gegenüber. Besonders positiv werden Wahlkreismitgliederversammlungen zur Aufstellung des Direktkandidaten für den Bundestag bewertet. Die-

ses, in einigen Parteien schon verbreitet eingesetzte Verfahren, eröffnet den „einfachen Mitgliedern“ eine echte Einflussmöglichkeit und bietet für die Parteien darüber hinaus die Chance, auch Passivmitglieder wieder zu aktivieren (siehe Kapitel 5).

Das Forschungsprojekt ist in enger Zusammenarbeit mit meinem früheren Mitarbeiter Dr. Carsten Zelle auf den Weg gebracht worden, der gegenüber der Deutschen Forschungsgemeinschaft auch Mit Antragsteller war. Dr. Zelle hat für das Projekt wichtige konzeptionelle Vorarbeiten geleistet und leitete die Datenerhebung mit großem Engagement bis zu deren Abschluss. Durch seinen frühen Tod konnte er die Auswertung der Daten nicht mehr erleben. An seiner Stelle wurde Dipl.-Pol. Roberto Heinrich mit der Projektleitung beauftragt. An der Datenauswertung haben neben Heiko Biehl (MA) und Dipl.-Pol. Heiko Gothe die studentischen Hilfskräfte Malte Lübker, Sven Siefken, Marius Voigt, Martin Weiß, Manja Wiesner und Cornelia Wilkens mitgearbeitet. Malte Lübker hat zudem bei der Redaktion des Abschlussberichtes an die Deutsche Forschungsgemeinschaft wertvolle Hilfe geleistet.

Berlin, im Juli 2002

Wilhelm Bürklin

Inhalt

1. Beweggründe für die Mitgliedschaft in Parteien	1
2. Sozialstruktur der Parteien	9
3. Die Aktivität der Mitglieder	23
4. Einstellungen und politische Orientierungen von Parteimitgliedern	36
5. Reform der innerparteilichen Willensbildung	44
Literatur	55
Kurzbiographien der Autoren, Kontaktadressen	61

Abbildungsverzeichnis

1. Nutzen der Mitgliedschaft – Das allgemeine Anreizmodell nach Paul Whiteley und Patrick Seyd	2
2. Nutzen der Mitgliedschaft	4
3. Nutzen der Mitgliedschaft im Parteienvergleich	6
4. Schichtzugehörigkeit der Bevölkerung und der Parteimitglieder	10
5. Erwerbstätigkeit von Bevölkerung und Parteimitgliedern	12
6. Konfessionszugehörigkeit von Bevölkerung und Parteimitgliedern	15
7. Höchste Bildungsabschlüsse von Bevölkerung und Parteimitgliedern	17
8. Altersstruktur der Bevölkerung und der Parteimitgliedern	18
9. Frauen- und Männeranteil unter den Parteimitgliedern	20
10. Organisationsengagement	24
11. Engagement in Vereinen und Verbänden im Parteienvergleich	25
12. Aktivität – Integration im Parteienvergleich	27
13. Zeitaufwand der aktiven Mitglieder	29
14. Aktivitätsprofil	30
15. Aktivitätsprofil im Parteienvergleich	32
16. Struktur innerparteilicher Aktivität	33
17. Ämterorientierte und gesellige Aktivität im Mitgliedervergleich	34
18. Ideologische Positionierung der Parteimitglieder	38
19. Einstellung der Parteimitglieder – Sozial- und Wirtschaftspolitik	39
20. Einstellung der Parteimitglieder – Umweltpolitik	40
21. Einstellung der Parteimitglieder – Rechtspolitik	41
22. Haltung der Mitglieder zu direktdemokratischen Elementen	45
23. Haltung der Mitglieder zu Mitgliederentscheiden bei zentralen Sachfragen der Bundespolitik	46
24. Bindungswirkung von Mitgliederentscheiden – Erwartungshaltung der Mitglieder	47
25. Haltung der Mitglieder zur Urwahl des Bundesvorsitzenden	48
26. Haltung der Mitglieder zur Urwahl des Wahlkreiskandidaten für den Bundestag	50
27. Teilnahmeabsicht für Mitgliedervollversammlungen nach Aktivitätsniveau	51
28. Haltung zu den Reformvorschlägen nach ämterorientiertem Aktivitätsniveau	52

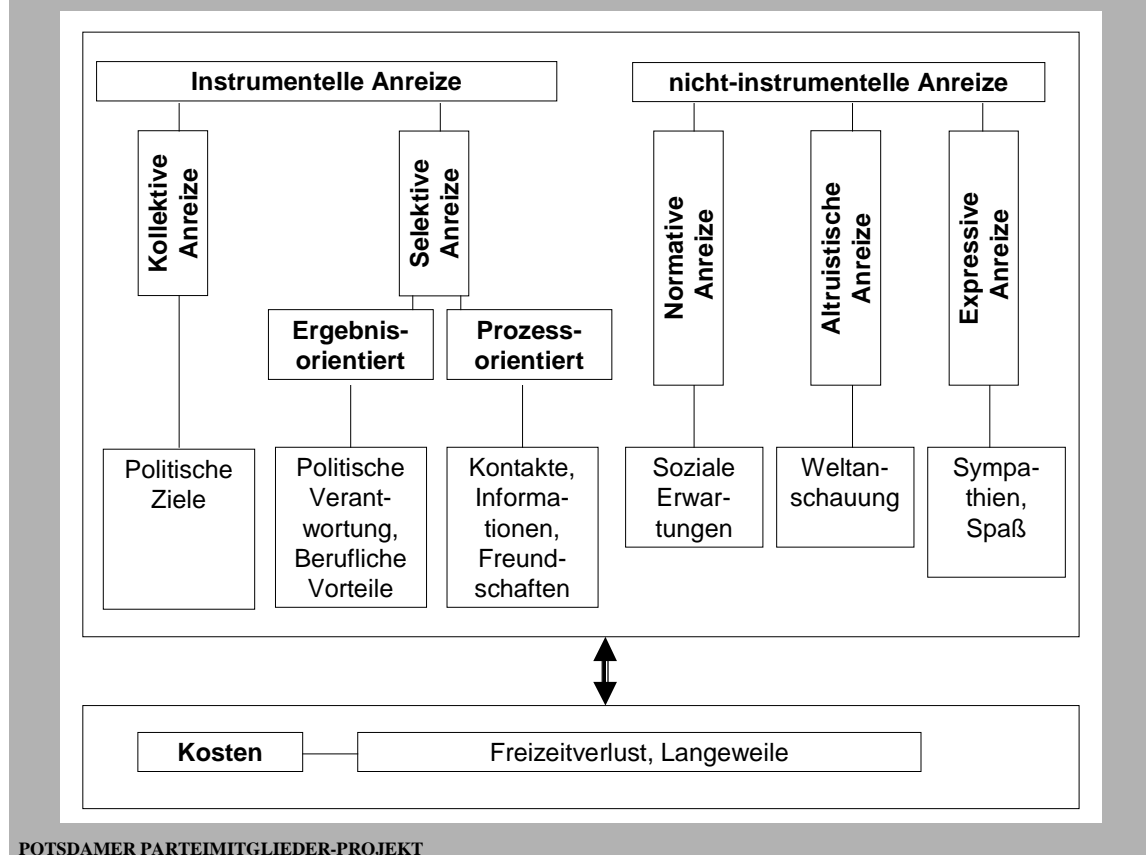
1. Beweggründe für die Mitgliedschaft in Parteien

1.1. Theoretische Betrachtungen

Welche Nutzenerwägungen sind mit der Mitgliedschaft und dem Engagement in einer Partei verbunden? Ein systematisches Schema zur Klassifizierung aller Nutzenaspekte einer Mitgliedschaft haben die britischen Forscher um Seyd und Whiteley entwickelt (Seyd/Whiteley 1992: 56ff.; Whiteley u. a. 1994: 80ff.). Ihr Allgemeines Anreizmodell spannt den Bogen von instrumentellen bis hin zu nicht-instrumentellen Nutzenvorteilen. Bei ersteren stellt sich der Nutzen als Folge der Mitgliedschaft bzw. der Parteiarbeit ein, man engagiert sich zielorientiert. Betreffen diese Ziele politische Forderungen, folgt das Mitglied kollektiven Anreizen. Von selektiven Anreizen ist zu sprechen, wenn private Ambitionen im Vordergrund stehen, wie eine politische Karriere bzw. der Aufbau eines beruflich nutzbaren Kontaktnetzwerkes (ergebnisorientierte Anreize) oder der Kontakt mit Gleichgesinnten bzw. die Suche nach exklusiven politischen Informationen (prozessorientierte Anreize).

Von nicht-instrumentelle Anreizen kann demgegenüber gesprochen werden, wenn der Zweck der eigenen Mitgliedschaft bereits in der Mitgliedschaft bzw. der Mitarbeit selbst angelegt ist. In diesem Fall erhöht die Mitgliedschaft oder aber die Aktivität in der Partei das Selbstwertgefühl des Bürgers, weil er damit wichtigen inneren Verpflichtungen nachkommt. Solche Verpflichtungen können sich aus verinnerlichteten Beteiligungsnormen oder von außen herangetragenen Erwartungen der Familie bzw. des Freundeskreises ableiten (normative Anreize), ebenso aber aus gesellschaftspolitischen Visionen und Utopien (altruistische Anreize). Denkbar ist schließlich auch, dass eine starke emotionale Nähe zur Partei, Sympathien gegenüber Spitzenpolitikern oder aber einfach Spaß an der politischen Arbeit Mitgliedschaft und Engagement nahe legen (expressive Anreize, vgl. Abb. 1).

Abb. 1: Nutzen der Mitgliedschaft – Das allgemeine Anreizmodell nach Paul Whiteley und Patrick Seyd



Nimmt man an, dass sich Menschen als rationale, nutzenmaximierende Individuen verhalten, sollten von den vorgestellten Anreizen die kollektiven Beweggründe am wenigsten motivierend wirken. Als Mitglied für politische Ziele zu streiten, bedeutet, auf ein Ergebnis hinzuarbeiten, von dem auch der parteipolitisch nichtorganisierte Bürger bzw. das passive Mitglied profitiert. Hinzu kommt, dass der Anteil des einzelnen Mitgliedes an der Umsetzung politischer Ziele eher gering ist: Anthony Downs (1968: 167) argumentiert, dass die Aktivität des Einzelnen für die Auswahl einer Regierung bzw. die Verwirklichung politischer Ziele nicht maßgeblich ist. Unter der Bedingung eines gemeinsamen Engagements mit mehr oder minder vielen Gleichgesinnten gilt dies auch für die Partizipation in den Parteien. Wenn die Wahrscheinlichkeit gering ist, als Mitglied das Zustandekommen politischer Forderungen entscheidend zu beeinflussen, fällt der Nutzen aus der Zugehörigkeit zu einer Partei sehr niedrig aus und dürfte zudem von den Kosten einer Mitgliedschaft leicht übertroffen werden.

Alle vorliegenden Untersuchungen zu den Motiven von Parteimitgliedern sprechen allerdings gegen diese Annahme. Gefragt nach den Gründen ihres Eintritts bzw. ihrer aktuellen Mit-

gliedschaft, stehen politische Zielsetzungen bei den Mitgliedern in der Regel ganz weit oben. Eher den Erwartungen entspricht dagegen die Beobachtung früherer Studien, dass die nicht-instrumentellen Beweggründe für Parteimitglieder von beachtlicher Bedeutung sind. Bei dieser Gruppe von Anreizen ist es unerheblich, ob der einzelne mit seiner Mitgliedschaft effektiv etwas für die Partei und deren politischen Ziele erreichen kann. Der Bürger engagiert sich parteipolitisch, weil die Mitgliedschaft im Einklang steht mit seinen weltanschaulichen Vorstellungen, seiner Parteinähe oder aber eigenen bzw. gesellschaftlichen Werten und Normen. Im Ergebnis erhöht sich aus theoretischer Sicht der Nutzen einer Mitgliedschaft, weil bei diesem Motivhintergrund nur derjenige sein Wohlbefinden steigern wird, der auch tatsächlich Mitglied wird oder bleibt. Anders als bei den kollektiven Anreizen geht die Entscheidung, nicht Mitglied zu sein, zwangsläufig mit einem Nutzenverzicht einher.

Diese Logik der ungeteilten persönlichen Vorteile betrifft freilich auch die selektiven Anreize: Sie werfen nur dann einen Nutzen ab, wenn der Bürger Mitglied ist und sich als solches auch innerparteilich engagiert. Wer ein politisches Amt anstrebt, kommt an den Parteien nicht vorbei. Wer den Kontakt mit politisch Gleichgesinnten sucht, dem bieten die Parteien hierzu eine ideale Möglichkeit. In diesen Fällen ist der Zeitaufwand eine Investition, von der man erwarten kann, dass sie sich am Ende durch eine Funktion, ein Amt oder aber politische Freundschaften auszahlt. Obwohl die Theorie den selektiven Anreizen einen hohen Stellenwert einräumt, sprechen die empirischen Erfahrungen dennoch gegen diese These. Insbesondere Anreize, die auf Ämter und Funktionen, also eine politische Karriere abzielen, spielten in bisherigen Studien immer nur eine zweitrangige Rolle.

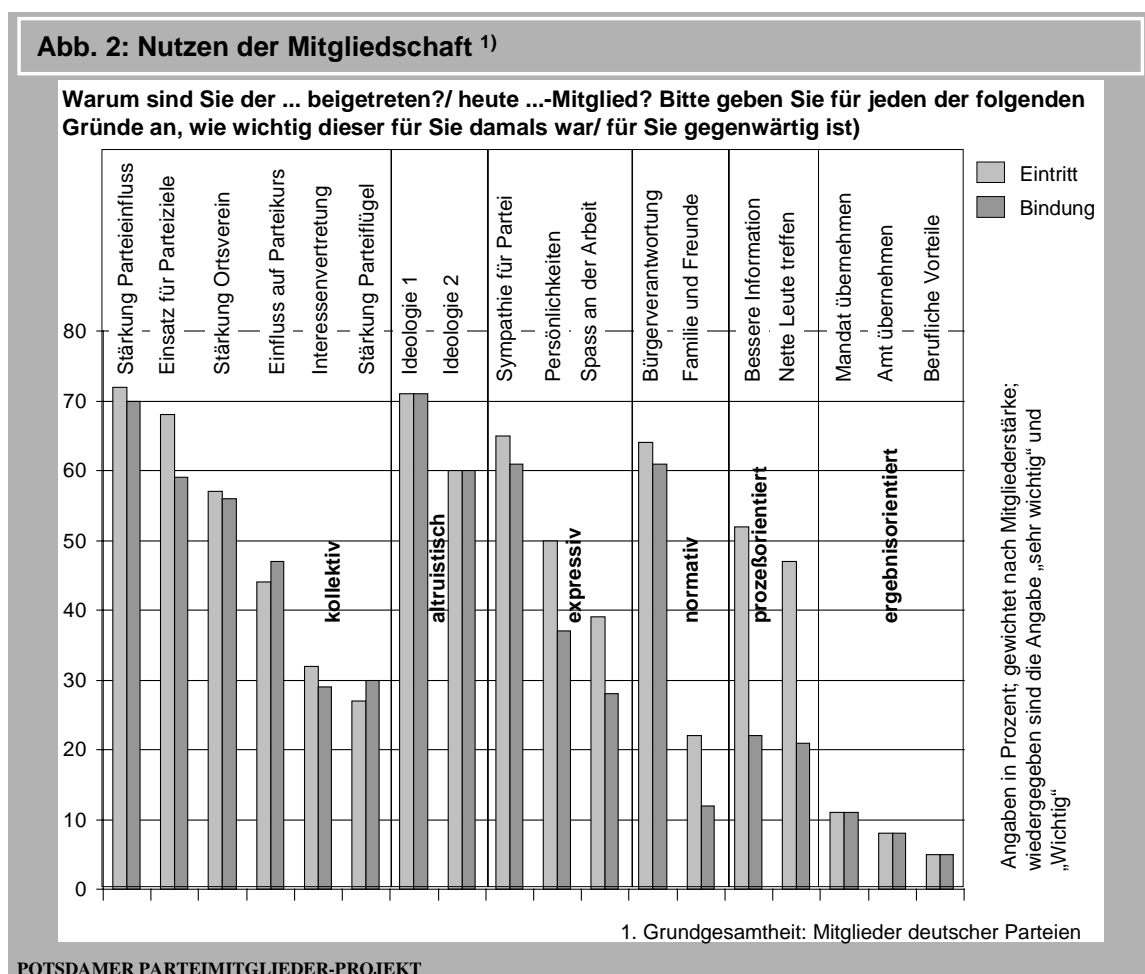
1.2. Motive in der Wirklichkeit

Der empirische Forschungsstand zu den Beweggründen für Eintritt und Bindung wird auch durch die vorliegenden Daten nicht in Frage gestellt. Im Gegenteil: Es zeigt sich ein klares Muster, bei dem die Mitgliedschaft am ehesten einem politischen Bekenntnisakt entspricht. Für die Mehrheit der deutschen Mitglieder entspringt die Parteizugehörigkeit weltanschaulicher Solidarität, normativer Verpflichtung, affektiver Verbundenheit und der Präferenz politischer Ziele. Besonders motivieren die Mitglieder:

- die Identifikation mit einer politischen Utopie,
- der Wille, den Einfluss der Partei zu stärken,
- das Vorhaben, sich für die Ziele der Partei einzusetzen,

- die Sympathie zur eigenen Partei, sowie
- das Gefühl, als Bürger zu einer Mitgliedschaft einfach verpflichtet zu sein.

Wie in früheren Studien benennen die Mitglieder selektive Anreize auffallend selten. Allein die Suche nach exklusiver politischer Information und das Bedürfnis nach Gruppen- und Gemeinschaftserlebnissen besitzt eine gewisse Bedeutung, allerdings auch nur für den Parteieintritt. Ambitionen auf eine innerparteiliche Funktion oder aber ein Mandat benennen nur ganz wenige Mitglieder, und kaum ein Mitglied gibt an, berufliche Vorteile mit seiner Mitgliedschaft zu verbinden (Abb. 2).



Diese Bedeutungshierarchie besteht nicht nur parteiübergreifend, sondern auch gesamtdeutsch. In allen Parteien – egal, ob in den alten oder den neuen Bundesländern – bilden kollektive und nicht-instrumentelle Anreize den Schwerpunkt der Begründungen, selektive Anreize rangieren dagegen ganz weit hinten. Trotz dieses generellen Befundes lohnt der Blick auf bestehende Unterschiede zwischen den Mitgliedschaften. Am stärksten wiegen politische und weltanschaulich-ideologische Gründe bei den Parteien des linken politischen Spektrums.

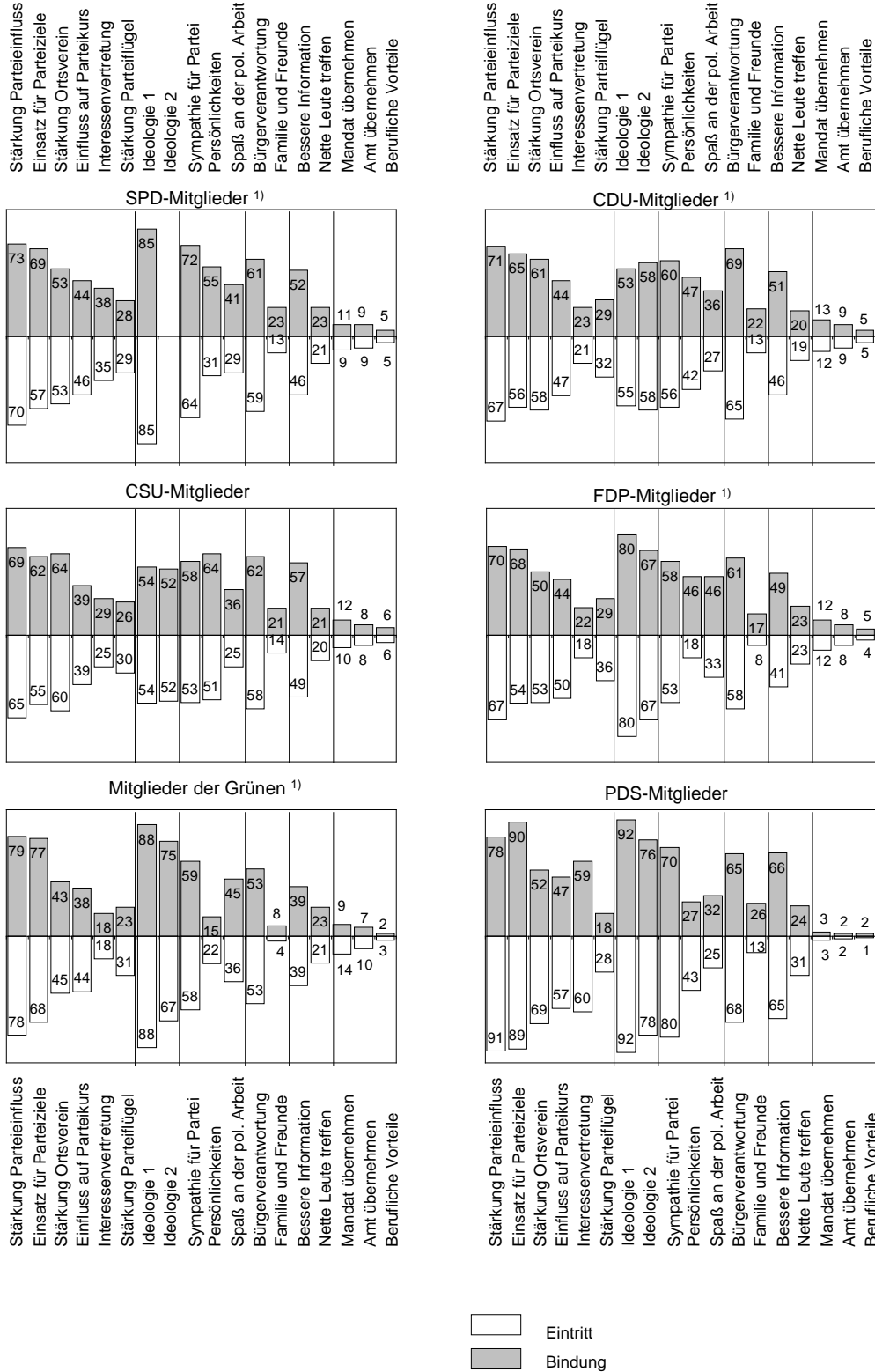
Den Einfluss der Partei zu stärken und sich für die politischen Ziele der Partei stark zu machen, schreiben sich besonders viele Mitglieder der Grünen und der PDS auf die Fahnen. Gemeinsam mit den Mitgliedern der SPD, aber auch der FDP sind dies auch die Mitgliedschaften, in denen die Weltanschauung vor allen anderen Motiven ein herausragendes Gewicht besitzt (Abb. 3).

Anders sieht das Bild bei den beiden Unionsparteien aus. In ihrer Bedeutung rangieren weltanschauliche Begründungen hier im Mittelfeld, hinter den kollektiven Anreizen. Bei beiden Parteien fällt zudem auf, dass die kollektiven Beweggründe einen starken lokalen Bezug haben: Die Partei vor Ort zu stärken, motiviert im Vergleich zu SPD, FDP und Grünen auffällig häufig die Mitglieder von CDU und CSU. Offensichtlich sehen sie sich vor allem als politische Bürger, die über die Partei ihre unmittelbaren Lebenszusammenhänge mitgestalten wollen. Hierfür spricht auch, dass überdurchschnittlich viele CDU-Mitglieder ihre Parteizugehörigkeit einfach als ihre Pflicht als Bürger ansehen. Die CSU-Mitglieder weisen insofern eine Besonderheit auf, als die Sympathie gegenüber Spitzenpolitikern nirgendwo so sehr mobilisiert wie bei ihnen. Damit unterscheiden sich die CSU-Mitglieder vor allem von den Mitgliedern der FDP und der Grünen, für die Persönlichkeiten kaum einen Grund für die Parteizugehörigkeit darstellen. Ungewöhnlich viele Liberale und Bündnisgrüne stechen wiederum dadurch hervor, dass für sie der Spaß an der politischen Arbeit entscheidend dafür ist, um sich parteipolitisch zu engagieren.

Die PDS ragt aus mehreren Gründen heraus. Sie bindet nicht nur die meisten Mitglieder aus weltanschaulichen Gründen oder aber wegen der Übereinstimmung von Parteizielen mit eigenen Zielen, sondern sie ist auch die Partei, zu der die Mitglieder die größte emotionale Nähe empfinden. In keiner anderen Partei begründen derart viele Mitglieder ihre bestehende Parteizugehörigkeit damit, dass sie gegenüber der Partei ihre Sympathie ausdrücken wollen. Dieser besondere Stellenwert emotionaler Bindung geht einher mit der klaren Erwartung, dass die eigene Partei Gruppeninteressen in der Politik vertritt: „Weil sich die Partei für Leute wie mich einsetzt“, ist eine Begründung für die bestehende Mitgliedschaft, die mehrheitlich nur durch die PDS-Mitglieder geteilt wird. Die PDS-Mitglieder sehen damit ihre Partei am deutlichsten von allen deutschen Mitgliedern als Sprach- und Transformationsorgan eigener Interessen. Allerdings leiten die wenigsten Mitglieder hieraus ab, auch selbst im politischen Willensbildungsprozess für die Durchsetzung dieser Interessen zu streiten; in keiner anderen Partei streben so wenige Mitglieder eine politische Funktion oder ein Mandat an wie in der PDS. Sehr viel verbreiteter als in anderen Parteien ist bei ihnen dafür das Bedürfnis nach Gruppen-

Abb. 3: Nutzen der Mitgliedschaft im Parteienvergleich

Warum sind Sie der ... beigetreten?/ heute ...-Mitglied? Bitte geben Sie für jeden der folgenden Gründe an, wie wichtig dieser für Sie damals war/ für Sie gegenwärtig ist.



¹⁾ Angaben in Prozent; gewichtet mit *wintern*

Grundgesamtheit: Mitglieder deutscher Parteien

und Gemeinschaftserleben, noch mehr aber nach exklusiver politischer Information einschließlich politischer Deutung und Interpretation.

Die Motivation der PDS-Mitglieder verweist auf ein abweichendes Organisationsverständnis. Stärker als alle anderen Mitgliedschaften sehen sie ihre Partei in erster Linie als politische Lebensgemeinschaft, und nur in zweiter Linie als Gebilde zur Auslese und Rekrutierung politischer Eliten. Keineswegs ist diese Mitglieder-Erwartung ohne weiteres auf den Osten übertragbar: Die anderen Mitgliedschaften in den neuen Bundesländern sind ähnlich ergebnisorientiert wie ihre westdeutschen Parteifreunde, das Interesse an Mandaten liegt bei den ostdeutschen Mitgliedern von SPD und CDU sogar deutlich höher. Auch zeigt sich in den neuen Bundesländern außerhalb der PDS kaum noch die Besonderheit, die eigene Partei als Informationsgeber und politischen Weltdeuter zu beanspruchen. Gleichzeitig schätzen allerdings in der CDU, vor allem aber in der FDP, sehr viel mehr Mitglieder als im Westen die Möglichkeit, Kontakt mit politisch Gleichgesinnten zu halten. Nette Leute zu treffen, bindet sogar genauso viele Ost-Liberale an die eigene Partei wie in der PDS.

Der Ost-West-Vergleich hilft nicht nur die Frage zu beantworten, inwiefern die Besonderheiten in den Motiven der Mitglieder der PDS auf diese Partei beschränkt sind oder aber generell auf ostdeutsche Parteimitglieder zutreffen. Er ermöglicht darüber hinaus einen Blick auf die innere Verfasstheit der deutschen Parteien. Gemessen an der Bindungskraft kollektiver Anreize, ideologischer Deutungssysteme und expressiver Motive müssen die zu Beginn der 1990er Jahre vollzogenen Vereinigungen von Ost- und Westparteien in der Mehrzahl als glücklich angesehen werden. Bei SPD, CDU und Grünen binden die kollektiven Anliegen der Parteien, ihre weltanschaulichen Prämissen sowie das emotionale Außenbild die Mitglieder im Osten mittlerweile mindestens genauso wie im Westen.

Allein bei der FDP offenbart sich gegen Ende der 1990er Jahre ein erkennbares Integrationsproblem: Den Einfluss der Partei zu stärken und sich für Parteiziele einzusetzen bewegt in der Ost-FDP deutlich weniger Mitglieder als bei den West-Liberalen. Dass hier die politisch-ideologische Identität der ostdeutschen Mitglieder berührt sein könnte, zeigt sich am geringeren Gewicht weltanschaulicher und emotionaler Beweggründe in den neuen Bundesländern: Der Einsatz für die freiheitliche Bürgergesellschaft spielt zwar auch für die Ost-Mitglieder eine alles überragende Rolle, spricht aber dennoch deutlich weniger Mitglieder an als im Westen. Sympathie gegenüber der eigenen Partei zu zeigen, ist mit 44 Prozent für nicht einmal die Hälfte der ostdeutschen FDP-Mitglieder – so wenig wie nirgendwo sonst – ein wichtiger Grund, in der Partei zu sein. Dies passt zu dem ebenfalls gemachten Befund, dass die ost-

deutschen Liberalen insbesondere in wirtschaftspolitischen Fragen Positionen vertreten, die von dem Profil der Gesamtpartei deutlich abweichen. Da auch die gemessene Wählerloyalität der Ost-Liberalen auffällig niedrig ausfiel, spricht somit sehr viel dafür, dass am Ende der 1990er Jahre ein beachtlicher Teil der ostdeutschen Freidemokraten ein distanzierendes Verhältnis zu ihrer Partei einnimmt.

2. Sozialstruktur der Parteien

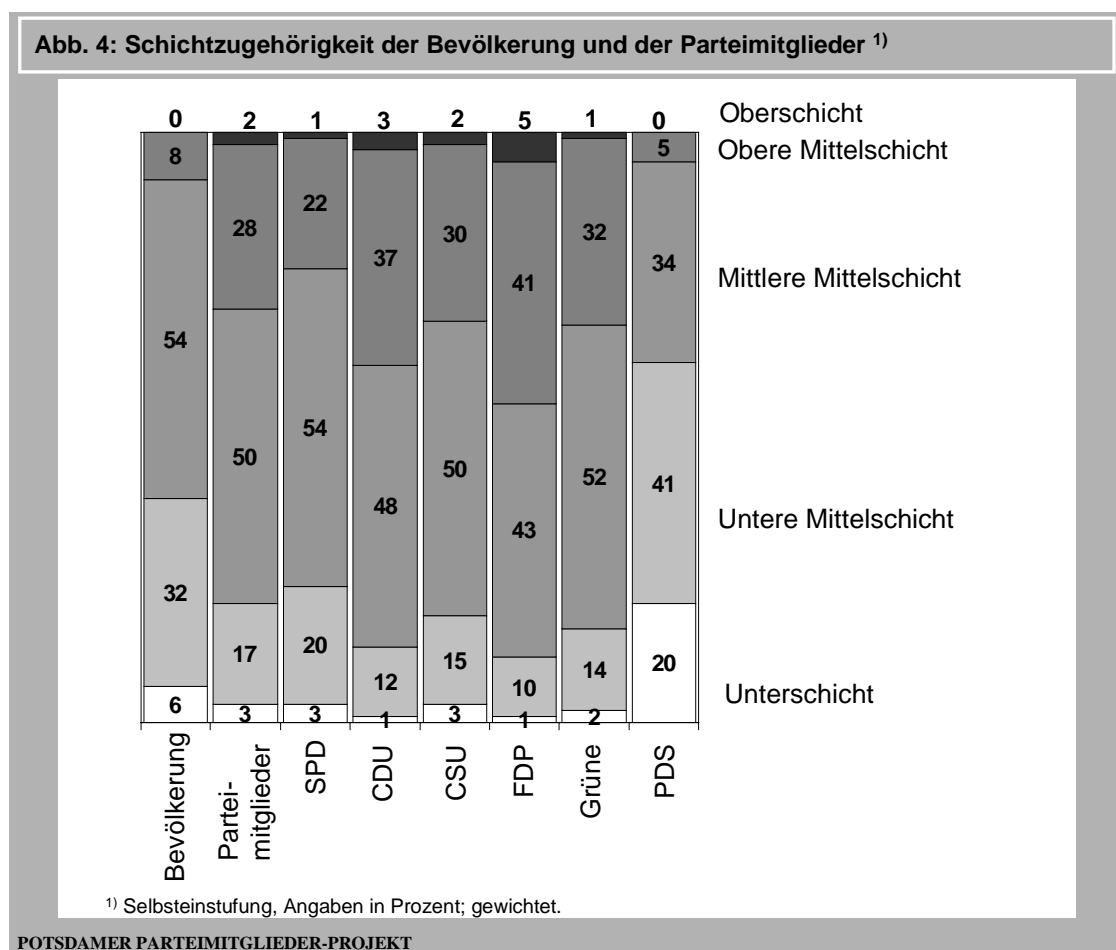
In der politischen Soziologie lassen sich zwei Ansätze zur Erklärung der soziodemografischen Zusammensetzung der Parteimitgliedschaften heranziehen: die von Lipset und Rokkan (1967) entwickelte Cleavage-Theorie und der Ressourcenansatz zur Erklärung politischer Partizipation (vgl. Verba u. a. 1978; Verba u. a. 1995). Die Ansätze beziehen sich auf unterschiedliche Aspekte der sozialstrukturellen Verankerung der Parteien. Der Ressourcenansatz erläutert, warum Individuen überhaupt am politischen Leben teilnehmen. Die Cleavage-Theorie begründet hingegen, weshalb sich Individuen gerade einer bestimmten Partei anschließen. Beide Ansätze stehen trotzdem in einer gewissen prognostischen Konkurrenz zueinander. So geht die Cleavage-Theorie davon aus, dass sich im Sozialprofil der Mitglieder die traditionellen Verknüpfungen eines Milieus mit einer Partei zeigen, wie etwa die Verbindung von Arbeitern und Sozialdemokratie oder die Nähe der Katholiken zu den Unionsparteien. Der Ressourcenansatz hingegen vermutet, dass sich die Sozialprofile der Parteien weitgehend ähneln, weil sich in allen Parteien gleichermaßen besonders ressourcenstarke Bürger engagieren sollten. Die bisherigen Analysen der sozialen Zusammensetzung deutscher Parteien stützen eher die Vermutungen des Ressourcenansatzes, sie konstatierten eine Nivellierung der Mitgliederstrukturen (Gluchowski und Veen 1979). Inwiefern sich diese Entwicklung fortgesetzt hat, wird im Folgenden anhand der Kategorien Schichtzugehörigkeit, Erwerbstätigkeit, Konfession, Bildung, Alter und Geschlecht geprüft.

2.1. Schichtzugehörigkeit

Es gibt eine Vielzahl wissenschaftlicher Versuche, die Gestalt moderner Gesellschaften über ihre hierarchische Struktur zu erfassen. Diese Theorien konstatieren, dass soziale Ungleichheiten die gesellschaftlichen Verhältnisse prägen. Eines der prominentesten Konstrukte, das diesem Muster folgt, ist die marxistische Klassenanalyse. In bewusster Abgrenzung zu Marx wurde nach dem Zweiten Weltkrieg auch in Europa das Modell gesellschaftlicher Schichten, dessen Ursprünge bis auf Max Weber und Theodor Geiger zurückgehen, in die Diskussion

eingebraucht (Geißler 1996: 69f.; Vaskovics 1989: 558). Demnach sind moderne Gesellschaften in Schichten gegliedert, und mit steigender Schichtzugehörigkeit geht ein höheres sozioökonomisches Niveau einher, das durch einen gehobenen sozialen Status und eine günstigere Ressourcenausstattung gekennzeichnet ist.

Aus den Annahmen des Ressourcenmodells lässt sich ableiten, dass Bürger aus unteren Schichten in den Parteien unterrepräsentiert sein sollten, Bürger aus höheren Schichten hingegen überrepräsentiert. Legt man als Operationalisierung die subjektive Schichteinstufung zugrunde, bestätigt sich, dass Bürger aus den höheren Schichten stärker in den Parteien vertreten sind als im Schnitt der Bevölkerung.



Während sich nur acht Prozent der Wahlberechtigten der oberen Mittelschicht und der Oberschicht zurechnen, ist dies bei 30 Prozent der Parteimitglieder der Fall. Am höchsten stufen sich die Mitglieder der FDP ein: Hier rechnen sich immerhin fünf Prozent der Parteimitglieder selbst zur Oberschicht, weitere 41 Prozent zur oberen Mittelschicht. Offenkundig existiert unter den Mitgliedern der Liberalen ein ausgeprägtes Bewusstsein, einer gesellschaftlichen Elite anzugehören (Lösche/Walter 1996: 166ff.). Im Vergleich zu den Wahlberechtigten stu-

fen sich aber auch die Angehörigen von CDU, CSU und Bündnisgrünen deutlich höher ein und in geringerem Maße auch die Mitglieder der SPD. Lediglich die PDS weicht erkennbar von diesem Muster ab. So rechnet sich immerhin jedes fünfte ihrer Mitglieder zur Unterschicht (Abb. 4). Diese Beobachtung ist nur in Teilen ein Spezifikum der PDS. Generell siedeln sich ostdeutsche Mitglieder im Schichtmodell niedriger an als westdeutsche. Trotzdem erhärtet sich die aus dem Ressourcenmodell abgeleitete Hypothese auch für die neuen Bundesländer: Im Durchschnitt ordnen sich auch hier Parteimitglieder höher in das Schichtenmodell ein, als dies Nichtmitglieder tun. Dies gilt für alle Parteien mit Ausnahme der PDS, deren Mitglieder sich im Schichtmodell so einstufen wie die ostdeutsche Bevölkerung.

2.2. Erwerbstätigkeit

In der Geschichte der Bundesrepublik prägten vor allem zwei Konfliktlinien das Parteiensystem: der konfessionelle Gegensatz und der Klassenkonflikt. Doch die Verknüpfungen zwischen Parteien und Sozialmilieus befinden sich seit geraumer Zeit in Auflösung. Aufgrund der veränderten wirtschaftlichen, sozialstaatlichen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen lösen sich die aus der Epoche der Industrialisierung hervorgegangenen Milieus allmählich auf. Die Parteien passen sich den veränderten Umweltbedingungen an, indem sie ihre Wähler- und Mitgliederbasis verbreitern. Die Selbstzuschreibung „Volkspartei“ (Mintzel 1984) ist Ausdruck des Interesses der Parteien, neue Wähler- und Mitgliederschichten zu gewinnen. Gluchowski und Veen (1979) weisen erstmals die damit verbundenen sozioökonomischen Angleichungstendenzen in den Mitgliedschaften von CDU und SPD nach. In dieser ersten umfassenden Untersuchung kommen die Autoren zu dem Ergebnis, dass sich die Erwerbsstrukturen der Mitglieder „bereichsweise angenähert“ hätten, sie „in ihren Angestellten- und Beamtenanteilen sogar ähnlich geworden [seien]. Dagegen erfolgte die Annäherung ihrer Arbeiter- und Selbständigenanteile von solch stark divergierenden Ausgangsniveaus, dass ungeachtet beträchtlicher Veränderungen hier auch heute noch deutliche Unterschiede zwischen den beiden Parteien bestehen“ (Gluchowski/Veen 1979: 331). Gabriel und Niedermayer (1997: 290ff.), die die Untersuchung der Mitgliederstrukturen zeitlich fortgeschrieben haben, stützen „die These von der Ablösung der Parteien von ihren traditionellen sozialen Milieus“ (ebda.: 292). Beamte, Angestellte und Rentner seien die dominanten Gruppen unter den Mitgliedern sämtlicher Bundestagsparteien. Dies gilt unverändert für die gegenwärtige Situation (Abb. 5).

Abb. 5: Erwerbstätigkeit von Bevölkerung und Parteimitgliedern ¹⁾

	Bevölkerung	Parteimitglieder	SPD ²⁾	CDU ²⁾	CSU	FDP ²⁾	Grüne ²⁾	PDS
Arbeiter	14	6	8	3	7	2	4	4
Angestellter (Wirtschaft)	20	14	15	15	15	17	17	7
Mithelfender	n.e.	1	0	1	1	1	1	0
Beamter/Öffentlicher Dienst	6	20	23	18	20	20	37	6
Selbständiger	3	8	4	10	11	15	9	3
Landwirt	1	2	0	3	4	1	1	0
Akademiker/Freiberufler	1	3	2	4	3	7	6	1
Arbeitsloser	7	4	5	2	2	3	6	6
(Schul-) Ausbildung	4	2	2	2	2	3	6	0
Mutterschaft, Hausfrau	13	5	5	5	5	4	5	0
Rentner	30	34	34	34	29	25	5	71
Anderes	n.e.	2	2	3	3	2	4	2
Summe	100	100	100	100	100	100	100	100
n =	1898	9885	4235	3464	972	380	262	572

¹⁾ Angaben in Prozent;

²⁾ gewichtet nach Mitgliederanteil Ost-West

POTSDAMER PARTEIMITGLIEDER-PROJEKT

Besonders Angehörige des öffentlichen Dienstes sind in den Parteimitgliedschaften überrepräsentiert. Die von Falke vor über zwanzig Jahren für SPD und CDU prognostizierte Entwicklung trifft mittlerweile auf sämtliche Parteien zu: Es besteht „eine personale Verschränkung zwischen Mitgliederorganisation der Parteien und Staatsverwaltung“ (Falke 1982: 70). Dies ist für Falke auf die zunehmende Bedeutung der Mitgliederorganisationen im politisch-administrativen Bereich zurückzuführen und somit „Folge eines unbegrenzten Parteienwettbewerbs um die Besetzung der staatlichen Ämter“ (ebda.).

Neben den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes stellen Rentner und Pensionäre mit 34 Prozent die größte Gruppe unter den deutschen Parteimitgliedern. Durch die Dominanz der Staatsbediensteten und Rentner können die Erfahrungen anderer Berufsgruppen nicht entsprechend ihres tatsächlichen Gewichts in die innerparteilichen Debatten einfließen. Insbesondere Arbeiter und Angestellte aus der privaten Wirtschaft – und damit zentrale Bereiche des wirtschaftlichen Lebens – sind in den Parteien unterrepräsentiert. Diese beiden Gruppen machen in der Bevölkerung 34 Prozent aus, in den Parteien aber nur 20 Prozent. Dies dürfte nicht

ohne Rückwirkung auf die Formulierung und Durchsetzung politischer Forderungen in den Parteien sein.

Vergleicht man die Parteien untereinander, so fällt auf, dass sich die berufliche Zusammensetzung der Mitgliedschaft von SPD, Unionsparteien und FDP zunehmend „nivelliert“ hat. Die SPD ist keine Arbeiterpartei mehr, die Union keine Partei von Unternehmern und Landwirten mehr, und der alte Mittelstand dominiert nicht bei den Liberalen. Allerdings sind diese traditionellen Bindungen noch vorhanden: So engagieren sich in der SPD weiterhin die meisten Arbeiter, in der Union organisieren sich überdurchschnittlich viele Landwirte und Selbständige, und die FDP besitzt den höchsten Anteil an Selbständigen (15 Prozent) und Akademikern in freien Berufen (7 Prozent).

Die abweichende Mitgliederstruktur von Bündnis 90/Die Grünen und der PDS resultiert vor allem aus ihren divergierenden Altersstrukturen. Da ältere Menschen sich kaum bei den Grünen engagieren, sind nur 5 Prozent ihrer Mitglieder Rentner. Dagegen stellen die Beschäftigten des öffentlichen Sektors rund ein Drittel der grünen Mitgliedschaft. Genau spiegelverkehrt stellt sich das Bild bei der PDS dar: Sie ist die Partei der Rentner und Pensionäre; sieben von zehn PDS-Mitgliedern gehören zu dieser Gruppe. Mit einer solchen Mitgliedschaft hebt sie sich auch von den ostdeutschen Landesverbänden der anderen Parteien besonders ab, in denen Rentner eher unter- als überrepräsentiert sind.

Bei den west- wie bei den ostdeutschen Parteigliederungen zeigt sich die Dominanz der Rentner und Staatsdiener. Dadurch ergeben sich nur geringe Unterschiede zwischen den Landesverbänden der Parteien aus den alten und neuen Ländern. Nichtsdestotrotz finden sich die bekannten Unterschiede in den Berufsprofilen von ost- und westdeutscher Bevölkerung auch in den Mitgliedschaften der Parteien. Die Unterschiede in der Sozialstruktur zwischen Ost und West sind allerdings nicht so ausgeprägt wie in der Literatur häufig behauptet wird. So ist weder die ostdeutsche SPD die „Partei des neuen Mittelstandes“ (Renzsch 1998), noch ist die Ost-CDU eine Arbeiterpartei – auch wenn der Anteil der Arbeiter hier fast doppelt so hoch ist wie im Westen (vgl. Schmidt 1997: 133). Die Parteien organisieren in Ost und West keineswegs unterschiedliche Milieus: Hinsichtlich der Erwerbsstruktur ihrer Mitglieder überwiegen die Gemeinsamkeiten.

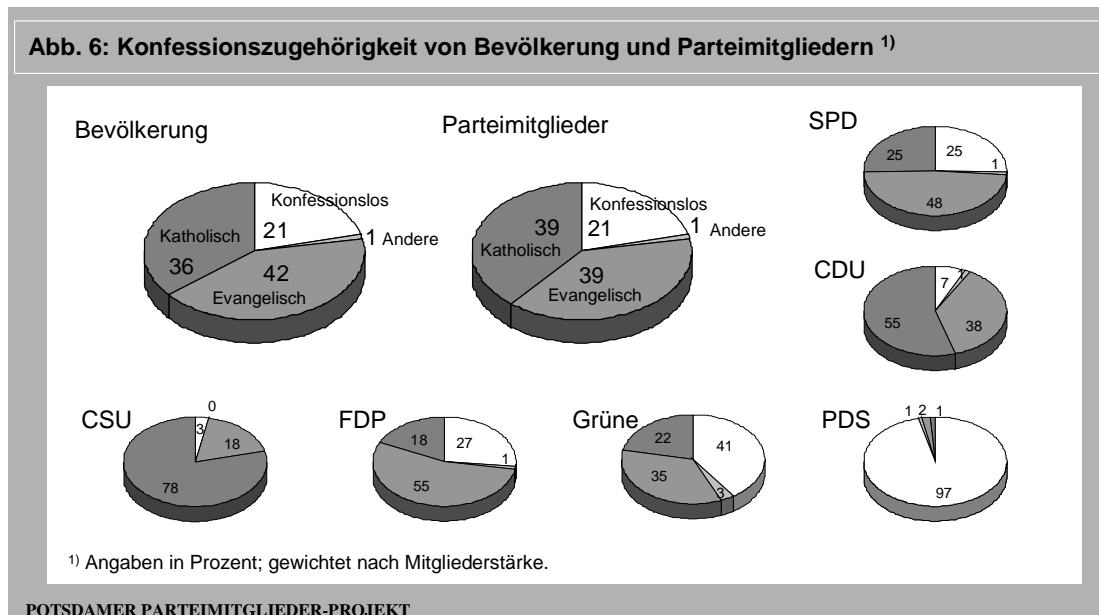
Somit kann festgehalten werden, dass die ostdeutschen und die westdeutschen Landesverbände der Parteien sich hinsichtlich ihrer Berufsstruktur weitgehend ähneln, und dass die

Parteien auch untereinander große Ähnlichkeit haben. Lediglich Bündnisgrüne und PDS folgen aufgrund ihrer abweichenden Altersstruktur der *Nivellierungstendenz* nicht.

Der Klassenkonflikt bildet sich heutzutage kaum noch in den Mitgliederstrukturen der deutschen Parteien ab, obwohl die Auseinandersetzungen um soziale und ökonomische Themen weiterhin auf der politischen Agenda stehen. Ein umgekehrtes Bild zeigt die Analyse der konfessionellen und religiösen Bindungen der Parteiangehörigen. Obwohl Auseinandersetzungen in diesem Politikfeld keineswegs dominant für die deutsche Politik sind, weisen die Parteimitglieder unterschiedliche religionsgemeinschaftliche Profile auf, wie der folgende Abschnitt verdeutlicht.

2.3. Konfession und Kirchenbindung

Die konfessionelle Konfliktlinie in der deutschen Politik geht in erster Linie auf den Kulturkampf zurück, wenngleich die Auseinandersetzung zwischen Protestanten und Katholiken noch weiter zurückreichende historische Wurzeln besitzt (Mielke 1990: 157ff.). Parteipolitischer Ausdruck dieser Kontroverse war das Zentrum, das katholische Wähler aller sozialen Schichten mobilisieren konnte. Die Unionsparteien verstehen sich seit ihrer Gründung und in bewusster Abgrenzung zum Zentrum als überkonfessionell, wenn auch bis in die Gegenwart der Anteil der Katholiken an ihrer Anhängerschaft noch überproportional ist. In den letzten Jahrzehnten hat sich der konfessionelle Konflikt allmählich zum religiösen Konflikt gewandelt (Bürklin/Klein 1998: 76ff.; Jagodzinski/Kühnel 1997: 218f.). Die Trennlinie verläuft nicht mehr so sehr zwischen Protestanten und Katholiken, denn in vielen gesellschaftspolitischen Fragen stehen sich heute Bürger mit Bindung zur Kirche – ganz gleich welcher Konfession – und Bürger ohne eine solche Bindung gegenüber. Diejenigen, die sich den Kirchen verbunden fühlen, neigen stärker den Unionsparteien zu. Protestanten und Bürger mit einer distanzierten Haltung zu den Kirchen stehen eher FDP und SPD nahe. Bei den Bündnisgrünen und vor allem bei der PDS überwiegen die Bürger, die sich zu keiner Konfession bekennen. Die Stabilität dieser konfessionell-religiösen Konfliktlinie konnte zuletzt in den Analysen zur Bundestagswahl 1998 nachgewiesen werden (Jung/Roth 1998: 17). Die vorliegende Untersuchung bestätigt, dass sich dies auch in den Mitgliedsstrukturen zeigt.



So gehören über 90 Prozent der CDU- und CSU-Mitglieder einer der beiden großen Kirchen an (Abb. 6). In beiden Unionsparteien überwiegen Katholiken, allerdings ist deren Anteil in der CSU (78 Prozent) nochmals höher als in der CDU (55 Prozent). Beide Parteien können mithin als die Vertretung der konfessionell gebundenen, besonders aber der katholischen Bürger gelten. SPD und FDP hingegen sind evangelisch-laizistisch geprägte Parteien. Etwa jedes zweite Mitglied der Sozialdemokraten und der Liberalen ist Protestant; Katholiken sind in beiden Parteien unterrepräsentiert. Bei den Bündnisgrünen stellen die Parteimitglieder, die keiner Religionsgemeinschaft angehören, mit 40 Prozent die größte Gruppe. Die PDS ist die Partei der Konfessionslosen, 97 Prozent ihrer Mitglieder gehören keiner Religionsgemeinschaft an. Dieser hohe Wert überrascht trotz der fortgeschrittenen „Entkirchlichung“ (Pollack 1993: 666) in den neuen Ländern.

Auch in Ostdeutschland zeigen sich die deutlichen Unterschiede zwischen den religiösen Profilen der einzelnen Parteien – die Konfliktlinie zwischen christlich geprägten und konfessionslosen Bürgern verläuft in neuen und alten Ländern einheitlich (vgl. auch Gluchowski/von Wilamowitz-Moellendorff 1997: 205). Die CDU ist in Ost-, wie in Westdeutschland die Partei der christlich geprägten Bevölkerung, wenn auch in unterschiedlicher konfessioneller Zusammensetzung: In den alten Ländern dominieren die Katholiken, in den neuen Ländern die Protestanten. Allerdings ist auch in der Ost-CDU der Anteil an katholischen Mitgliedern (21 Prozent) im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (4 Prozent) überproportional hoch. Diese hohen Anteile kann man mit Pollack (1993: 666) damit erklären, dass die „Entkirchlichung“ in der DDR nicht das Produkt eines allgemeinen Modernisierungsprozesses, sondern politisch

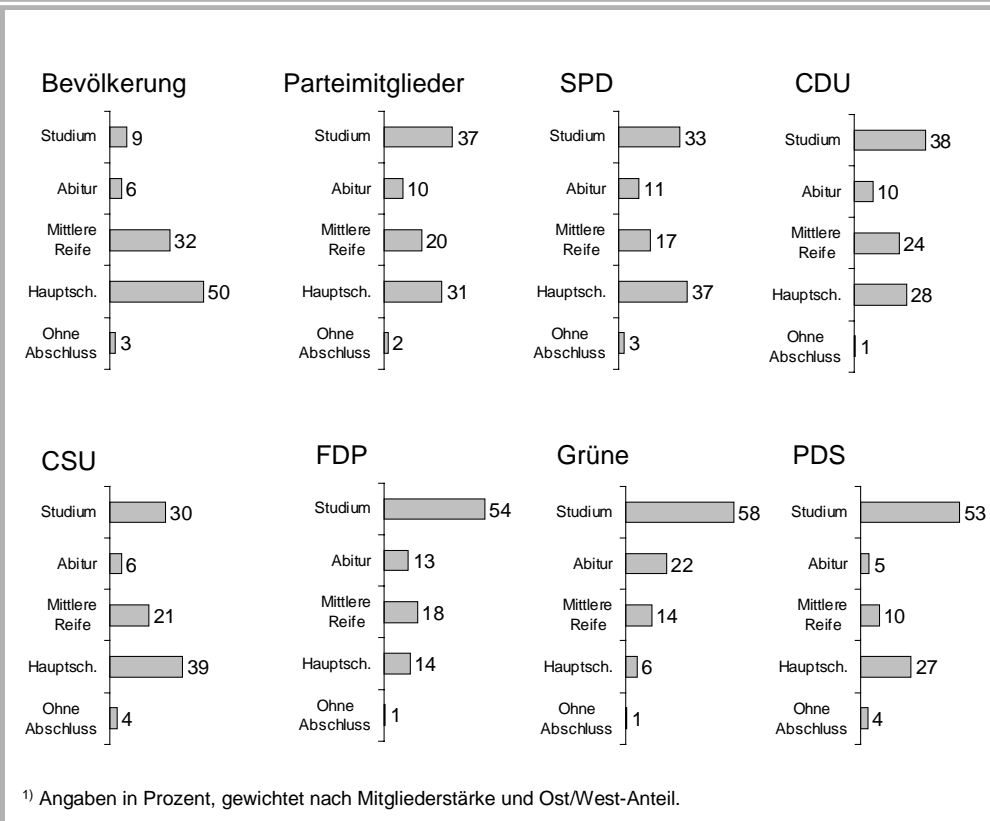
bedingt war. Entsprechend galt die Ost-CDU schon in der DDR als Sammelbecken der kirchlich engagierten Bürger. Diese Tradition hat auch noch nach der deutschen Einheit Bestand.

Das der ostdeutschen SPD gerne angehängte Etikett „Pfarrerpartei“ (Tiemann 1993: 421) entpuppt sich als überzogen: Zwar gehören immerhin 39 Prozent der ostdeutschen SPD-Mitglieder der evangelischen Kirche an, die Konfessionslosen stellen jedoch mit 55 Prozent eine weit stärkere Gruppe. Eine ähnliche Verteilung findet sich bei den Liberalen. Auch bei ihnen ist in den neuen Ländern fast die Hälfte konfessionslos (46 Prozent), weit mehr als im alten Bundesgebiet (20 Prozent). Bei den Grünen ist kein so ausgeprägter Ost-West-Gegensatz zu beobachten – die Konfessionslosen stellen jeweils die größte Gruppe.

2.4. Bildung

Bildung ist eine wesentliche Voraussetzung für politische Partizipation in Parteien (Milbrath/Goel 1977: 98-192; Verba u. a. 1995: 304ff.; Barnes/Kaase 1979: 112ff.). Dieser Zusammenhang wurde mehrfach und in den unterschiedlichsten politischen und gesellschaftlichen Kontexten nachgewiesen. Der Zusammenhang von Partizipation und Bildung zeigt sich auch bei den deutschen Parteimitgliedern.

Höhergebildete sind überproportional in den Parteien vertreten (Abb. 7). Während nur rund 15 Prozent der wahlberechtigten Bevölkerung über Abitur oder Studium verfügen, gilt dies für fast die Hälfte der Parteiangehörigen (47 Prozent). Dieses Muster zeigt sich in allen Parteien. Dabei ist der Anteil der Akademiker bei den Bündnisgrünen mit 58 Prozent am höchsten; weitere 22 Prozent haben Abitur. Dies erscheint plausibel angesichts der Entstehungsgeschichte der Grünen, die ihre frühen Hochburgen im studentischen Milieu und in Universitätsstädten hatten (Bürklin 1984; Raschke 1991). Ein ähnlich hohes Bildungsniveau weisen aber auch die Mitglieder von FDP und PDS auf, bei denen 54 bzw. 53 Prozent ein Studium als höchsten Bildungsabschluss angeben. Das Bildungsniveau der Mitglieder der Unionsparteien und der SPD liegt zwar unter dem der FDP und der Grünen, aber immer noch deutlich über dem Bevölkerungsdurchschnitt. Bei SPD, CDU und CSU hat in etwa jedes dritte Mitglied ein Studium abgeschlossen. Auch in diesen Parteien sind Hauptschüler und Schulabgänger mit Mittlerer Reife unterrepräsentiert.

Abb. 7: Höchste Bildungsabschlüsse von Bevölkerung und Parteimitgliedern ¹⁾

POTSDAMER PARTEIMITGLIEDER-PROJEKT

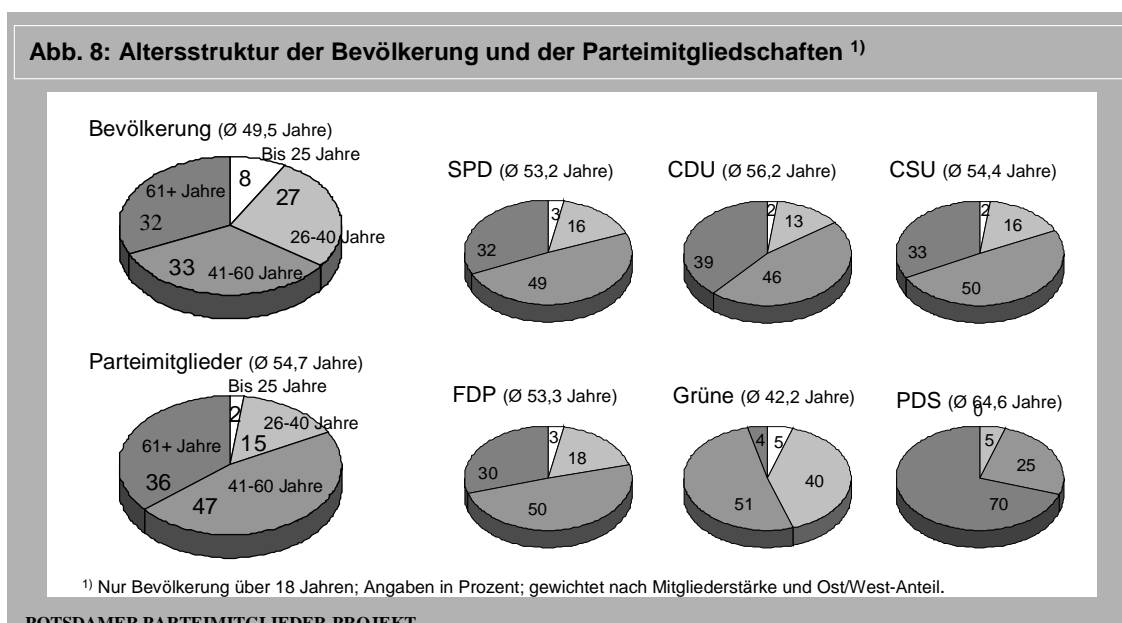
Der Befund, dass Parteimitglieder im Durchschnitt über eine deutlich höhere formale Bildung als die Bevölkerung verfügen, gilt mit Blick auf die ost- und westdeutschen Landesverbände. Dennoch bestehen Differenzen innerhalb der Parteien: So liegt in den ostdeutschen Landesverbänden aller Parteien der Anteil derer, die ein Studium absolviert haben, über dem der jeweiligen Landesverbände im Westen. Während bei der SPD in den alten Bundesländern die Zahl der Hauptschulabgänger (37 Prozent) die der Akademiker (35 Prozent) übertrifft, ist die ostdeutsche SPD eine akademisch geprägte Partei (55 Prozent haben einen Studienabschluss). Eine ähnliche Verteilung zeigt sich in der CDU, bei der in Ostdeutschland der Anteil der Akademiker mit 49 Prozent ebenfalls höher ist als im Westen (36 Prozent). Die Abweichungen bei den Bündnisgrünen und den Liberalen sind nicht so bedeutend, da auch die westdeutschen Mitglieder beider Parteien über ein hohes formales Bildungsniveau verfügen.

Die ostdeutschen Parteigliederungen sind damit in einem noch stärkeren Maße als ihre westdeutschen Pendanten durch eine formal bildungsstarke Mitgliedschaft geprägt. Dies kann daran liegen, dass sich Bürger mit niedrigeren Bildungsabschlüssen in den neuen Ländern weniger zutrauen, in einer Partei mitzuarbeiten. Dies könnte einen selbstverstärkenden Effekt haben,

denn das so entstehende ‚akademische Milieu‘ in den Orts- und Kreisverbänden könnte wiederum abschreckend auf interessierte Nicht-Akademiker wirken. Offenkundig ist in den neuen Ländern aktive Politik die Angelegenheit für eine kleine Zahl Gebildeter. Die ostdeutschen Parteien erinnern in dieser Hinsicht zu einem gewissen Grade fast an die elitären, intellektuell geprägten Honoratiorenparteien des neunzehnten Jahrhunderts. Auch in ihnen dominierten Männer höheren Alters.

2.5. Alter

Das Alter ist eine Schlüsselvariable zur Erklärung politischen Engagements (Kaase 1995: 524). Allerdings steigt die politische Teilnahme nicht proportional zum Alter, sondern es besteht ein kurvilinearere Zusammenhang. Nach Nie u.a. (1974: 326) nimmt die „age-participation relationship“ folgenden Verlauf: „Participation rises in the early years, peaks in middle age, and falls in later years.“ Grund hierfür ist die günstige Ressourcenausstattung im mittleren Lebensabschnitt, mit der höhere soziale Integration sowie das flexiblere Zeitbudget einhergehen (Milbrath/Goel 1977: 116). Im Vergleich zu den Jüngeren lebt die mittlere Altersgruppe in gesetzteren ökonomischen und gefestigteren familiären Verhältnissen. Im Vergleich zu den Älteren wiederum unterliegt sie geringeren gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Zudem wirken das niedrigere Bildungsniveau und eine häufig isolierte Wohnsituation bei der älteren Generation partizipationshemmend (Gehring/Wagner 1999: 701). Diese für die Wahl- und Partizipationsforschung relevanten Faktoren finden ihren Niederschlag auch in der Altersstruktur der deutschen Parteimitglieder (Abb. 8).



Es ist die mittlere Alterskohorte, die in den deutschen Parteien überwiegt. Die Gruppe der Einundvierzig- bis Sechzigjährigen stellt nur rund ein Drittel der wahlberechtigten Bevölkerung, aber beinahe die Hälfte aller Parteimitglieder. Auch die über Sechzigjährigen sind leicht überrepräsentiert. Demgegenüber liegt der Anteil junger Bürger in den Parteien unter dem in der Bevölkerung. Lediglich zwei Prozent der deutschen Parteimitglieder sind 25 Jahre oder jünger.

Diese Struktur findet sich sowohl bei der SPD, den Unionsparteien wie auch bei der FDP. Bündnis 90/Die Grünen sind die Partei mit dem niedrigsten Altersdurchschnitt – dieser liegt sogar unter dem der wahlberechtigten Bevölkerung. Der Anteil der Mitglieder, die 61 Jahre oder älter sind, beträgt bei den Grünen nur 4 Prozent. Dem diametral gegenüber steht die PDS: Über 70 Prozent ihrer Mitglieder sind älter als sechzig Jahre, und Junge finden kaum den Weg in diese Partei. Die in der Literatur mittlerweile gebräuchliche Etikettierung *alte* und *neue* Politik fußt ursprünglich auf Unterschieden in der politischen Programmatik (Inglehart 1989; Baker u. a. 1981; Flanagan 1987; Kitschelt 1994). Bei PDS und Bündnisgrünen manifestieren sich diese Differenzen aber nicht nur inhaltlich, sondern auch in ihrer Sozialstruktur: Die PDS repräsentiert im eigentlichen Wortsinn die *alte* Linke, während die Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen die *neue*, das heißt *junge* Linke sind. Auch im Vergleich mit den ostdeutschen Landesverbänden der anderen Parteien ist die PDS deutlich überaltert.

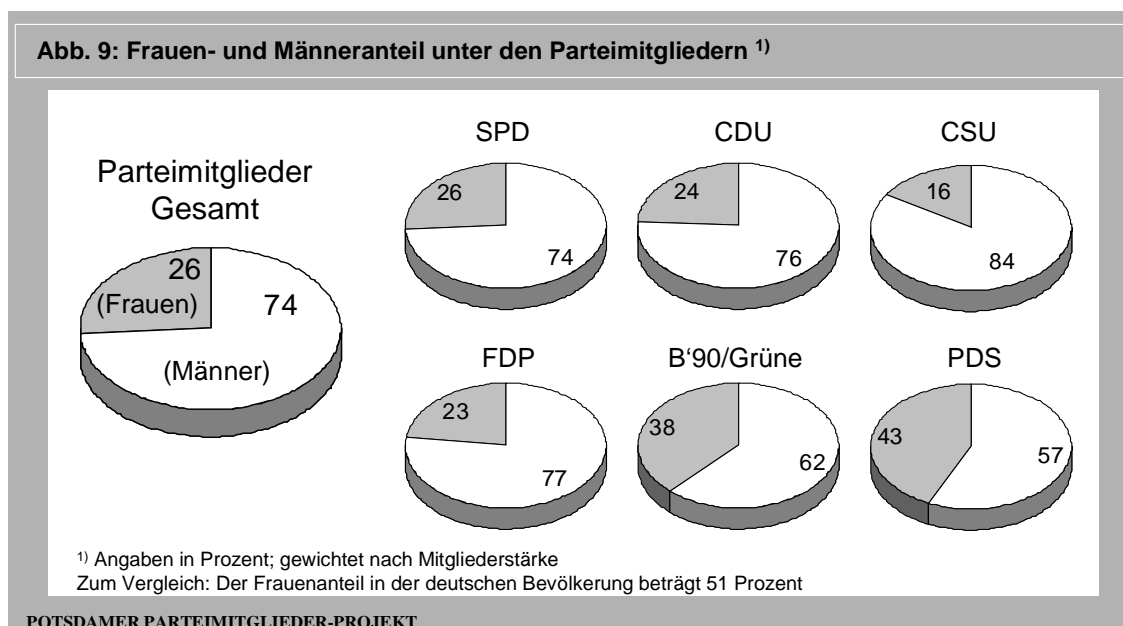
Für die Parteien gilt im Osten gleichermaßen wie im Westen, dass die mittlere Alterskohorte dominiert. Folglich sind die Parteimitglieder in Ost- und Westdeutschland auch älter als der Schnitt der wahlberechtigten Bevölkerung. Die Hoffnungen der Parteien, verstärkt junge Bürger zu einer Mitarbeit zu bewegen (Reichart-Dreyer 1997: 351), haben sich bislang nicht erfüllt. Trotz einiger Ungereimtheiten in den Altersstatistiken der Parteien zeigt sich deutlich, dass die Mitgliedschaften von CDU und SPD seit zwanzig Jahren im Aggregat immer älter werden. Waren 1974 – zu einem Zeitpunkt hoher gesellschaftlicher und politischer Mobilisierung, insbesondere in der jungen Generation – bei der SPD zehn Prozent und bei der CDU sechs Prozent der Parteimitglieder jünger als 25 Jahre, so sind es gegenwärtig lediglich drei bzw. zwei Prozent.

Dieses Phänomen ist allerdings nicht das alleinige Problem der Parteien. Nahezu alle Großorganisationen im politischen und vopolitischen Raum – wie etwa Gewerkschaften oder Kirchen – sind immer weniger in der Lage, junge Bürger zu einem Engagement zu bewegen (Streeck 1987), denn diese neigen eher zu unkonventionellen als zu konventionellen Partizipationsformen (Inglehart 1989; Barnes u. a. 1979; Kaase 1995: 525). Für die Parteien gestal-

ten sich jedoch nicht alleine die damit verbundenen Rekrutierungslücken problematisch. Ihnen droht zudem, dass sie auch die inhaltliche Bindung zur jungen Generation verlieren. Und da es oftmals die jungen Menschen und neuen Mitglieder sind, die innovative Ideen in die Politik und in die Parteien tragen (Schmitt 1987), könnte das fehlende Engagement der Jugend letztendlich die Reform- und Innovationsfähigkeit der Parteien beeinträchtigen.

2.6. Geschlecht

Neben der Überalterung gilt in den Parteien seit längerer Zeit die Unterrepräsentation von Frauen als zu beseitigender Strukturdefekt; allerdings stagniert auch die verstärkte Rekrutierung weiblicher Mitglieder. Frauen sind hinsichtlich ihres politischen Engagements „traditionell“ (Gabriel/Niedermayer 1997: 296) unterrepräsentiert. Dies bestätigen nahezu sämtliche Studien der Partizipationsforschung – ganz gleich, ob sie konventionelle oder unkonventionelle Formen der politischen Beteiligung untersuchen.



Auch in unseren Daten zeigt sich, dass in den deutschen Parteien Frauen stark unterrepräsentiert sind: Nur gut ein Viertel der Parteimitglieder sind weiblich; der Anteil von Männern überwiegt in allen Parteien (Abb. 9). Das größte Missverhältnis zeigt sich bei der CSU, die mit nur 16 Prozent den geringsten Frauenanteil aufweist. Dem entsprechen die traditionellen Geschlechterrollenvorstellungen, die dieser Partei wiederholt zugeschrieben wurden (Rudzio 1991: 133; Haungs 1983: 158f.). Bei CDU, SPD und FDP machen Frauen jeweils rund ein Viertel der gesamten Mitgliedschaft aus. Den höchsten Anteil von Frauen weisen Bündnisgrüne (38 Prozent) und PDS (43 Prozent) auf.

Auch in den neuen Ländern zeigt sich das Übergewicht männlicher Mitglieder. Zwar ist in Ostdeutschland jedes dritte Parteimitglied weiblich und in Westdeutschland nur jedes vierte, aber dieser Effekt ist alleine auf den hohen Frauenanteil in der PDS zurückzuführen. Bei den Sozialdemokraten ist sogar im Westen ein höherer Frauenanteil (27 Prozent) als im Osten (20 Prozent) festzustellen. Die Bündnisgrünen haben sowohl im Osten als auch im Westen einen gleich hohen Frauenanteil, und auch bei CDU und FDP ist die Zusammensetzung in den alten und neuen Ländern nahezu identisch. Offenkundig ist dabei der Anteil von Frauen in diesen beiden Parteien in den letzten Jahren gesunken. Durch den Zusammenschluss mit den ehemaligen DDR-Blockparteien CDU, DBD, LDPD und NDPD stießen zwar viele ostdeutsche Frauen zu Christdemokraten und Liberalen, doch hat sich deren Hoffnung nicht erfüllt, die Unterrepräsentation von Frauen so quasi ‚von außen‘ zu überwinden (Schmidt 1997: 129).

Doch dieser Problematik sehen sich nicht alleine CDU und FDP ausgesetzt. Alle Parteien haben es sich zur Aufgabe gemacht, eine auch quantitativ angemessenere Repräsentation des weiblichen Geschlechts zu erreichen (vgl. Reichart-Dreyer 1997: 347). Die Initiativen zur Steigerung des parteipolitischen Engagements von Frauen sind jedenfalls vielfältig (Hoecker 1996a). Angesichts der Verteilung der Geschlechter unter den Parteimitgliedern muss festgestellt werden, dass diese Bemühungen bisher nur begrenzt erfolgreich waren. Der Blick auf die historische Entwicklung des Frauenanteils an Parteimitgliedern relativiert dieses pessimistische Fazit nur unwesentlich.

Im Zeitverlauf ist eine Zunahme des Anteils weiblicher Mitglieder bei allen drei betrachteten Parteien zu konstatieren, wenngleich dies weder in den Unionsparteien noch bei der SPD zu einer der Bevölkerung entsprechenden Repräsentation von Frauen geführt hat. In der SPD war Ende der fünfziger Jahre nur jedes fünfte Mitglied weiblich, heute ist es immerhin jedes vierte. Bei den Unionsparteien lässt sich ebenfalls ein Anstieg feststellen, allerdings von einem noch niedrigeren Ausgangsniveau. In der CDU stieg der Anteil der weiblichen Mitglieder insbesondere in den 70er Jahren und mit der deutschen Einheit; die Schwesterpartei CSU hat demgegenüber noch heute einen geringeren Frauenanteil.

Angesichts rückläufiger Parteimitgliederzahlen verdeckt der steigende Prozentsatz zudem die Abnahme der Gesamtzahl parteipolitisch aktiver Frauen. Dass dies kein unabänderlicher, quasi schicksalhafter Zustand ist, zeigt der Frauenanteil bei Grünen und PDS. Offenbar gelingt es diesen Parteien, den Anteil weiblicher Mitglieder mittels einer insbesondere für Frauen attraktiven Programmatik und entsprechenden Repräsentations- bzw. Karriereanreizen

nahezu auf das Niveau der Gesamtbevölkerung zu heben. Von diesen Werten sind die anderen Parteien noch deutlich entfernt, womit einer der zentralen Unterschiede in der Sozialstruktur der verschiedenen Parteien benannt wäre.

3. Die Aktivität der Mitglieder

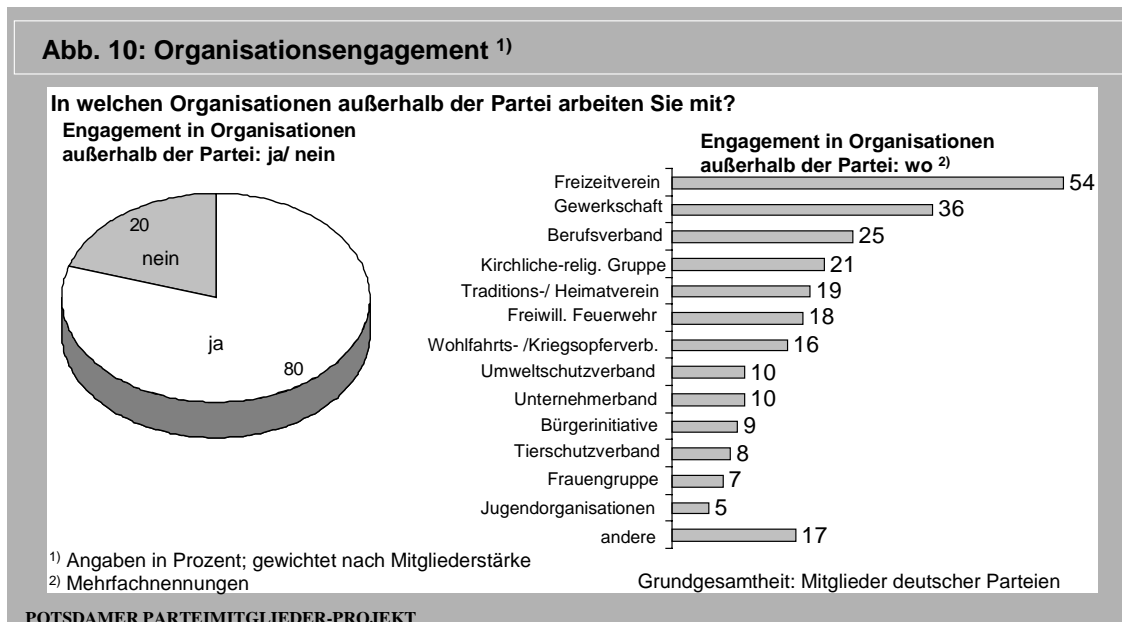
Wegen der herausgehobenen Stellung, die die Parteien in den westlichen Demokratien einnehmen, ist das Engagement der Bürger über die Parteien im Interesse der gesamten demokratischen Ordnung wünschenswert. Ein breites Engagement der Bürger in den politischen Parteien stellt quasi die Voraussetzung für das Funktionieren repräsentativ angelegter Demokratien dar. Dass die Parteiendemokratie auf das aktive Engagement ihrer Bürger in den Parteien angewiesen ist, versteht sich damit von selbst. Sind aber auch aus Sicht der Parteien Mitglieder unentbehrlich? Entscheidend ist, dass auch die Parteien daran interessiert sind, möglichst viele Bürger als Mitglieder zu gewinnen. Nur dann ist damit zu rechnen, dass sie auch Anstrengungen unternehmen, um neue Mitglieder zu gewinnen und die alten zu halten.

3.1. Das Engagement der Mitglieder in Verbänden und Vereinen

Einen wesentlichen Nutzen können Mitglieder für die Parteien in der Außenkommunikation erbringen. Hierzu zählt neben dem politischen Gespräch der Mitglieder in ihrem persönlichen Umfeld vor allem die Mitarbeit der Mitglieder in den Interessenorganisationen, Verbänden und Vereinigungen. Individuelle Kontakte und eine persönliche Mitarbeit der Mitglieder in den Vorfeldorganisationen und Verbänden sichern den Parteien einerseits Einfluss auf die Formulierung politischer Forderungen. Da die Interessenorganisationen den Wählern wiederum selbst Orientierungen für ihr politisches Verhalten geben, gerät andererseits das eigentliche Ziel nicht aus den Augen: Unter den Wählern Mehrheiten für die eigenen politischen Vorstellungen zu finden.

Die Verflechtung der Mitglieder mit dem vorpolitischen Raum eröffnet den Parteien tatsächlich ein enormes Kommunikations- und Einflusspotenzial (Abb. 10). Acht von zehn deutschen Mitgliedern sind in einem Verein oder einer Interessenorganisation aktiv: Bevorzugt engagieren sich die Mitglieder in Freizeitvereinigungen (54 Prozent), danach folgen Gewerkschaften (36 Prozent) und Berufsverbände (25 Prozent) sowie kirchliche Organisationen (21 Prozent). Ganz am Ende rangiert die Mitarbeit in Umwelt- und Tierschutzverbänden (10 bzw. 8 Pro-

zent) sowie Bürgerinitiativen (9 Prozent), und ferner die Aktivität in Jugendorganisationen (5 Prozent).



Abgesehen von der parteiübergreifenden Bedeutung der Freizeitvereine gehen die Mitgliedschaften in ihrer Verbandstätigkeit in deutlich unterschiedliche Richtungen. Derartige parteispezifische Organisationsprofile markieren enge Beziehungsmuster zwischen einzelnen Parteien und Verbänden, die sich mit dem Entstehen des Parteien- und Verbändesystems in Deutschland herausgebildet haben. Die bereits für die Bindung von sozialen Gruppen und Parteien erwähnten Konfliktlagen strukturierten auch diese Vernetzungen: Der Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital verband die SPD mit den Gewerkschaften sowie Unionsparteien und FDP mit den Wirtschaftsverbänden. Durch den konfessionellen Konflikt entstand zudem eine besondere Nähe der CDU/CSU zu den Kirchen, insbesondere der römisch-katholischen. Die Auseinandersetzung um die Neue Politik führte die Grünen mit den Umweltverbänden und neuen sozialen Bewegungen zusammen (vgl. Schiller 1997; Weßels 1997).

Diese bekannten Muster der Zusammenarbeit treten in der Organisations- und Verbandstätigkeit der Mitglieder auch heute noch zutage (Abb. 11). Damit halten die Mitglieder die traditionell gewachsenen Verflechtungen der Parteien mit ihren Vorfeldorganisationen weiterhin am Leben. Da sich die Kooperationspartner im vorpolitischen Raum und die Parteien zudem auf ein und dieselbe Anhänger-Basis beziehen, sichern die Mitglieder zugleich den Austausch der Parteien mit ihren traditionellen Klientelgruppen. Während die SPD-Mitglieder den Gewerkschaften und Wohlfahrtsverbänden wie der Arbeiterwohlfahrt zuneigen, sind die Mitglie-

der von CDU/CSU sowie der FDP schwerpunktmäßig in den Berufs- und Unternehmerverbänden organisiert. Für die Mitglieder der Unionsparteien kommt das Engagement im Rahmen der Kirche hinzu. Auch Mitglieder der Grünen haben ihre Mitarbeitsschwerpunkte; sie engagieren sich häufiger in Umweltschutzverbänden, Bürgerinitiativen und Frauenorganisationen, ebenso in den Gewerkschaften. Somit bildet das Organisationsengagement der Mitglieder insgesamt recht deutlich die grundlegenden gesellschaftspolitischen Spaltungen ab. Daran ändert auch das vorpolitische Engagement der PDS-Mitglieder nichts. Ihre herausgehobene Mitarbeit in Gewerkschaften und Wohlfahrtsorganisationen wie der Volkssolidarität spiegelt das für die PDS vielfach dokumentierte Bemühen, soziale und arbeiternahere Organisationen als Kooperationspartner zu gewinnen bzw. aufzubauen (vgl. Neugebauer/Stöss 1996; Fichter/Reister 1996). Die PDS integriert sich aus dieser Sicht nahtlos in die Konfliktstruktur des Parteiensystems der alten Bundesrepublik: Das Organisationsprofil ihrer Mitglieder stellt die Partei im Verteilungskonflikt zwischen Arbeit und Kapital – dem klassischen Feld der sogenannten Alten Politik – auf die Seite der Arbeit.

Abb. 11: Engagement in Vereinen und Verbänden im Parteienvergleich ¹⁾

In welchen Organisationen außerhalb der Partei arbeiten Sie mit?

	SPD ²⁾	CDU ²⁾	CSU	FDP ²⁾	Grüne ²⁾	PDS
Aktiv in Organisationen, Vereinen	82	80	83	77	84	64
Davon ³⁾ :						
Freizeitverein	53	60	60	57	41	45
Gewerkschaft	57	16	16	15	37	37
Berufsverband	17	37	37	35	19	13
Kirchliche/religiöse Gruppe	13	29	29	17	17	5
Traditions-/Heimatverein	15	23	23	19	5	9
Freiwillige Feuerwehr	16	37	37	11	4	6
Wohlfahrts-/Kriegsopferverband	21	14	14	11	7	17
Umweltschutzverband	12	8	8	9	35	7
Unternehmerverband	8	12	12	12	5	7
Bürgerinitiative	9	6	6	10	23	13
Tierschutzverband	8	8	8	6	7	7
Frauengruppe	7	4	4	4	10	8
Jugendorganisationen	5	4	4	4	4	5
andere	17	16	16	22	27	35

¹⁾ Angaben in Prozent;

²⁾ gewichtet nach Mitgliederanteil Ost-West

³⁾ Mehrfachnennungen

Grundgesamtheit: Mitglieder deutscher Parteien

Die Mitglieder aus den neuen Bundesländern beteiligen sich in den bestehenden Organisationen und Vereinigungen des vorpolitischen Raums am Ende der 1990er Jahre weniger als die westdeutschen Mitglieder. Die Zurückhaltung, mit der die Ostdeutschen allgemein in Organisationen und Vereinen mitarbeiten (vgl. Weßels 1992: 9; Niedermayer 1996: 221ff.), trifft in den neuen Bundesländern auch auf die dortigen Parteimitglieder zu. Mit Ausnahme der Grünen ist mindestens ein Viertel der Mitglieder in keiner Organisation und keinem Verein aktiv. Ausgesprochen gering fällt das gesellschaftliche Engagement der PDS-Mitglieder aus, von denen über ein Drittel (36 Prozent) nicht im vorpolitischen Raum engagiert sind.

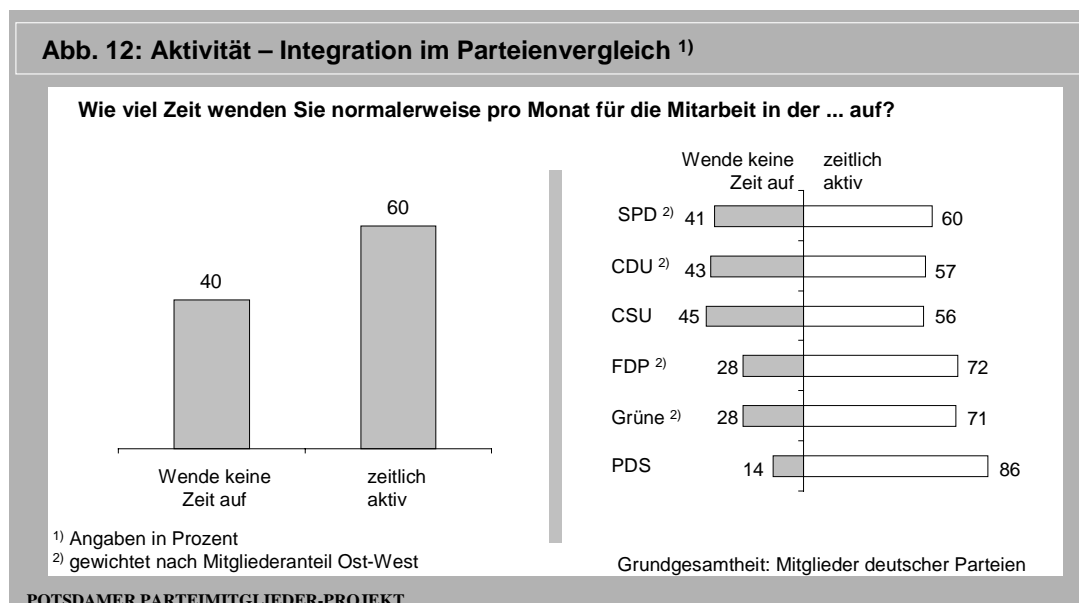
Das vergleichbar geringe Engagement der Mitglieder im vorpolitischen Raum ist nicht die einzige Besonderheit in den neuen Bundesländern. Als Folge historischer Vorprägungen und des überschaubaren Zeitrahmens, in dem sich ein pluralistisches Verbände- und Parteiensystem in den neuen Bundesländern herausbildete, ist das Organisationsprofil der dortigen Mitglieder insgesamt immer noch unschärfer als im Westen. Ein deutlicher Beleg hierfür bildet das schwache Engagement der ostdeutschen CDU-Mitglieder in den Unternehmer-, vor allem aber in den Berufsverbänden. Ein weiteres Beispiel liefert der kirchliche Organisationschwerpunkt der Ost-Grünen, der auf die Wurzeln von Bündnis 90 im oppositionell-kirchlichen Milieu der DDR verweist. Trotz dieser Eigenheiten sind die bekannten Partei-Verbands-Beziehungen auch in den neuen Bundesländern unübersehbar.

3.2. Innerparteiliche Aktivität: Integration

Die Mitarbeit in organisatorischen Netzwerken belegt eindrucksvoll, dass die Parteien in der Außenkommunikation im Prinzip nach wie vor auf ihre Mitgliedschaften bauen können. Eine beachtliche Mitgliedergruppe engagiert sich in Verbänden und Vereinen. Die gezielte Aktivität einzelner Mitgliedschaften im Rahmen bestimmter gesellschaftlicher Organisationen dürfte dabei helfen, die Anbindung der Traditions-Milieus an die Parteien zu stabilisieren. Die effektive Übernahme der Kommunikatoren-Rolle setzt allerdings voraus, dass die Mitglieder für die Parteien auch erreichbar sind. Von den Kommunikationsleistungen des Mitgliedes profitiert die Partei zu großen Teilen nur dann, wenn das Mitglied auch in der Partei aktiv wird. Die innerparteiliche Aktivität hat für die Parteien weitere Vorteile. So benötigen die Parteien Aktive, die sich durch kontinuierliche Arbeit im Rahmen der Parteiorganisation auf die Übernahme von Funktionen und Mandaten vorbereiten. Mitglieder dienen jedoch nicht allein als Personalreserve, sondern sind ihrer Ansicht nach für die Arbeitsfähigkeit des Parteiapparates wichtig. Die Bereitschaft der Mitglieder, in Wahlkampfzeiten aber auch darüber hinaus frei-

willing für die Partei zu arbeiten, sorgt erst für die Sichtbarkeit und Präsenz der Parteien vor Ort. An die Aktivität der Mitglieder ist schließlich auch die Innovationsfunktion gebunden. Nur die Mitglieder, die in der Partei auch aktiv werden, können neue inhaltliche Ideen in die Parteien einbringen (Scarrow 1996a: 45; vgl. auch Koole 1999: 349).

Gerade dieser Punkt, nämlich die Mitglieder zu einem größeren Engagement in der Partei zu bewegen, beschert den Parteien Probleme. Dass sich das außerparteiliche Engagement der Mitglieder innerhalb der Parteien nicht fortsetzt, dafür liefert der Blick auf die Zeit, die die Mitglieder für die Parteiarbeit aufbringen, klare Hinweise. Zwar zeigt sich, dass der Großteil der Mitglieder zumindest Kontakt zur Partei hält. Eine Mehrheit (60 Prozent) wendet monatlich Zeit für die Mitarbeit auf. Allerdings stehen damit vier von zehn Mitgliedern dem Parteilieben vollständig fern und geben an, keinerlei Zeit für die Partei aufzubringen. Für diese Parteimitglieder ist die Mitgliedschaft lediglich Ausdruck finanzieller und symbolischer Unterstützung.



Zwischen den Mitgliedschaften bestehen deutliche Unterschiede (Abb. 12). 43 Prozent der CDU-Mitglieder wenden keinerlei Zeit für Parteiaktivitäten auf, in der CSU sind es sogar 45 Prozent. Die klassische Mitgliederpartei SPD schneidet kaum besser ab: 41 Prozent ihrer Mitglieder verbinden keinen zeitlichen Aufwand mit der eigenen Mitgliedschaft. Der Vorstellung einer lebendigen Basis kommen die FDP, Bündnis 90/Die Grünen und die PDS deutlich näher. In der FDP und bei den Grünen haben sich lediglich ein Viertel (28 Prozent) generell aus der Mitarbeit zurückgezogen, während 72 Prozent Zeit für ihre Partei aufbringen. Am erfolg-

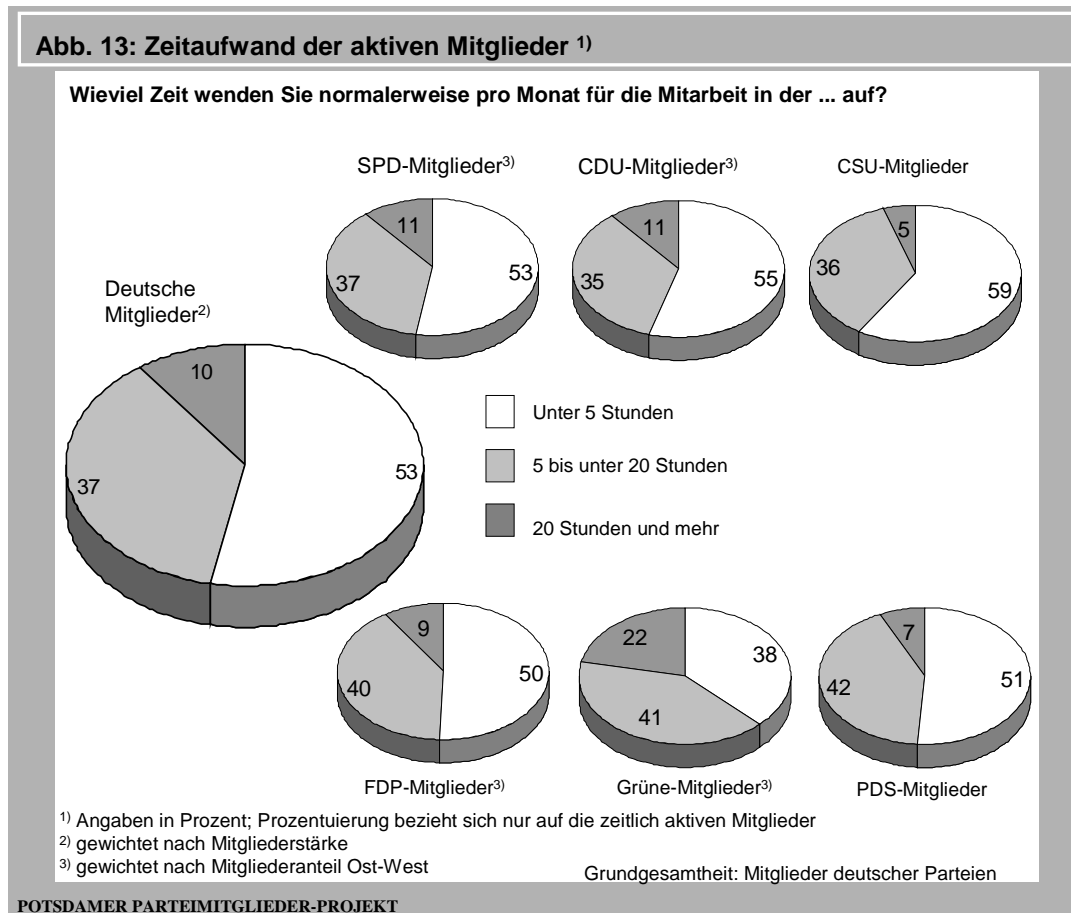
reichsten in der Mitgliederpflege aber ist die PDS, die 86 Prozent ihrer Mitglieder in Parteiaktivitäten einbindet.

Der PDS-Wert steht insofern stellvertretend für den Osten, als die Mitglieder dort generell stärker mobilisiert sind als in den alten Bundesländern. Drei Viertel (78 Prozent) der ostdeutschen Mitglieder von CDU und FDP wenden regelmäßig Zeit für die Parteimitarbeit auf. Damit übersteigt die Integrationskraft der ostdeutschen Liberalen die der westdeutschen Landesverbände um 7 Prozentpunkte, und bei den Christdemokraten engagiert sich im Osten sogar ein Viertel (24 Prozentpunkte) der Mitglieder mehr als im Westen. Die ostdeutschen Landesverbände der Grünen und der SPD binden ähnlich hohe Mitgliederanteile wie die PDS. Mit einem Unterschied von 28 Prozentpunkten übertreffen die ostdeutschen Sozialdemokraten ihre westdeutschen Genossen besonders deutlich. Diese höheren Integrationsreichweiten der ostdeutschen Parteien dürfen freilich nicht darüber hinweg täuschen, dass die gesellschaftliche Verwurzelung der Parteien in den neuen Bundesländern trotzdem weiter hinter dem westdeutschen Niveau zurückbleibt, da die Mitgliederdichte in den neuen Bundesländern noch immer sehr gering ist.

3.3. Innerparteiliche Aktivität: Der Zeitaufwand der Aktiven

Was steckt hinter dem beschriebenen Integrationsgrad deutscher Parteien? Den Kontakt zur Partei aufrechtzuerhalten, kann nur als Mindestvoraussetzung dafür gelten, dass ein innerparteiliches Engagement wirklich zustande kommt. Wie viel Zeit wenden die Parteimitglieder auf, wenn sie tatsächlich aktiv werden?

Für das Engagement der Mitglieder zeigt das Datenbild am Ende der 1990er Jahre klare zeitliche Grenzen (Abb. 13): Von den in das Parteileben integrierten Mitgliedern arbeitet die Hälfte bis zu 5 Stunden im Monat, ein weiteres Drittel zwischen 5 bis unter 20 Stunden. Insgesamt werden somit 90 Prozent der mitarbeitenden Mitgliedern nur bis zu 20 Stunden im Monat aktiv, das heißt weniger als 5 Stunden pro Woche. Nur jedes zehnte aktive Mitglied engagiert sich mehr als 20 Stunden im Monat und bewegt sich damit schon in der Sphäre der professionellen oder halb-professionellen Politik.



Im Vergleich zwischen den Parteien unterscheidet sich der zeitliche Aufwand für Parteimitarbeit nur geringfügig. Stärker aus dem Rahmen fällt das geringe Zeitbudget der aktiven CSU-Mitglieder, von denen fast 60 Prozent weniger als 5 Stunden im Monat für die Partei aufwenden. Die aktive Basis der Grünen steckt dagegen besonders viel Zeit in ihre Parteiarbeit. Die Gruppe derjenigen, die monatlich mehr als 20 Stunden in der Partei arbeitet, ist mit 20 Prozent doppelt so groß wie im Parteidurchschnitt, und nur 38 Prozent der aktiven Grünen arbeiten weniger als 5 Stunden im Monatsdurchschnitt. Die Differenzen zwischen den Ost- und Westaktiven bleiben eher gering.

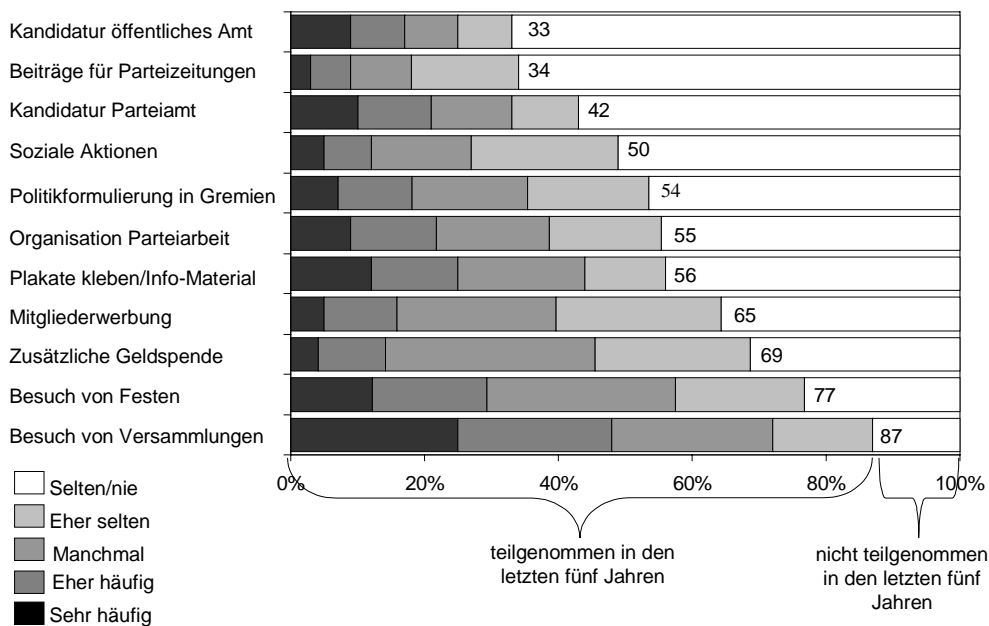
3.4. Innerparteiliche Aktivität: Das Aktivitätsprofil der Mitgliedschaften

Der Befund, dass die Mehrheit der Mitglieder in der Partei aktiv ist – wenn auch nur in begrenztem Umfang –, führt zu der Frage, *wie* sich die Mitglieder innerparteilich einbringen. Die abgefragten Aktivitäten ordnen sich in einer klaren Rangfolge. Die Masse der Mitglieder (87 bzw. 77 Prozent) hat in den letzten fünf Jahren Versammlungen bzw. Feste und gesellige Veranstaltung besucht (Abb. 14). Beide Formen sind am Ende der 1990er Jahre die wichtigsten Kanäle des Mitgliederengagements. Auch die zusätzliche Geldspende ist für die Mitglie-

der eine attraktive Beteiligungsform: Zwei Drittel (69 Prozent) haben ihre Partei in diesem Zeitraum über die gezahlten Mitgliedsbeiträge hinaus finanziell unterstützt. Alle anderen Mitarbeitersformen folgen mit deutlichem Abstand. Einen mittleren Zuspruch genießen Aktivitäten, bei denen die Mitglieder ihre Arbeitskraft zur Verfügung stellen, wie das Kleben von Plakaten und die Verteilung von Flugblättern (56 Prozent) oder aber die Organisation der Parteiarbeit (55 Prozent). Die Beteiligungsformen mit dem engsten Bezug zu politischen Entscheidungsprozessen schneiden wie in früheren Studien am schlechtesten ab: Für ein Amt in der Partei kandidierten in einem Zeitraum von fünf Jahren lediglich 42 Prozent, und nur noch jedes dritte Parteimitglied (33 Prozent) strebte in dieser Zeit ein öffentliches Amt an.

Abb. 14: Aktivitätsprofil ¹⁾

Wenn Sie an die letzten fünf Jahre denken, wie oft haben Sie sich normalerweise an den nachfolgend aufgeführten Aktivitäten beteiligt?



¹⁾ Angaben in Prozent; gewichtet nach der Mitgliederstärke Grundgesamtheit: Mitglieder deutscher Parteien

POTSDAMER PARTEIMITGLIEDER-PROJEKT

Das enorme Gefälle zwischen den einzelnen Mitarbeitersformen besteht in allen Parteien (Abb. 15). Besonders drastisch fällt es in der PDS aus: Einer sehr hohen Besucherquote von Parteiversammlungen (96 Prozent) steht ein ausgesprochen geringer Mitgliederanteil bei Kandidaturen für Parteiämter bzw. Mandate gegenüber (39 bzw. 17 Prozent). Den anderen Pol bilden Bündnis 90/Die Grünen und die FDP. Ihre geringe Mitgliederdichte führt dazu, dass

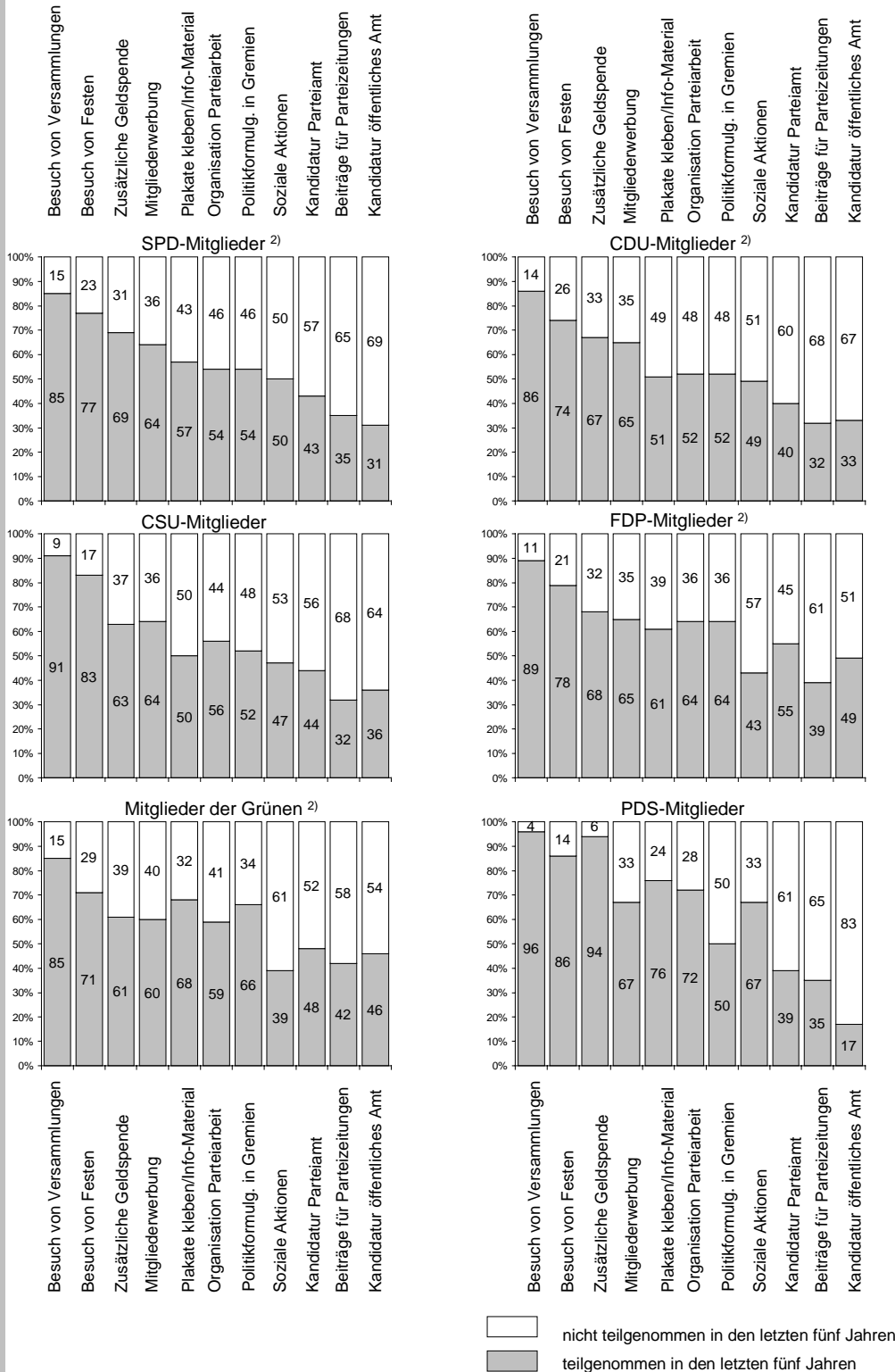
bei ihnen das Beteiligungsniveau bei Kandidaturen für Parteiämter (FDP: 55 Prozent; Grüne: 48 Prozent) und öffentliche Ämter (FDP: 49 Prozent; Grüne: 46 Prozent) sehr hoch ausfällt. Bei einem ungünstigen Verhältnis von Mitgliedern zu aufzustellenden Kandidaten muss sich zwangsläufig ein hoher Anteil von Mitgliedern für Funktionen innerhalb und außerhalb der Partei zur Verfügung stellen. Dies trifft zweifellos auf die Mitglieder von FDP und Grünen zu, stärker noch aber auf die kleinen Mitgliedschaften in den neuen Bundesländern. Die schmale Mitgliederbasis im Osten legt nahe, dass dort sehr viel mehr Mitglieder mit Kandidaturen innerhalb und außerhalb der Parteien vertraut sind als im Westen.

Diese Überlegung bestätigt sich. Mit Ausnahme der PDS-Mitgliedschaft hat in allen ostdeutschen Parteien innerhalb von fünf Jahren mindestens die Hälfte der Mitglieder Erfahrungen mit einer eigenen Kandidatur gesammelt. An der Spitze stehen die ostdeutschen Sozialdemokraten, von denen 54 Prozent für Parteiämter kandidierten. Dies sind 12 Prozentpunkte mehr als bei den SPD-Landesverbänden der alten Bundesländer. Bei der Kandidatur um öffentliche Mandate liegt das Beteiligungsniveau im Osten (57 Prozent) sogar doppelt so hoch wie im Westen. Dass die Kandidatendecke dennoch nicht ausreicht, verweist nochmals auf die eklatanten Rekrutierungsprobleme der SPD in den neuen Bundesländern. Trotz ihres immer noch enormen Mitgliederüberhangs deuten sich ähnliche Schwierigkeiten auch bei der ostdeutschen CDU an. Selbst unter den Christdemokraten bewarben sich innerhalb von fünf Jahren bereits fünf von zehn Mitgliedern (48 Prozent) um ein Parteiamt und genau so viele um eine Funktion außerhalb der Partei.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass das Spektrum der Arbeitsmöglichkeiten von den Mitgliedern sehr unterschiedlich genutzt wird. In allen Parteien, in den alten und in den neuen Bundesländern, besteht ein Schwerpunkt bei Aktivitäten, bei denen die Mitglieder in mehr oder minder regelmäßigen Abständen miteinander kommunizieren und sich austauschen: Versammlungen und gesellige Veranstaltungen. Übereinstimmend mit der Beobachtung eines zeitlich begrenzten Mitgliederengagements nehmen die wenigsten Mitglieder Beteiligungsofferten an, die mit einer kontinuierlichen Mitarbeit verbunden sind.

Abb. 15: Aktivitätsprofil im Parteienvergleich ¹⁾

Wenn Sie an die letzten fünf Jahre denken, wie oft haben Sie sich normalerweise an den nachfolgend aufgeführten Aktivitäten beteiligt?



¹⁾ Angaben in Prozent

²⁾ gewichtet nach Mitgliederanteil Ost-West

Grundgesamtheit: Bundesdeutsche Parteimitglieder

3.5. Innerparteiliche Aktivität: Struktur des Mitgliederhandelns

Hinter dem beschriebenen Profil von Mitgliederaktivitäten versteckt sich eine Doppel-Struktur von unterscheidbaren Aktivitätstypen. Empirisch können zwei Mitarbeitersformen unterschieden werden – eine im weitesten Sinne *gesellige* und eine *ämterorientierte*. Die erste Beteiligungsdimension wird durch fünf Mitarbeitersformen geprägt, am stärksten durch die Kandidaturen für ein öffentliches Amt bzw. ein Parteiamt. Aber auch Gremienarbeit, organisatorisches Engagement und das Verfassen von Beiträgen für Parteizeitungen gehören hierzu. Der zweite Dimension ist durch vier Aktivitäten bestimmt, am stärksten durch den Besuch von Parteiversammlungen sowie die Teilnahme an Festen und geselligen Veranstaltungen (Abb. 16).

Abb. 16: Struktur innerparteilicher Aktivität ¹⁾

	Ämterorientierte Partizipation	Gesellige Partizipation
Besuch von Versammlungen		X
Besuch von Festen der Partei		X
Zusätzliche Geldspende		X
Mitgliederwerbung		X
Beiträge für Parteizeitungen	X	
Organisation Parteiarbeit	X	
Politikformulierung in Gremien	X	
Kandidatur öffentliches Amt	X	
Kandidatur Parteiamt	X	

¹⁾ Zwei-Faktoren-Lösung mit Varimax-Rotation auf der Basis dichotomisierter Antwortvorgaben (0 = nicht teilgenommen in den letzten fünf Jahren; 1 = teilgenommen in den letzten fünf Jahren); gewichtet nach Mitgliederstärke

Grundgesamtheit: Mitglieder deutscher Parteien

POTSDAMER PARTEIMITGLIEDER-PROJEKT

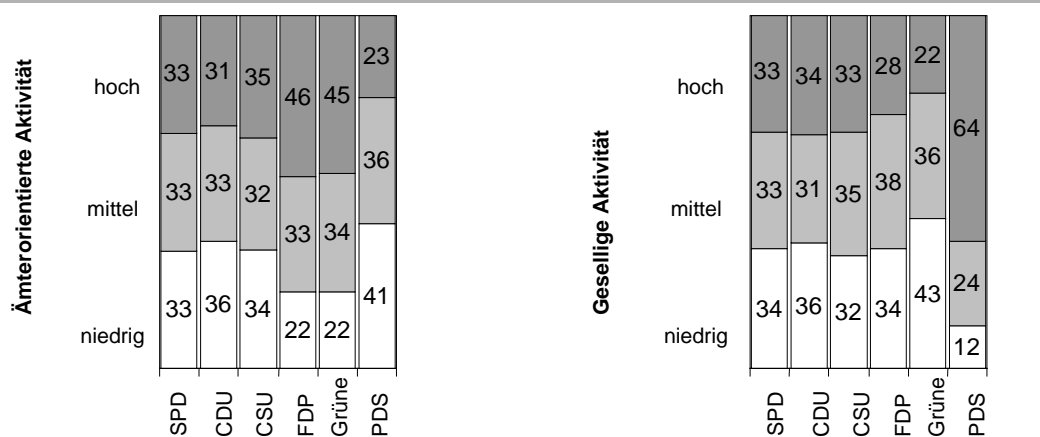
Der Parteienvergleich bringt den Unterschied zwischen geselliger und ämterorientierter Beteiligung in allen deutschen Parteien zu Tage. Am sichtbarsten ist er bei SPD, CDU und CSU sowie der PDS, die bis heute deutliche Züge klassischer Mitgliederparteien tragen. Etwas anders gelagert ist die Situation bei FDP und Grünen. Mitglieder, die typische Formen geselligen Engagements wahrnehmen, nutzen bei ihnen in starkem Maße auch Formen ämterorientierten

Engagements. Umgekehrt beteiligen sich Mitglieder, die inhaltlich und positionsgetragen mitarbeiten, ebenso deutlich im Rahmen geselliger Aktivitätsformen. Im Ergebnis bilden sich bei FDP und Grünen die zwei Aktivitätstypen nicht so klar unterscheidbar ab wie in den Mitgliedschaften der anderen Parteien.

Letzteres deckt sich mit dem gängigen Bild dieser beiden Parteien. Schon allein von ihrer geringen Organisationsdichte her entsprechen sie nicht dem klassischen Typ der Mitgliederpartei. Beide Parteien werden vielmehr als Vereinigungen betont, in denen sich stärker als anderswo vorrangig politische Aktivisten sammeln. Die weniger deutliche Dual-Struktur im Engagement liberaler und grüner Mitgliedschaften ist hierfür ein überzeugender und wenig überraschender Beleg.

Bemerkenswerter ist die Struktur des Aktivitätsraumes in den neuen Bundesländern. Abgesehen von der PDS sagt die Forschung den Parteien in den neuen Bundesländern nach, vom klassischen Modell der Mitgliederpartei weit entfernt zu sein (Scarow 1999: 90; Birsl/Lösche 1998; Poguntke 1996: 93ff.; Sarcinelli 1998: 294; Dittberner 2000: 34ff.). In Bezug auf ihren Organisationsgrad und die schwache Vernetzung mag dies stimmen, nicht jedoch hinsichtlich des innerparteilichen Aktivitätsverhaltens ihrer Mitglieder. Auch in den neuen Bundesländern sind gesellige und ämterorientierte Parteimitarbeit deutlich voneinander getrennt. Damit tragen selbst die mitgliederschlanken Organisationen Ostdeutschlands die Züge einer Partei, in der ein weitgehend separates Feld für amts- und funktionsferne Mitgliederaktivitäten besteht.

Abb. 17: Ämterorientierte und gesellige Aktivität im Vergleich¹⁾



¹⁾ Angaben in Prozent; gewichtet

Grundgesamtheit: Mitglieder deutscher Parteien

Auch wenn die Struktur für alle Parteien gültig ist, so variiert die Bedeutung der beiden Aktivitätsformen zwischen den einzelnen Mitgliedschaften erheblich (Abb. 17). Was sich bereits bei den einzelnen Aktivitäten andeutete, tritt nun deutlich zutage: Keine Mitgliedschaft ist so ämterorientiert aktiv wie die der FDP und die der Grünen, keine so gesellig wie die Mitgliedschaft der PDS. Wenn es darum geht, Ämter und Funktionen zu übernehmen, erreicht fast die Hälfte ihrer Mitglieder (FDP: 45 Prozent, Grüne: 46 Prozent) das oberste Beteiligungsniveau, von den PDS-Mitgliedern gelingt dies nur einem Viertel (23 Prozent). Die PDS-Mitglieder führen dagegen beim Besuch von geselligen Veranstaltungen das Feld uneinholbar an. Dort sind zwei Drittel ihrer Mitglieder (64 Prozent) intensiv engagiert, bei den Liberalen und den Grünen sind es nicht einmal ein Drittel. Diese Zahlen verdeutlichen eine klar unterscheidbare Funktionswirklichkeit: FDP und Grüne entsprechen am deutlichsten Organisationen zur Rekrutierung politischer Funktionsträger. Dagegen ist die PDS wie keine andere Partei in erster Linie eine Art politischer Lebensgemeinschaft.

Mit diesem Mix aus einem hohen geselligen und einem niedrigen ämterorientierten Engagement stellt die PDS auch in den neuen Bundesländern eine Besonderheit dar. Abgesehen von der PDS zeigt sich aber, dass es die ostdeutschen Parteigliederungen sind, die einer Verknüpfung beider Funktionen am nächsten kommen: Die ostdeutschen Mitglieder von SPD, CDU, FDP und Grünen engagieren sich stärker gesellig als ihre Parteifreunde in den alten Bundesländern und sie übertreffen die West-Mitglieder – mit Ausnahme der FDP – auch in der ämterorientierten Aktivität. Gemessen an den Aktivitätsraten ihrer Mitglieder gelingt es den Parteien in den neuen Bundesländern somit am ehesten, sowohl politischer Heimatverein als auch Plattform zur Rekrutierung von Funktions- und Mandatsträgern zu sein.

4. Einstellungen und politische Orientierungen von Parteimitgliedern

Die Analyse der Zusammensetzung der deutschen Parteimitgliedschaften hat gezeigt, dass die traditionellen Verbindungen einzelner Parteien mit bestimmten Milieus und gesellschaftlichen Schichten weiterhin bestehen. Allerdings lässt sich ebenfalls beobachten, dass sich die Parteien in ihrer Sozialstruktur ähnlicher werden. Dies stellt zugleich die zentrale Annahme der Cleavage-Theorie in Frage, nach der die Parteien spezifische Interessen von gesellschaftlichen Großgruppen vertreten (Lipset/Rokkan 1967: 5). Daraus ließe sich die Hypothese ableiten, dass mit dem klaren sozialstrukturellen Profil der Parteien auch ihre unverwechselbaren weltanschaulichen Positionen verloren gegangen sind.

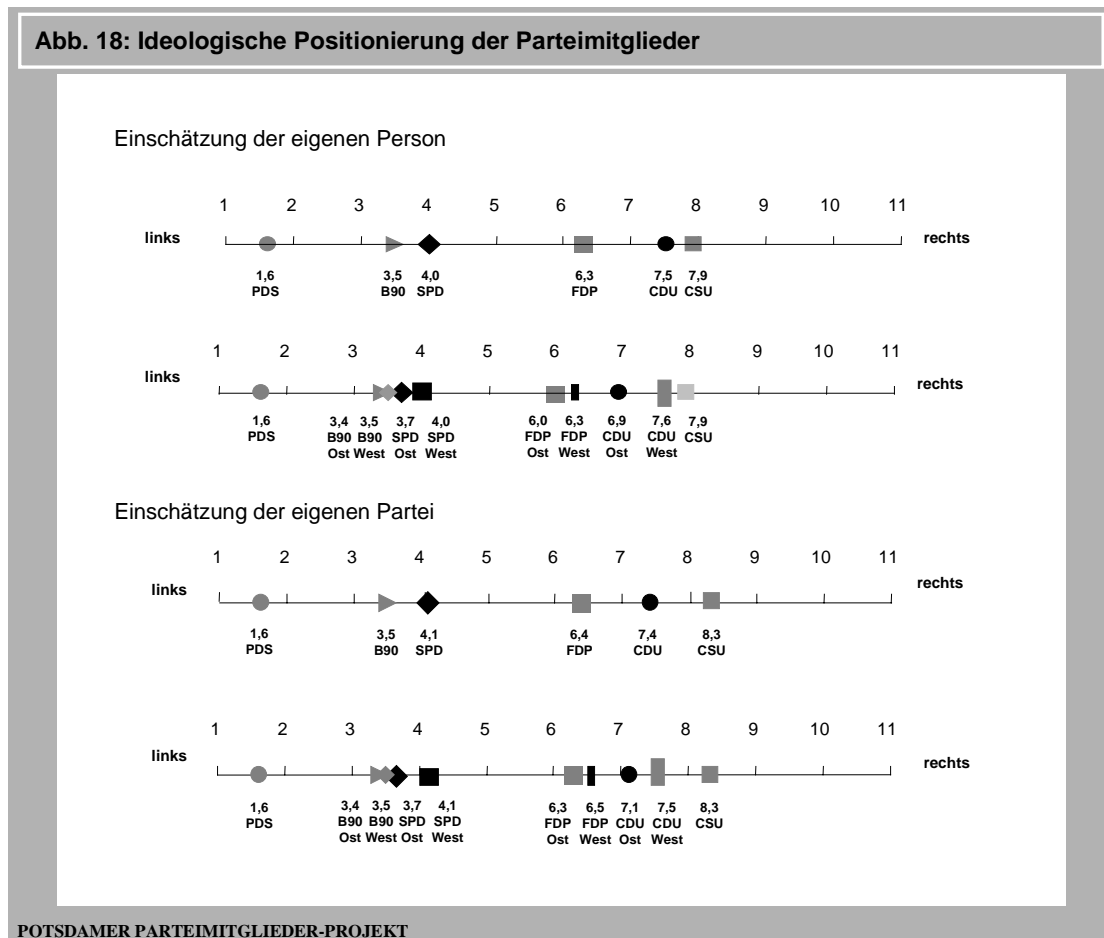
Die theoretischen Überlegungen der Rational-Choice-Theorie stützen diese Nivellierungshypothese. So hat bereits Anthony Downs (1957) gezeigt, dass Parteien ähnliche Politikangebote offerieren sollten, wenn sie das Ziel der Stimmenmaximierung verfolgen wollen. Kirchheimer (1965) schildert – ausgehend von den Downs'schen Überlegungen – den Wandel der westeuropäischen Wählermärkte und spricht in diesem Zusammenhang von der entstehenden „Catch-All-Party“ bzw. „Allerweltpartei“. Diese versuche, mittels diffusem Erscheinungsbild und breitgefächertem Programmangebot eine größtmögliche Zahl von Wählern zu mobilisieren. Dafür opfere die Allerweltpartei „eine tiefere ideologische Durchdringung für eine weitere Ausstrahlung und einen rascheren Wahlerfolg“, so Kirchheimer (1965: 27). Inwiefern dies tatsächlich eingetreten ist, lässt sich auch daran ablesen, ob sich die politischen Einstellungen der Mitglieder der deutschen Parteien heute noch voneinander unterscheiden. Dazu wird zunächst die Selbsteinstufung der Mitglieder auf der Links-rechts-Skala analysiert, um dann auf die Haltung zu ausgewählten politischen Problembereichen einzugehen.

4.1. Positionierung entlang der Links-rechts-Dimension

Die Begriffe „links“ und „rechts“ werden seit der Französischen Revolution verwendet, um grundlegende politische Orientierungen zu beschreiben. Ihr politikwissenschaftlicher Gebrauch ist dabei ebenso umstritten wie verbreitet (Bürklin 1982). Umstritten vor allem deshalb, weil, so die Kritiker, die Richtungsbegriffe inhaltlich unbestimmt seien. Für die ideologischen Auseinandersetzungen der industriellen Gesellschaft seien *links* und *rechts* zwar geeignete Etiketten gewesen, den heutigen Unübersichtlichkeiten könnten sie aber nur unzureichend gerecht werden. Die Verwendung des „topographischen Ordnungsprinzips“ (Falter/Klein/Schumann 1994: 194) *links* vs. *rechts* bleibt trotzdem weiterhin verbreitet – und zwar in erster Linie, weil es eine einfache und eingängige Formel für die Beschreibung politischer Orientierungen darstellt.

Für Fuchs und Klingemann (1990) bilden die Richtungsbegriffe deshalb keine inhaltlich scharf konturierten ideologischen Positionen ab, sondern dienen lediglich zur groben politischen Orientierung, ohne dabei ein tiefgreifendes politisches Verständnis vorauszusetzen. Die Autoren weisen nach, dass ein Großteil der Bevölkerung diese Begrifflichkeiten aktiv verwenden und die eigene Position und die der Parteien anhand der Links-rechts-Skala bestimmen kann (ebda.: 210). So gelten SPD, Bündnisgrüne und PDS als linke, CDU und CSU sowie im Besonderen die hier nicht betrachteten Republikaner, die DVU und die NPD als rechte Parteien, während die FDP in der Mitte eingeordnet wird (vgl. Weßels 1993a; ders. 1993b). Die Selbstpositionierung der Mitglieder kann analog dazu Hinweise auf die Verortung der Parteien im politischen Spektrum liefert; losgelöst von inhaltlichen Standpunkten können die Mitglieder sich zu einer politischen Richtung bekennen. Es geht hier um die *ideologische Selbstidentifikation*, um das *Selbstverständnis* der Parteimitglieder.

Die Verteilung der Parteimitglieder auf dem Links-rechts-Schema spiegelt noch immer sehr deutlich die alten Konfliktlinien des politischen Systems wider. Die PDS-Mitglieder verstehen sich und ihre Partei sehr ausgeprägt als links; links der Mitte sehen sich auch die Mitglieder von Bündnis '90/Die Grünen und der SPD (vgl. Abb. 18). Die FDP-Mitglieder stufen sich nur unwesentlich, die Mitglieder der Unionsparteien deutlicher rechts der Mitte ein. Diese Reihenfolge auf dem Links-rechts-Spektrum gilt sowohl in den alten wie in den neuen Ländern. Allerdings stufen die ostdeutschen Parteimitgliedschaften sowohl sich selbst als auch ihre Parteien generell etwas weiter links ein. Damit zeigt sich eine aus der Wahlforschung bekannte Verschiebung auch innerhalb der Parteien (Jagodzinski/Kühnel 1997: 223ff.).

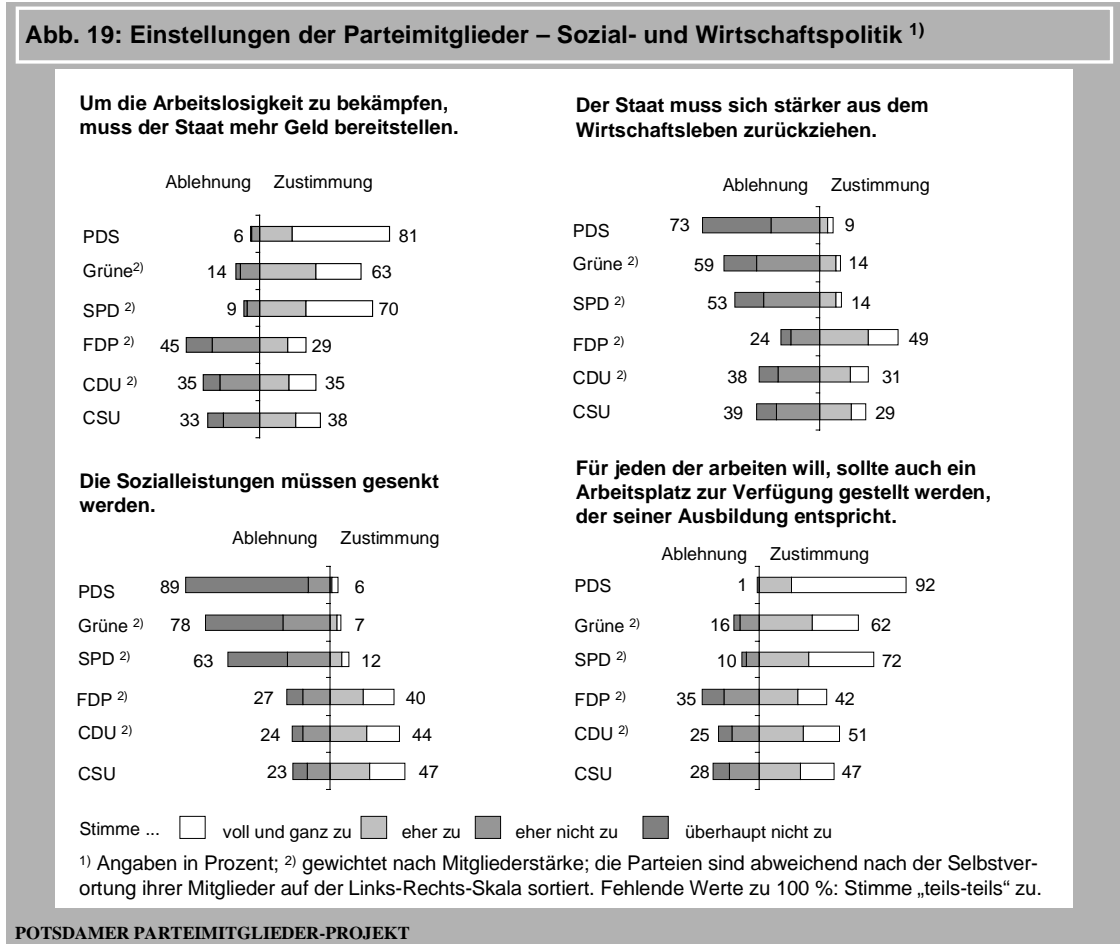


4.2. Einstellungen zu ausgewählten Themen

Die Differenzen in der ideologischen Selbstidentifikation sind ein Hinweis darauf, dass das Bedürfnis nach politisch-inhaltlicher Abgrenzung in den Mitgliedschaften weiterhin besteht. Die Links-rechts-Skala lässt jedoch offen, ob sich die wahrgenommenen Unterschiede durch divergierende Haltungen zu politischen Fragen tatsächlich konkretisieren – denn nur dann kann von tatsächlichen Einstellungsunterschieden ausgegangen werden. Eine Analyse der Haltungen der Parteimitglieder zu politischen Forderungen aus drei großen Konfliktfeldern – der Wirtschafts- und Sozialpolitik, der Umweltpolitik und der Rechtspolitik – kann hierüber Aufschluss geben. Die dazu verwendeten neun Items wurden so formuliert, dass sie einerseits politischen Kontroversen zum Zeitpunkt der Datenerhebung aufnehmen und andererseits auch tiefgehende politische Richtungsentscheidungen abbilden.

Die sozial- und wirtschaftspolitischen Debatten in der westeuropäischen Politik kreisen im wesentlichen um das Maß staatlicher Eingriffe in die Wirtschaft und die Ausgestaltung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen (Ullrich 2000: 138). Zugespielt formuliert lassen sich die Kontro-

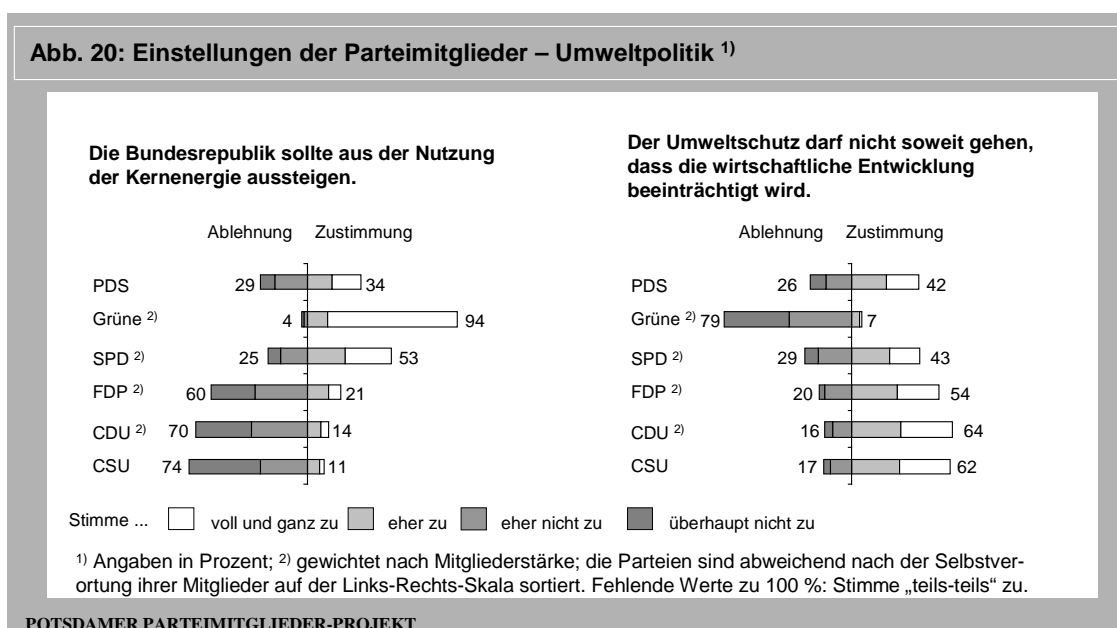
versen auf die Optionen *mehr Staat* oder *mehr Markt* zurückführen (Kitschelt 1994: 12). Zwischen diesen Polen können auch die Positionen der deutschen Parteimitglieder festgemacht werden. Die Mitglieder der drei bürgerlichen Parteien nehmen generell die marktfreundlicheren Positionen ein, während Grüne und insbesondere SPD und PDS mit ihrer wohlfahrtsstaatlichen bzw. sozialistischen Tradition aktive Sozialpolitik und staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen eher befürworten (siehe Abb. 19).



Trotzdem ergeben sich interessante Abweichungen von einem idealtypischen Links-rechts-Verlauf, wie er aus dem vorangegangenen Abschnitt abgeleitet werden könnte: Mehr Geld für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und eine staatliche Bereitstellung von ausbildungsadäquaten Arbeitsplätzen werden zwar am übereinstimmendsten in der PDS gefordert, jedoch in den beiden Unionsparteien keineswegs einhellig abgelehnt. Vielmehr sind es die Mitglieder der FDP, bei denen solche Positionen auf den größten Widerspruch stoßen. Auch die Grünen stehen diesen beiden Forderungen skeptischer gegenüber als die Sozialdemokraten.

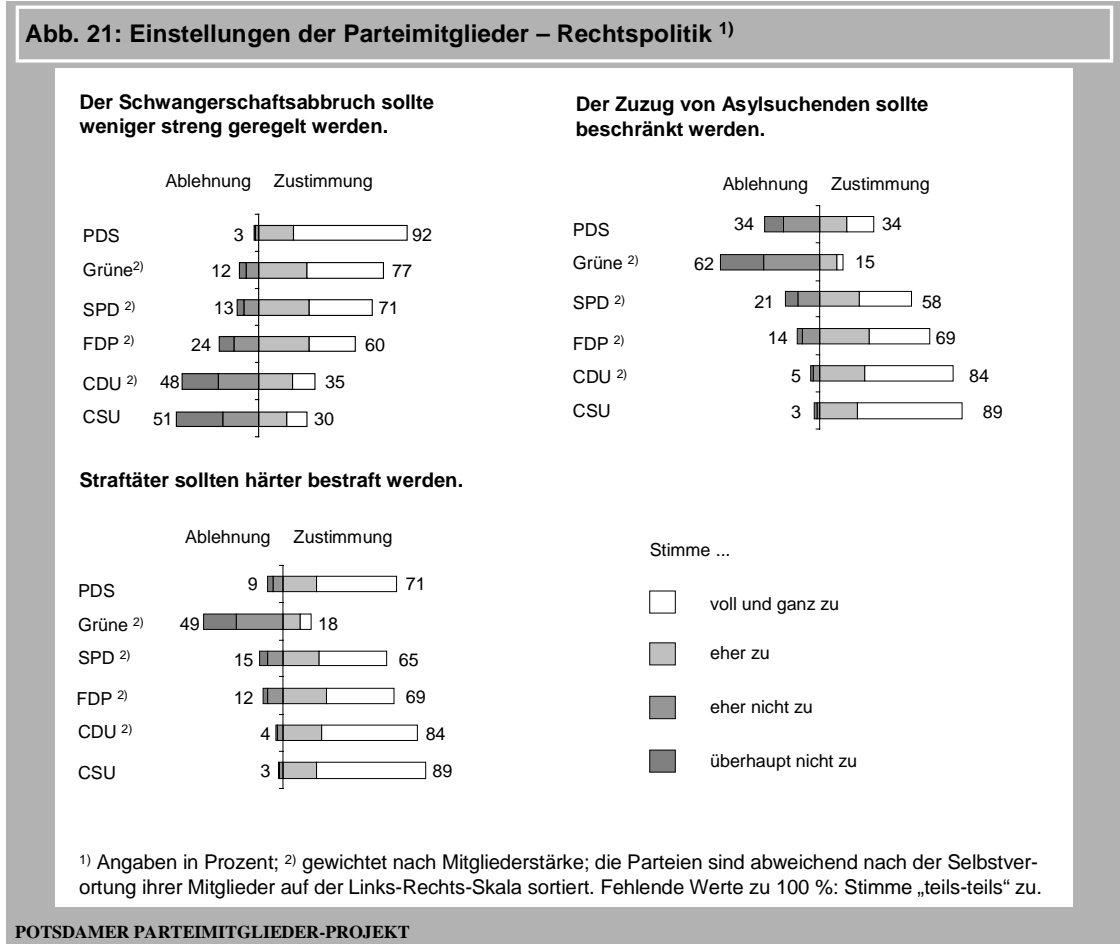
Die pauschale Forderung, der Staat müsse sich stärker aus dem Wirtschaftsleben zurückziehen, trifft hingegen auch bei den Grünen auf eindeutigen Widerspruch. Wieder sind es die

Liberalen, die hier die stärkste Zustimmung signalisieren. Würde man zusammenfassend die wirtschaftspolitischen Haltungen zwischen den Polen *mehr Staat* und *mehr Markt* auflisten, so ergäbe sich die Reihenfolge PDS, SPD, Grüne, CDU, CSU und FDP. Die Grünen sind auf diesem Feld der alten Politik dem wohlfahrtsstaatlichem Erbe weniger stark verpflichtet als die alte Linke aus SPD und PDS, und die Mitglieder der FDP nehmen eine deutlich wirtschafts-liberale Haltung ein als die Mitglieder der beiden Unionsparteien. Davon unberührt sind in der FDP allerdings auch noch starke sozial-liberale Einflüsse zu beobachten, denn eine Absenkung der Sozialleistungen fordert nur eine Minderheit von 40 Prozent, gegenüber 44 und 47 Prozent in CDU und CSU.



Fragt man nach einer Abwägung zwischen umwelt- oder wirtschaftspolitischen Zielsetzungen, sind es die Grünen, die sich am eindeutigsten für den Vorrang des Umweltschutzes aussprechen. Sie sind es auch, die den Ausstieg aus der Kernenergie am vehementesten fordern (vgl. Abb. 20). Dies entspricht den Erwartungen, stellt doch die Umweltschutzbewegung eine der historischen Wurzeln der grünen Partei dar. Die Angehörigen von PDS und SPD nehmen moderatere Positionen ein. Sie sind nur bedingt bereit, aus Gründen des Umweltschutzes die wirtschaftliche Entwicklung zurückzustellen. Der Ausstieg aus der Kernenergie findet in der SPD eine Mehrheit (53 Prozent), wird in der PDS aber nur von einem Drittel (34 Prozent) gefordert. Diese Unentschiedenheit weist auf ein Dilemma der Parteien der alten Linken hin: Die Interessen ihrer klassischen Klientel – der Arbeiterschaft – stehen in beiden Parteien oftmals konträr zu den Forderungen, die die Anhänger der sog. „Neuen Politik“ stellen (Bürklin 1984; Kitschelt 1994: Kap. 1.4).

Die Mitglieder der beiden Unionsparteien fordern eine weitere Nutzung der Kernenergie und geben ökonomischen Zielsetzungen vor umweltpolitischen Erwägungen deutlich Priorität. Dies ist zu einem etwas geringeren Maße auch in der FDP der Fall. Im Spannungsfeld zwischen Umwelt und Wirtschaft gleicht damit die Position der Parteien dem idealtypischen Links-rechts-Verlauf weitgehend – mit der bemerkenswerten Ausnahme der PDS, die mit ihrer Haltung zur Kernenergie „rechts“ von der SPD steht.



In rechtspolitischen Fragen zeigt sich teilweise eine deutliche Trennlinie zwischen den konfessionell geprägten Unionsparteien und den restlichen Parteien (vgl. Abb. 21). Die Mitglieder von CDU und CSU sind es, die das restriktivste Straf- und Asylrecht fordern, vor allem aber eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes ablehnen. An dieser politischen Streitfrage, die die Positionen entlang der religiösen Konfliktlinie konkretisiert, zeigt sich – übereinstimmend mit der konfessionellen Zusammensetzung der Mitgliedschaften –, dass die Unionsparteien noch immer die Interessenvertretung religiös gebundener Bürger sind. Weit größere Zustimmung fand eine Liberalisierung des Abtreibungsrechtes zum Erhebungszeitraum im Frühjahr

1998 unter den Mitgliedern der FDP (60 Prozent), der SPD (71 Prozent), bei den Bündnisgrünen (77 Prozent) und vor allem bei der PDS (92 Prozent).

Die Mitglieder von CDU und CSU befürworten mit deutlicher Mehrheit (von jeweils 84 bzw. 89 Prozent) eine härtere Bestrafung von Straftätern und einen beschränkten Zuzug von Asylbewerbern. Mit deutlichem Abstand folgt in beiden Fragen die FDP (69 Prozent Zustimmung); aber auch in der SPD finden sich Mehrheiten, die diese Positionen unterstützen (58 und 65 Prozent). Die Mitglieder der Bündnisgrünen lehnen beide Forderungen mit deutlicher Mehrheit ab. Die Haltung der PDS-Mitglieder ist hingegen gespalten: Einerseits befürworten 71 Prozent ein härteres Strafrecht, andererseits sprechen sich nur 34 Prozent für eine Verschärfung des Asylrechts aus. Damit lässt sich die Partei nicht eindeutig dem libertären oder restriktiven Lager zuordnen. Ansonsten folgen die Einstellungen der Mitgliedschaften aber auch in rechtspolitischen Fragen dem idealtypischen Links-rechts-Verlauf – mit den Grünen am libertären Pol und der CSU am entgegengesetzten Ende.

4.3. Ergebnis: Weiterhin klare Einstellungsprofile

Die Parteien zeigen also durchaus weiterhin verschiedene Meinungsprofile. Diese zeigen sich zunächst in der Selbsteinstufung auf dem Links-rechts-Schema, die sich auch in den Einstellungen der Mitglieder zu einzelnen Sachfragen widerspiegelt. Die Kategorien „links“ und „rechts“ stellen damit ihre Tauglichkeit als grobes „topographisches Ordnungsprinzip“ (Falter/Klein/Schumann 1994: 194) unter Beweis. Andererseits hat die Analyse aber auch gezeigt, dass die generelle Charakterisierung von Parteien als „links“ bzw. „rechts“ deutlich zu kurz greift. So steht die FDP in wirtschaftspolitischen Fragen mit den pointiert marktfreundlichen Positionen ihrer Mitglieder deutlich „rechts“ von den beiden Unionsparteien, in umwelt- und rechtspolitischen Fragen aber „links“ von CDU und CSU. Ganz ähnlich ordnen sich auch die Grünen in der Wirtschaftspolitik „rechts“ von der SPD ein, sind in der Umwelt- und Rechtspolitik aber deutlich „linker“ als die Sozialdemokraten. Die Selbstverortung der PDS-Mitglieder am linken Rand des Parteienspektrums findet sich in den wirtschaftspolitischen Forderungen der Mitglieder wieder, nicht aber in einer besonders radikalen Umweltpolitik oder einer libertären Haltung zum Strafrecht.

Hinsichtlich der politischen Forderungen ihrer Mitglieder sind die deutschen Parteien also keineswegs zu Allerweltparteien geworden. Dies steht im Kontrast zu der bereits aufgezeigten Nivellierungstendenz in der Sozialstruktur der Parteien. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass politische Haltungen nicht zwangsläufig an sozialstrukturelle Merkmale gekoppelt sein

müssen. Sozialstrukturelle Nivellierung und ideologische Polarisierung bzw. Differenzierung können also nicht nur bei den Anhängerschaften der Parteien miteinander einhergehen (Gluchowski/Veen 1983, 1988), sondern finden sich auch mit Blick auf die Mitgliedschaften.

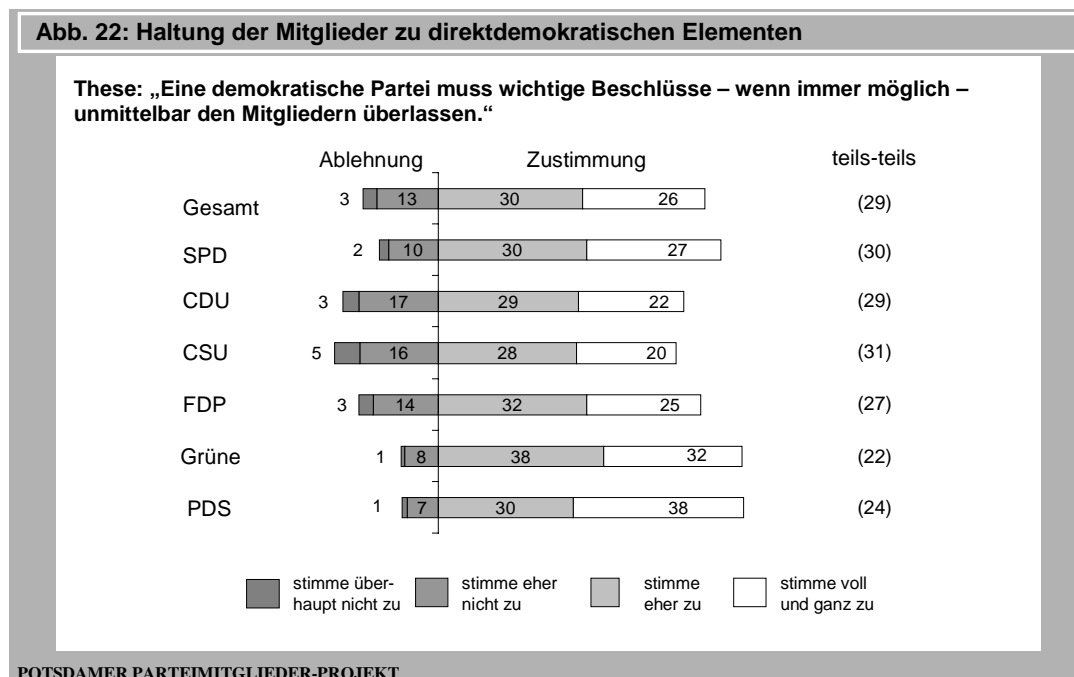
5. Reform der innerparteilichen Willensbildung

Erste Forderungen nach einer grundlegenden Reform der deutschen Parteien und einer Ausweitung der parteiinternen Partizipationsmöglichkeiten finden sich bereits in der Literatur aus den frühen Tagen der Weimarer Republik. Zuvor hatte sich schon Michels mit Möglichkeiten beschäftigt, die „oligarchische Tendenz“ zu mildern und die Rolle von parteiinternen Referenden erörtert (Michels 1911: 317ff.). Schiffrin mahnte die „Vollentfaltung der innerparteilichen Demokratie“ an, von der er sich eine Aktivierung der Massen, einen Ausgleich zwischen den innerparteilichen Spannungen und eine Stärkung der Sozialdemokratie erhoffte (Schiffrin 1930: 528). In der Bundesrepublik stießen die Studentenbewegung und die APO Ende der 1960er Jahre eine neue Debatte an, die ein vermeintliches „Demokratiedefizit“ des parlamentarisch-repräsentativen Systems thematisierte und damit einen Kontrapunkt zum „Parteienstaat“ setzte, den Leibholz auch normativ proklamiert hatte (Leibholz 1967).

Entsprechend breit war die Palette der Reformvorschläge, die insbesondere darauf abzielten, das Parteienmonopol bei der Kandidatennominierung zu brechen (Kessel 1971). Ursprünglich im Mittelpunkt standen offene Vorwahlen nach US-Vorbild, an denen alle Wahlberechtigten teilnehmen können; die Debatte verlagerte sich jedoch hin zu parteiinternen Urwahlen (Deutsche Vereinigung für Parlamentsfragen 1974). In den frühen 1990er Jahren erlebte die Reformdiskussion im Zuge der allgemeinen Debatte um die „Politikverdrossenheit“ eine Neuaufgabe (s.a. Welzel 1995). Zielscheibe der Kritik – und teilweise auch von Aggression und Frustration – waren vor allem die Parteien (vgl. Greiffenhagen und Greiffenhagen 1993: 175ff.). Ein prominentes Beispiel sind die Äußerungen des damaligen Bundespräsidenten Richard von Weizsäcker, der in einem *Zeit*-Interview beklagte, dass die Parteien einen zum Teil völlig beherrschenden Einfluss auf die fünf Verfassungsorgane entwickelt hätten (von Weizsäcker 1992: 140). In deutlicheren Worten nahmen andere die „fetten Bäuche“ einer als geldgierig und selbstbezogen bezeichneten politischen Klasse unter Beschuss (von Arnim 1999),

oder kritisierten die „Cliques und Klüngel“ (Scheuch und Scheuch 1992) und die „Geheimbünde“ der „Funktionärsdiktatur“ (Stubbe-da Luz 1994).

Die etablierten Parteien reagierten auf diese Entwicklung und das damit verbundene Aufkommen von Protestparteien wie den Republikanern oder der Statt-Partei in Hamburg (vgl. Veen u.a. 1993: 41ff., Gluchowski und Hoffmann 1994), indem sie selbst ihre Öffnung gegenüber der Gesellschaft und ihre innere Demokratisierung propagierten (Scarrow 1996b: 312). Dazu wurden und werden verschiedene Vorschläge diskutiert und von den Parteien auch schon in unterschiedlichem Maße umgesetzt, die eine direkte Beteiligung der Mitglieder an wichtigen Entscheidungen der Partei ermöglichen sollen (vgl. Kießling 2001; Reichart-Dreyer 1997).

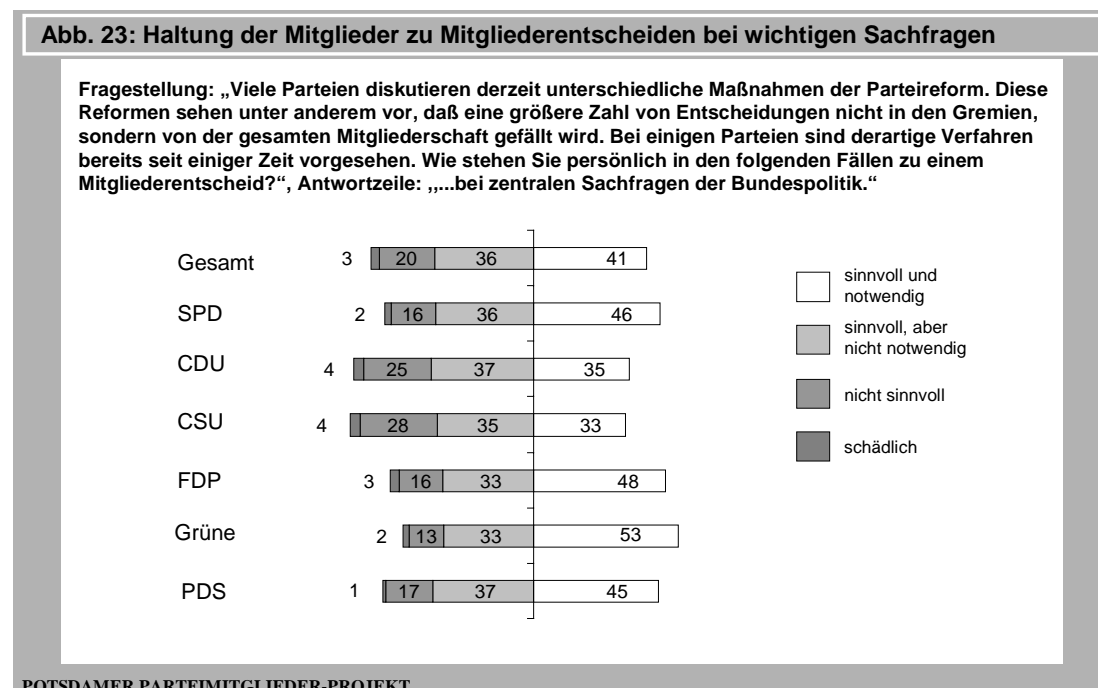


Die Haltung der Parteimitglieder zu diesen Reformbestrebungen ist generell positiv. Sie wurde vom Potsdamer Parteimitglieder-Projekt über die These „Eine demokratische Partei muss wichtige Beschlüsse – wenn immer möglich – unmittelbar den Mitgliedern überlassen“ gemessen. Eine deutliche Mehrheit von 56 Prozent der Befragten stimmt dieser Aussage „voll und ganz“ oder „eher“ zu, weitere 29 Prozent „teils-teils“ (Abb. 22). Nur eine Minderheit von 13 Prozent äußert sich kritischer, weitere 3 Prozent durchweg ablehnend. Am eindeutigsten sprechen sich die Mitglieder der PDS und von Bündnis '90/Die Grünen für direkte Mitgliederbeteiligung aus; jeweils über zwei Drittel äußern sich hier zustimmend. In der SPD und in der FDP (jeweils 57 Prozent Zustimmung) ergeben sich ebenfalls deutliche Reformmehrheiten, bei CDU und CSU fällt das Votum mit 51 Prozent bzw. 48 Prozent etwas

knapper aus. Mit eindeutiger Ablehnung reagieren aber auch hier nur rund 20 Prozent; die restlichen Mitglieder nehmen eine unentschlossene Haltung ein. Zusätzlich zur generellen Frage nach mehr direkter innerparteilicher Demokratie wurden den Mitgliedern auch die drei am häufigsten erörterten konkreten Reformvorschläge zur Bewertung vorgelegt. Dies sind zum einen Mitgliederentscheide zu zentralen Sachfragen der Bundespolitik, und zum anderen die direkte Wahl des Bundesvorsitzenden und der Wahlkreiskandidaten zum Bundestag.

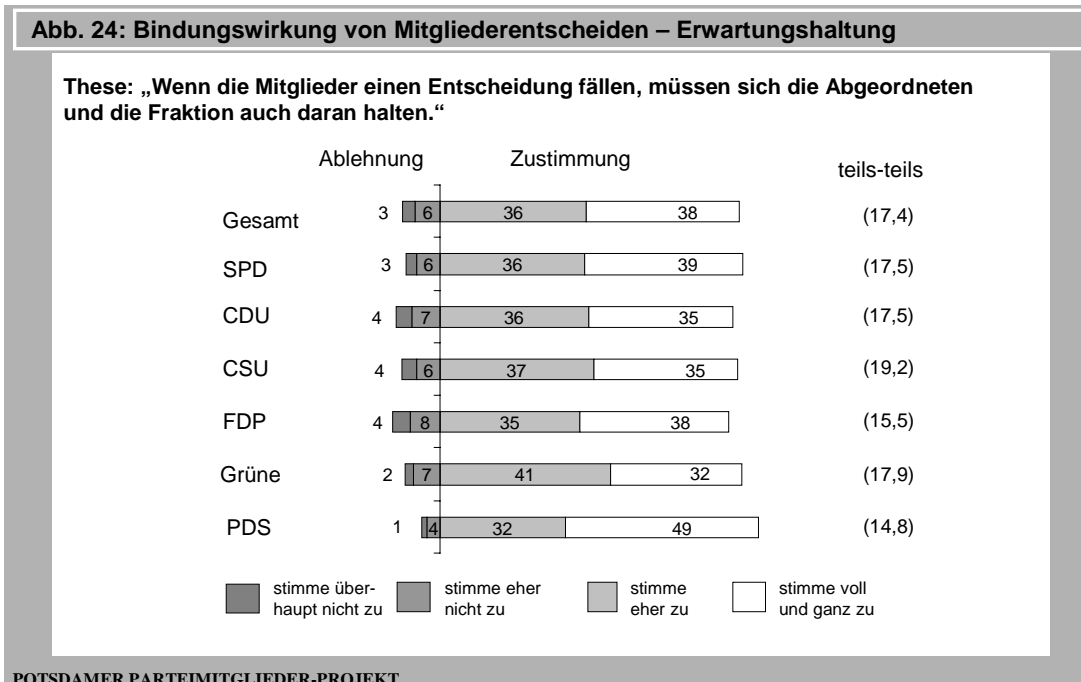
5.1. Mitgliederbegehren, -entscheid und -befragung zu Sachthemen

Durch einen *Mitgliederentscheid* kann eine Entscheidung, die sonst einem Organ oder Gremium der Partei vorbehalten ist, der gesamten Mitgliederschaft zur Abstimmung vorgelegt werden. Gegenstand können alle Sachfragen sein, soweit sie nicht – wie die Beschlussfassung über das Programm – nach dem Parteiengesetz in die ausschließliche Zuständigkeit eines Organs fallen. Sowohl die Urnen- als auch die Briefwahl ist für Mitgliederentscheide zulässig (s.a. Seidel 1998: 145ff.). Mitgliederentscheide können „von oben“ auf Beschluss des jeweiligen Organs oder Gremiums angesetzt werden, oder „von unten“ durch ein *Mitgliederbegehren* herbeigeführt werden, wenn dieses von einer bestimmten Prozentzahl der Mitglieder unterstützt wird. Eine *Mitgliederbefragung* hat lediglich konsultativen Charakter und dient der Herstellung eines Meinungsbildes.



In der Potsdamer Studie wurde allgemein nach Sachentscheiden zu zentralen Fragen der Bundespolitik gefragt. Immerhin 41 Prozent signalisierten hier uneingeschränkte Zustimmung und

gaben an, solche Sachentscheide für „*sinnvoll und notwendig*“ zu halten; weitere 36 Prozent antworteten mit „*sinnvoll, aber nicht notwendig*“ (Abb. 23). Demgegenüber hielten 20 Prozent derartige Referenden für „*nicht sinnvoll*“ und 3 Prozent sogar für „*schädlich*“. Auffällig ist, dass die Zustimmung zwischen den Parteien stark variiert: Die entschiedensten Befürworter von direkter Mitgliederbeteiligung in Sachfragen sind die Mitglieder der Grünen, von denen 53 Prozent mit „*sinnvoll und notwendig*“ antworteten, gefolgt von der FDP (48 Prozent). Unter den Mitgliedern der beiden Unionsparteien befürworteten demgegenüber jeweils nur rund ein Drittel Sachentscheide uneingeschränkt.



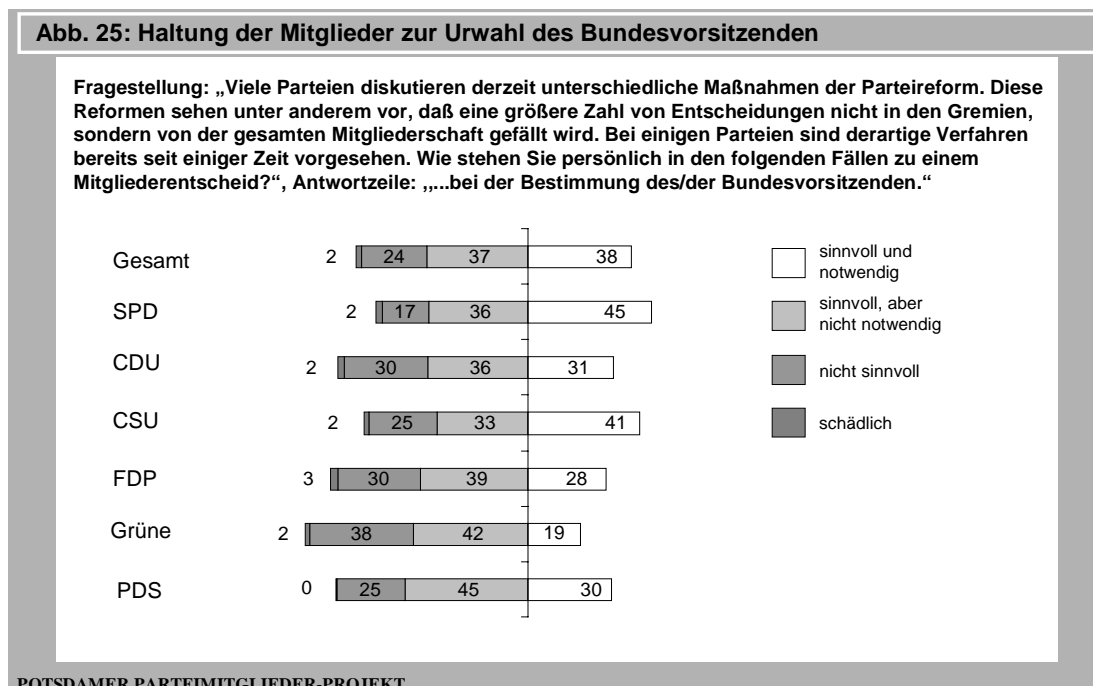
Ein problematischer Aspekt von Sachentscheiden durch die Mitgliedschaft ist die faktische politische Bindungswirkung, die sich bereits aus konsultativen Mitgliederbefragungen ergeben kann. Sie stehen damit in einem Spannungsverhältnis zur Freiheit des Mandats aus Artikel 38 Abs. I Grundgesetz. Dem begegnet etwa das jüngste Reformpapier der CDU Schleswig-Holstein mit dem Hinweis, dass Mitgliederbefragungen lediglich als Orientierungshilfe dienen sollen und kein imperatives Mandat begründen dürften (CDU Schleswig-Holstein 2001: 3). In der Praxis dürfte es den Abgeordneten jedoch schwer fallen, sich gegen den erklärten Willen der Parteibasis zu stellen (s.a. Dittberner 1998: 355; Schieren 1996: 229). In jedem Fall legt ein solches Votum eine Fraktion stärker fest als ein Parteitagsbeschluss, der sich in aller Regel „flexibel“ den politischen Gegebenheiten anpassen lässt.

Die Mitglieder der im Bundestag vertretenen Parteien erwarten tatsächlich von den Abgeordneten, das Ergebnis von Mitgliederentscheiden in den Parlamenten umzusetzen. Der These

„Wenn die Mitglieder eine Entscheidung fällen, müssen sich die Abgeordneten und die Fraktion auch daran halten“ stimmten fast drei Viertel (73 Prozent) „voll und ganz“ oder „eher“ zu (Abb. 24). Die Zustimmung fällt in allen Parteien ähnlich eindeutig aus; in der PDS ist sie deutlich stärker, und in der SPD etwas stärker als in den übrigen Parteien. Nur eine verschwindend kleine Minderheit von unter zehn Prozent würde es akzeptieren, wenn sich die Abgeordneten einem Mitgliederentscheid widersetzen würden.

5.2. Urwahl des Parteivorsitzenden

Das Parteiengesetz legt in § 9 IV fest, dass der Parteivorsitzende des Gebietsverbandes, seine Stellvertreter und die übrigen Mitglieder des Vorstandes vom Parteitag gewählt werden. Eine rechtlich bindende Urwahl des Vorsitzenden ist damit nicht möglich; zulässig sind aber *de jure* unverbindliche Mitgliederbefragungen, die vom Parteitag nachvollzogen werden (Schmidt-Bleibtreu und Klein 1999: Rz. 12). Für eine auch rechtlich verbindliche Urwahl wäre eine vorherige Änderung des Parteiengesetzes erforderlich.



Die Mitglieder äußern sich zu solch einer Urwahl deutlich skeptischer, als dies bei Sachentscheiden der Fall war (Abb. 25). Nur jeweils ein gutes Drittel hält sie für „sinnvoll und notwendig“ bzw. „sinnvoll, aber nicht notwendig“, während ein Viertel dem Vorschlag ablehnend gegenübersteht. Wieder ergeben sich deutliche Unterschiede zwischen den Parteien. In der SPD stimmen 45 Prozent uneingeschränkt zu, gefolgt von der CSU mit 41 Prozent. Etwa gleichauf liegen CDU, FDP und PDS, wo jeweils rund 30 Prozent eine Urwahl für „sinnvoll

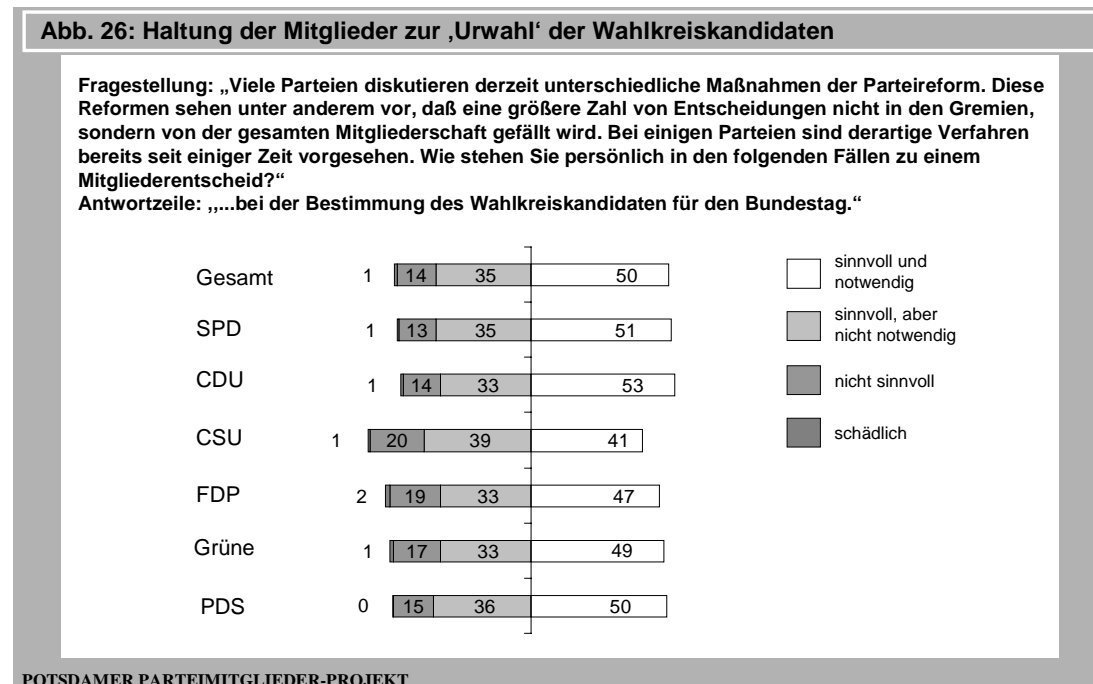
und notwendig“ halten. Bei den Grünen vertritt nur eine Minderheit von 19 Prozent diese Ansicht; 40 Prozent lehnen eine Urwahl ab. Dies mag zunächst überraschen, da die Mitglieder der Grünen direkten Entscheidungsformen im allgemeinen besonders positiv gegenüberstehen. Es könnte sich dies daraus erklären, dass sie die traditionell schwache Position der Sprecher nicht durch eine besondere Legitimation aufwerten wollen.

5.3. Aufstellung der Direktkandidaten für den Bundestag durch die Mitglieder

Nach § 21 I Bundeswahlgesetz werden die Wahlkreisbewerber zum Bundestag von den Parteien auf einer Mitgliederversammlung oder auf einer besonderen oder allgemeinen Vertreterversammlung gewählt. Eine „Urwahl“ im Sinne einer Briefwahl oder einer Urnenwahl in den einzelnen Ortsverbänden ist damit rechtlich nicht zulässig (Schreiber 1998: Rz. 6). Die Entscheidung zwischen Delegierten- und Mitgliederversammlungen fällt jedoch in die Satzungsautonomie der Parteien. An Mitgliederversammlungen können alle zum Zeitpunkt ihres Zusammentretens im jeweiligen Bundestagswahlkreis wahlberechtigten Mitglieder teilnehmen.

Dieser Reformvorschlag – der schon verbreitet umgesetzt wird – trifft unter den Mitgliedern auf die größte Unterstützung (Abb. 26). Rund 50 Prozent halten die Aufstellung des Wahlkreisbewerbers ihrer Partei durch die Mitglieder für „*sinnvoll und notwendig*“, und ein weiteres gutes Drittel signalisiert mit der Antwort „*sinnvoll, aber nicht notwendig*“ verhaltene Zustimmung. Für „*nicht sinnvoll*“ halten den Reformvorschlag nur 14 Prozent, und nur jeder Hundertste ist der Ansicht, er sei darüber hinaus sogar „*schädlich*“. Dieses Ergebnis steht im Einklang mit der CDU-Mitgliederstudie von 1992/93, bei der sich zwei Drittel der Befragten für die Aufstellung der Direktkandidaten durch alle Mitglieder aussprachen (Neu 1997: 63) und mit einer Umfrage unter SPD-Mitgliedern aus dem Jahr 2000, bei der sich sogar drei Viertel zustimmend äußerten (Polis 2000).¹

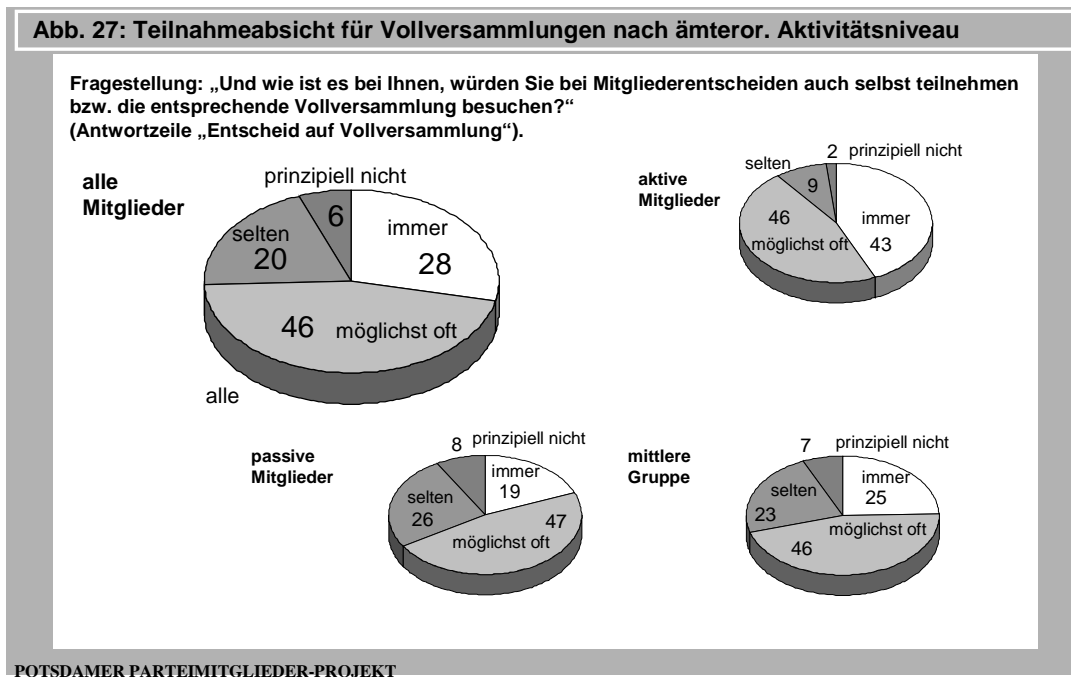
¹ Offene Vorwahlen, an denen sich auch Nichtmitglieder beteiligen könnten, hielten hingegen nur 39 Prozent für „gut“ und 58 Prozent für „nicht gut“ (Polis 2000). Die aktuelle PDS-Mitgliederstudie enthält keine Fragen zur Parteireform (vgl. Chrapa und Wittich 2001).



Im Parteienvergleich ergeben sich keine großen Unterschiede; die Mitglieder der CSU zeigen sich am ablehnendsten, und auch bei der FDP und den Grünen antworten überdurchschnittlich viele Mitglieder mit „*nicht sinnvoll*“. Da in den beiden letztgenannten Parteien direkte Mitgliederbeteiligung generelle auf Zustimmung stößt, könnte dies damit zusammenhängen, dass einige Mitglieder aufgrund der ohnehin aussichtslosen Direktkandidaturen den Aufwand für unverhältnismäßig hoch halten. Interessant ist zudem, dass in der CDU die Zustimmung am eindeutigsten ausfällt – was im Kontrast zur Schwesterpartei CSU besonders hervorsticht. Im Unterschied zur CSU werden in der CDU schon rund die Hälfte der Direktkandidaten auf Wahlkreismitgliederversammlungen aufgestellt (Lübker 2001). Deshalb ergibt sich die Frage, ob positive Erfahrungen mit diesem Verfahren zur Zustimmung beitragen. Ein Indiz hierfür ist, dass in den acht Landesverbänden, in denen schon Vollversammlungen durchgeführt werden, 55 Prozent der Mitglieder dies auch für „*sinnvoll und notwendig*“ halten, in den übrigen Landesverbänden aber nur 48 Prozent.

Ein wichtiges Argument für Wahlkreismitgliederversammlungen ist, dass sie den Mitgliedern eine echte Mitwirkungsmöglichkeit eröffnen, und dass sie – anders als Abstimmungen per Briefwahl – gleichzeitig den Parteien die Gelegenheit geben, passive Mitglieder wieder zu aktivieren. Prinzipiell scheint zumindest eine Mehrheit der Mitglieder bereit zu sein, solch ein erstes Partizipationsangebot anzunehmen: 28 Prozent gaben an, immer an Vollversammlungen teilnehmen zu wollen, und weitere 46 Prozent antworteten mit „möglichst oft“ (Abb. 27). Die Aussichten, auch passive Mitglieder wieder zu erreichen, sind jedoch relativ

gering. Von ihnen hegen nur 19 Prozent eine feste Teilnahmeabsicht, während 43 Prozent der Aktiven immer zu Vollversammlungen gehen wollen.



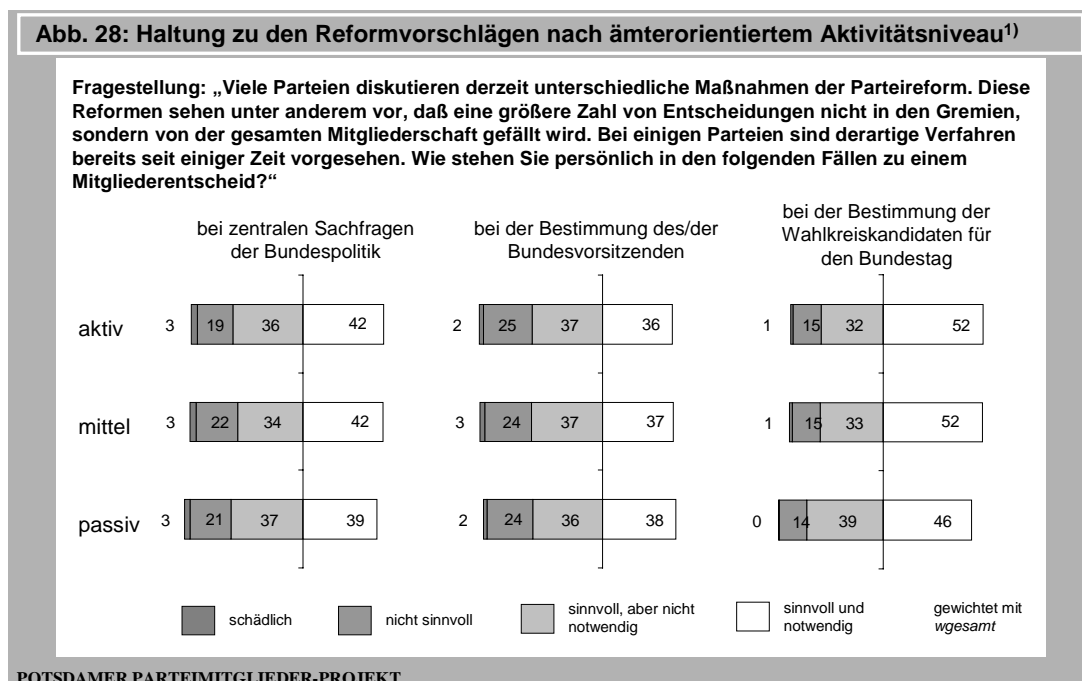
Die tatsächlichen Mobilisierungserfolge bleiben meist hinter diesen Zahlen zurück. Aus den 1970er Jahren belaufen sich die Schätzungen auf Teilnahmequoten von 12 Prozent (CDU Bonn) und 25 bis 30 Prozent (CDU Baden-Württemberg; DVParl 1974: 22). Die Bonner SPD konnte vor den Bundestagswahlen von 1994 und 1998 nur rund 12 Prozent ihrer Mitglieder mobilisieren (Angaben des SPD-Unterbezirks Bonn). Zu den Wahlkreisversammlungen der sächsischen CDU kommen nach Schätzungen aus der Landesgeschäftsstelle ebenfalls nur rund zehn Prozent der Mitglieder. Für die Hamburger CDU sind aus dem Jahr 1990 Beteiligungsdaten zwischen 3 Prozent (Wandsbek) und 9 Prozent (Bergedorf) dokumentiert (BVerfGE 89, 243 [258]). In jüngerer Zeit erreichte die CDU Baden-Württemberg bei Kampfkandidaturen Mobilisierungserfolge von über 50 Prozent; in Einzelfällen kamen so bis zu 1800 Mitglieder zusammen. Bei unstrittigen Kandidaturen folgen hingegen teilweise nur 5 Prozent der Mitglieder der Einladung.² Wenn Entscheidungen nicht offen gehalten werden, besteht zudem die Gefahr, dass sie dazu missbraucht werden, einen schon vorher bestimmten Bewerber lediglich „publikumswirksam in den Sattel zu heben“ (Zeuner 1970: 45), und so eine starke „akklamatorische Tendenz“ bekommen (Kohl 1961: 159). In diesem Fall würden die Demokratisierungsbestrebungen ins Leere laufen. Generell bieten Wahlkreismitgliederver-

² Angaben von Klaus Herrmann (CDU), Mitglied des Landtags Baden-Württemberg (Telefonat im Juni 2001).

sammlungen den Parteien jedoch eine unkomplizierte und wirkungsvolle Chance, dem Erneuerungsanspruch gerecht zu werden.

5.4. Die Haltung von Aktiven und Passivmitgliedern

Eines der wichtigsten Argumente gegen direkte Mitgliederbeteiligung ist, dass sie zur Frustration der dünnen Schicht der Aktiven führen, die zu Lasten der Passivmitglieder um ihren Einfluss und damit um die Früchte ihrer jahrelangen Gremienarbeit gebracht werden. Ein Rückzug der wenigen aktiven Mitglieder, so die Reformgegner, würde die Parteien vor Ort entscheidend schwächen. Von Reformbefürwortern wird die Zerschlagung der derzeitigen „Aktivistendemokratie“ mit ihren als elitär bezeichneten Strukturen und die Entmachtung von „innerparteilichen Seilschaften“ hingegen als ausdrückliches Ziel direkter Mitgliederbeteiligung angeführt (vgl. Becker 1999: 148f.). Aus beidem folgt die Vermutung, dass aktive Mitglieder sämtlichen Reformvorschlägen ihren erbitterten Widerstand entgegensetzen sollten. Diese in der Literatur häufig vertretene Überlegung ist jedoch falsch. Teilt man die Befragten nach ihrem ämterorientiertem Aktivitätsniveau in drei etwa gleich große Gruppen, so zeigt sich, dass die Zustimmung zwischen den einzelnen Gruppen kaum variiert: Wenn sich signifikante Unterschiede nachweisen lassen, sind es sogar die aktiven Mitglieder, die als Reformbefürworter hervortreten (Abb. 28).



Die Mehrheit der Aktiven (52 Prozent) hält es für „*notwendig und sinnvoll*“, bei Bundestagswahlen die Direktkandidaten ihrer Partei unmittelbar von den Mitgliedern wählen zu las-

sen; unter den Passiven sind es deutlich weniger (46 Prozent). Der Zusammenhang zum Aktivitätsniveau ist hochsignifikant, bleibt allerdings mit einem τ - b von $-0,038^{***}$ relativ schwach. Bemerkenswert ist in erster Linie, dass der Zusammenhang genau in der entgegengesetzten Richtung verläuft als in der Literatur vermutet. Bei der Urwahl des Bundesvorsitzenden bleibt ein signifikanter Effekt aus. Bei Sachfragen unterscheiden sich die Mitglieder in ihrem Antwortverhalten wieder: Auch hier sprechen sich in erster Linie die Aktiven für Mitgliederentscheide aus, während die Mitglieder mit mittlerem Aktivitätsniveau und vor allem die Passiven deutlich skeptischer sind. Entsprechend ist der τ - b -Wert wieder negativ ($-0,027^{**}$).

5.5. Zusammenfassung

Der Vergleich zeigt, dass die Mitglieder zwischen den verschiedenen Anwendungsmöglichkeiten von direktdemokratischen Entscheidungsverfahren unterscheiden. Bei der Bestimmung der Wahlkreiskandidaten ist die Zustimmung am größten, und erst mit deutlichem Abstand folgen Sachentscheide und auf Platz drei die Urwahl des Bundesvorsitzenden. Die deutlichsten Unterschiede zeigen sich bei den Grünen, die sich überwiegend für Sachentscheide und die basisdemokratische Aufstellung des Wahlkreiskandidaten aussprechen, aber eine Urwahl der Sprecher für nicht notwendig bzw. nicht sinnvoll halten. Unter Sozialdemokraten finden hingegen alle Anwendungsfälle die gleiche Unterstützung, und bei der CDU hebt sich die äußerst positive Haltung zur Urwahl der Wahlkreiskandidaten gegen die eher skeptische Bewertung der beiden anderen Vorschläge ab.

Zudem hat sich ein in der Literatur weit verbreitetes Deutungsmuster nicht bestätigt. Direkte Beteiligungsformen werden nicht in erster Linie von Passivmitgliedern gefordert, die dadurch ein „Kartell der Aktiven“ sprengen wollen, sondern von den aktiven Mitgliedern selbst. Dies mag zunächst überraschend wirken, denn objektiv schmälern Mitgliederentscheide zu Sachfragen und Urwahlen den innerparteilichen Einfluss der Aktiven als Gruppe. Dieses Paradox lässt sich auflösen, wenn Charakterisierungen wie die von Wilhelm Hennis (1983), der den Begriff „Dreiklassenpartei“ geprägt hat, zurückgewiesen werden. Dann wären die Aktiven nicht durch ein gemeinsames Interesse am Machterhalt zu einer nach unten abgeschotteten Klasse miteinander verbunden, sondern lediglich Mitglieder wie alle anderen auch, die Reformvorschläge nach dem erhofften Nutzen für die Gesamtpartei beurteilen. Gerade die Aktiven scheinen besonders von den positiven Auswirkungen von direkter Mitgliederbeteiligung überzeugt zu sein; ihr Motiv kann nicht die eigene „Entmachtung“ sein, sondern muss in an-

deren Bereichen zu suchen sein. Neben erhofften Mobilisierungsschüben zur Vitalisierung der örtlichen Parteiarbeit kommt hierfür insbesondere die von den Mitgliedern generell als positiv eingeschätzte Öffentlichkeitswirkung in Frage. Die Tatsache, dass sich auch und gerade die Aktiven für direkte Mitgliederbeteiligung aussprechen, entkräftet das immer wieder vorgebrachte Argument, dass direkte Mitbestimmungsformen zum Rückzug der aktiven Minderheit führen. Schwerer wiegt das Argument, dass sich eine Partei durch den öffentlichen Disput vor Mitgliederentscheiden zu Sachfragen selbst schadet und zugleich die Fraktion in unzulässigem Maße gebunden wird. Eine Spaltung der Partei kann auch eintreten, wenn ein polarisierender innerparteilicher Wahlkampf um das Amt des Bundesvorsitzenden ausgetragen wird. Im Falle von Mitgliederversammlungen zur Bestimmung der Wahlkreiskandidaten erscheint diese Gefahr nach den bisherigen Erfahrungen jedoch vergleichsweise gering zu sein. Dies spiegelt sich auch in dem überwältigend positiven Votum der Mitglieder zu diesem Reformvorschlag wider.

Literatur

- Arnim, Hans Herbert von (1999) [urspr. 1997]: *Fetter Bauch regiert nicht gern. Die politische Klasse – selbstbezogen und abgehoben*. München: Knaur.
- Baker, Kendall L./Russel J. Dalton/Kai Hildebrandt (1981): *Germany Transformed, Political Culture and the New Politics*. Cambridge, Mass./London: Harvard University Press.
- Barnes, Samuel H./Max Kaase u.a. (1979): *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*. London: Sage.
- Becker, Bernd (1999): *Mitgliederbeteiligung und innerparteiliche Demokratie in britischen Parteien – Modelle für die deutschen Parteien?* Baden-Baden: Nomos.
- Birsl, Ursula/Peter Lösche (1998): Parteien in West- und Ostdeutschland. Der gar nicht so feine Unterschied. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29, S. 7-24.
- Bürklin, Wilhelm (1982): Konzept und Fakten: Zur Notwendigkeit der konzeptionellen Fundierung der Diskussion der politischen Richtungsbegriffe „Links“ und „Rechts“. *Politische Vierteljahresschrift*, 23, S. 339-345.
- Bürklin, Wilhelm (1984): *Grüne Politik. Ideologische Zyklen, Wähler und Parteiensystem*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Bürklin, Wilhelm/Markus Klein (1998): *Wahlen und Wahlverhalten. Eine Einführung*. Grundwissen Politik 3. 2. Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- CDU Schleswig-Holstein (2001): *CDU im Aufbruch: Moderne Wege für die Schleswig-Holstein-Partei. Ergebnisse der Kommission „Partei- und Reformarbeit“*. Vorlage für den 54. Landesparteitag der CDU Schleswig-Holstein am 16./17. März 2001. Weissenhäuser Strand: CDU-Landesverband Schleswig-Holstein.
- Dittberner, Jürgen (1998): Vom Irrweg des innerparteilichen Plebiszits. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 29, S. 352-357.
- Dittberner, Jürgen (2000): Die FDP an der Schwelle zum neuen Jahrhundert. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 5/2000, S. 30-38.
- Downs, Anthony (1957): *An Economic Theory of Democracy*. New York: Harper and Row.
- Downs, Anthony (1968): *Ökonomische Theorie der Politik*. Tübingen: Mohr.
- Falke, Wolfgang (1982): *Die Mitglieder der CDU. Eine empirische Studie zum Verhältnis von Mitglieder- und Organisationsstruktur der CDU 1971-1977*. Berlin: Duncker & Humblot.
- Falter, Jürgen W., Markus Klein und Siegfried Schumann, 1994, Politische Konflikte, Wählerverhalten und die Struktur des Parteienwettbewerbs. In: Oscar W. Gabriel und Frank Brettschneider (Hrsg.), *Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt*. 2. Auflage. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 194-220.

- Fichter, Michael und Hugo Reister (1996): Die Gewerkschaften. In: Oskar Niedermayer (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 309-333.
- Flanagan, Scott C. (1987): Value Change in Industrial Societies. *American Political Science Review*, 81, S. 1289-1319.
- Fuchs, Dieter/Hans-Dieter Klingemann (1990): The Left-Right Schema. In: Jennings, Kent M. u.a. *Continuities in Political Action. A Longitudinal Study of Political Orientations in Three Western Democracies*. Berlin: de Gruyter, S. 203-234.
- Gabriel, Oscar/Oskar Niedermayer (1997): Entwicklung und Sozialstruktur der Parteimitgliedschaften. In: Oscar Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 277-300.
- Gehring, Uwe W./Michael Wagner (1999): Wahlbeteiligung im hohen und sehr hohen Alter. Ergebnisse der Berliner Altersstudie. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 51, S. 681-705.
- Geißler, Rainer (1996): Politische Sozialisation in der Familie. In: Claußen, Bernhard/ders. (Hrsg.), *Die Politisierung des Menschen, Instanzen der politischen Sozialisation – Ein Handbuch*. Opladen: Leske + Budrich, S. 51-70.
- Gluchowski, Peter und Jürgen Hoffmann (1994): *STATT Partei*. Interne Studie Nr. 81. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung.
- Gluchowski, Peter/Hans-Joachim Veen (1979): Nivellierungstendenzen in den Wähler- und Mitgliedschaften von CDU/CSU und SPD 1959-1979. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 10, S. 312-331.
- Gluchowski, Peter/Hans-Joachim Veen (1983): Tendenzen der Nivellierung und Polarisierung in den Wählerschaften von CDU/CSU und SPD 1959 bis 1983. Eine Fortschreibung. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 14, S. 545-555
- Gluchowski, Peter/Hans-Joachim Veen (1988): Sozialstrukturelle Nivellierung bei politischer Polarisierung. Wandlungen und Konstanten in den Wählerstrukturen der Parteien 1959-1987. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 19, S. 225-248
- Gluchowski, Peter/Ulrich v. Wilamowitz-Moellendorf (1997): Sozialstrukturelle Grundlagen des Parteienwettbewerbs in der Bundesrepublik Deutschland. In: Gabriel, Oscar W./Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 179-208.
- Greiffenhagen, Martin und Sylvia (1993): *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*. 2., neu bearbeitete Auflage. München und Leipzig: List.
- Haungs, Peter (1983): Die Christlich Demokratische Union (CDU) und die Christlich Soziale Union (CSU). In: Hans-Joachim Veen (Hrsg.), *Christlich-demokratische und konservative Parteien in Westeuropa*, Bd. 1. Paderborn: Schoeningh, S. 9-194.
- Hennis, Wilhelm (1983): Überdehnt und abgekoppelt. An den Grenzen des Parteienstaates. In: Christian Graf von Krockow (Hrsg.), *Brauchen wir ein neues Parteiensystem?* Frankfurt/Main: Fischer, S. 28-46.
- Hoecker, Beate (1996): Innerparteiliche Frauenförderung in Großbritannien und Deutschland. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 27, S. 642-657.
- Inglehart, Ronald (1989): *Kultureller Umbruch. Wertwandel in der westlichen Welt*. Frankfurt a. M.: Campus.

- Jagodzinski, Wolfgang/Steffen Kühnel (1997): Werte und Ideologien im Parteienwettbewerb. In: Gabriel, Oscar W./Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 209-232.
- Jung, Matthias/Dieter Roth (1998): Wer zu spät geht, den bestraft der Wähler. Eine Analyse der Bundestagswahl 1998. *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament, B 52/98, S. 3-18.
- Kaase, Max (1995): Partizipation. In: Dieter Nohlen, *Wörterbuch Staat und Politik*. München: Piper, S. 521-527.
- Kessel, Wolfgang (1971): *Primärwahlen. Aufstellung der Kandidaten in direkter Wahl. Formen und Kriterien*. Bonn: Wissenschaftlicher Dienst des Deutschen Bundestages.
- Kießling, Andreas (2001): Politische Kultur und Parteien in Deutschland: Sind die Parteien reformierbar? *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 10/2001, S. 29-37.
- Kirchheimer, Otto (1965): Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems. *Politische Vierteljahresschrift*, 6, S. 20-41.
- Kitschelt, Herbert (1994): *The Transformation of European Social Democracy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Kohl, Helmut (1961): Die Nominierung der Kandidaten in Rheinland-Pfalz; Die Nominierung der Kandidaten der CDU. In: Karlheinz Kaufmann, Helmut Kohl und Peter Molt, *Kandidaten zum Bundestag. Die Auswahl der Bundestags-Kandidaten 1957 in zwei Bundesländern*. Köln und Berlin: Kiepenheuer & Witsch, S. 152-171.
- Koole, Ruud (1999): Die Antwort der niederländischen Parteien auf die wahlpolitischen Herausforderungen. In: Müller, Wolfgang C. und Fritz Plasser (Hrsg.), *Parteien auf komplexen Wählermärkten: Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. Wien: Signum, S. 315-351.
- Leibholz, Gerhard (1967): *Strukturprobleme der modernen Demokratie*. 3., erweiterte Auflage [urspr. 1958]. Karlsruhe: C. F. Müller.
- Lipset, Seymour Martin/Stein Rokkan (1967): Cleavage Structures, Party Systems, and Voter Alignments: An Introduction. In: dies. (Hrsg.), *Party Systems and Voter Alignments: Cross National Perspectives*. New York: Free Press, S. 1-64.
- Lösche, Peter und Franz Walter (1996): *Die FDP. Richtungsstreit und Zukunftszweifel*. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft.
- Lübker, Malte (2001): *Neue Wege innerparteilicher Partizipation: Mitgliederbefragungen und Mitgliederentscheide*. Diplomarbeit. Potsdam: Universität Potsdam.
- Michels, Robert (1911): *Die Soziologie des Parteienwesens in der modernen Demokratie*. 4. Auflage von 1989 (nach der 2. Auflage von 1925). Stuttgart: Kröner.
- Mielke, Gerd (1990): Des Kirchturms langer Schatten. Konfessionell-religiöse Bestimmungsfaktoren des Wahlverhaltens. *Der Bürger im Staat*, 40, S. 157-165.
- Milbrath, Lester/Goel, Madan L. (1977): *Political Participation. How and Why Do People Get Involved in Politics?* 2. Auflage. Chicago: Rand McNally.
- Mintzel, Alf (1984): *Die Volkspartei*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Neu, Viola (1997): Die Mitglieder der CDU. In: Wilhelm P. Bürklin, Viola Neu und Hans-Joachim Veen, *Die Mitglieder der CDU*. Interne Studie Nr. 148. Sankt Augustin: Konrad-Adenauer-Stiftung, S. 17-72.
- Neugebauer, Gero/Richard Stöss (1996): *Die PDS. Geschichte, Organisation, Wähler, Konkurrenten*. Opladen: Leske + Budrich.

- Nie, Norman H./Sidney Verba/Jae-On Kim (1974): Political Participation and the Life Cycle. *Comparative Politics*, 6, S. 319-340.
- Niedermayer, Oskar (1996): Das intermediäre System. In: Max Kaase/Andreas Eisen/Oscar W. Gabriel/ders./Helmut Wollmann (Hrsg.): *Politisches System*. Opladen: Leske + Budrich, S. 155-230.
- Poguntke, Thomas (1996): Bündnis 90/Die Grünen. In: Niedermayer, Oskar (Hrsg.), *Intermediäre Strukturen in Ostdeutschland*. Opladen: Leske + Budrich, S. 87-112.
- Polis (2000): *SPD-Mitgliederbefragung 2000, Datendokumentation*. München: Polis.
- Pollack, Detlef (1993): Wertwandel und religiöser Wandel in Ostdeutschland. In: Schäfers, Bernd, *Lebensverhältnisse und soziale Konflikte im neuen Europa. Verhandlungen des 26. deutschen Soziologentages in Düsseldorf 1992*. Frankfurt a. M.: Campus, S. 662-680.
- Raschke, Joachim (1991): *Krise der Grünen. Bilanz und Neubeginn*. Marburg: Schüren.
- Reichart-Dreyer, Ingrid (1997): Parteireform. In: Oscar Gabriel/Oskar Niedermayer/Richard Stöss (Hrsg.): *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 338-355.
- Renzsch, Wolfgang (1998): Anmerkungen zum Parteiensystem in Sachsen-Anhalt. In: Breit, Gotthard/Erhard Fondran/Stefan Schieren (Hrsg.), *Demokratie in Bedrängnis? Sachsen-Anhalt nach der Landtagswahl 1998*. Magdeburg: Landeszentrale für politische Bildung Sachsen-Anhalt.
- Rudzio, Wolfgang (1991): *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*, 3., völlig überarbeitete Auflage. Opladen: Leske + Budrich.
- Sarcinelli, Ulrich (1998): Parteien und Politikvermittlung. Von der Parteien- zur Mediendemokratie? In: ders. (Hrsg.), *Politikvermittlung und Demokratie in der Mediengesellschaft. Beiträge zur politischen Kommunikationskultur*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 273-296.
- Scarrow, Susan E. (1996a): *Parties and their Members. Organizing for Victory in Britain and Germany*. Oxford: Oxford University Press.
- Scarrow, Susan E. (1996b): Politicians against parties: Anti-party arguments as weapons for political change in Germany. *European Journal of Political Research*, 29, S. 297-317.
- Scarrow, Suzan E. (1999): Der Rückgang von Parteibindungen aus der Sicht der deutschen Parteien: Chance oder Gefahr? In: Müller, Wolfgang C. und Fritz Plasser (Hrsg.): *Parteien auf komplexen Wählermärkten: Reaktionsstrategien politischer Parteien in Westeuropa*. Wien: Signum, S. 71-101.
- Scheuch, Erwin K. und Ute (1992): *Cliquen, Klüngel und Karrieren. Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie*. Reinbek: Rowohlt.
- Schieren, Stefan (1996): Parteiinterne Mitgliederbefragungen: Ausstieg aus der Professionalität? Die Beispiele der SPD auf Bundesebene und in Bremen sowie der Bundes-F.D.P. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 27, S. 214-229.
- Schifrin, Alexander (1930): Parteiapparat und Parteiendemokratie. *Die Gesellschaft*, 7, S. 505-528.
- Schiller, Theo (1997): Parteien und Interessenverbände. In: Oscar W. Gabriel/Oskar Niedermayer und Richard Stöss (Hrsg.), *Parteiendemokratie in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 459-477.
- Schmidt, Ute (1997): *Von der Blockpartei zur Volkspartei? Die Ost-CDU im Umbruch 1989-1994*. Opladen: Westdeutscher Verlag.

- Schmidt-Bleibtreu, Bruno und Franz Klein (1999): *Kommentar zum Grundgesetz*. Neuwied/Rhein u.a.: Luchterhand.
- Schmitt, Hermann (1987): *Neue Politik in alten Parteien. Zum Verhältnis von Gesellschaft und Parteien in der Bundesrepublik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Schreiber, Wolfgang (1998): *Handbuch des Wahlrechts zum Deutschen Bundestag: Kommentar zum Bundeswahlgesetz*. 6., neu bearb. Auflage. Köln: Heymanns.
- Seidel, Klaus (1998): *Direkte Demokratie in der innerparteilichen Willensbildung*. Frankfurt/Main: Lang.
- Seyd, Patrick/Paul F. Whiteley (1992): *Labour's Grass Roots. The Politics of Party Membership*. London: Clarendon.
- Streeck, Wolfgang (1987): Vielfalt und Interdependenz. Überlegungen zur Rolle von intermediären Organisationen in sich ändernden Umwelten. *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 39, S. 471-495
- Stubbe-da Luz, Helmut (1994): *Parteiendiktatur: Die Lüge von der „innerparteilichen Demokratie“*. Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein.
- Tiemann, Heinrich (1993): Die SPD in den neuen Bundesländern – Organisation und Mitglieder. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 24, S. 415-422.
- Ullrich, Carsten G. (2000): Die soziale Akzeptanz des Wohlfahrtsstaates. Ergebnisse, Kritik und Perspektiven einer Forschungsrichtung. *Soziale Welt*, 51, S. 131-152.
- Vaskovics, Lazlo A. (1989): Schicht. In: Günter Endruweit/Gisela Trommsdorff (Hrsg.), *Wörterbuch der Soziologie*. Stuttgart: Enke, S. 557-564.
- Veen, Hans-Joachim, Norbert Lepszy und Peter Mnich (1993): *The Republikaner Party in Germany. Right-Wing Menace or Protest Catchall?* Washington Papers No. 162. Westport, Connecticut und London: Praeger.
- Verba, Sidney/Kai Lehman Schlozman/Henry E. Brady (1995): *Voice and Equality. Civic Voluntarism in American Politics*. London: Harvard University Press.
- Verba, Sidney/Norman Nie/Jae-On Kim (1978): *Participation and Political Equality. A Seven-Nation Comparison*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Weizsäcker, Richard von (1992): *Richard v. Weizsäcker im Gespräch mit Gunter Hofmann und Werner A. Perger*. Frankfurt/Main: Eichborn.
- Welzel, Christian (1995): Politikverdrossenheit und der Wandel des Partizipationsverhaltens: Zum Nutzen direkt-demokratischer Beteiligungsformen. *Zeitschrift für Parlamentsfragen*, 26, S. 141-148.
- Weßels, Bernhard (1992): *Bürger und Organisationen – Ost- und Westdeutschland: vereint und doch verschieden?* Working Paper FS III 92-204. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Weßels, Bernhard (1993a): *Mobilisieren Interessengegenschaften? Die „Hostility“-Hypothese, Wahlbeteiligung und Wahlentscheidung bei der Bundestagswahl 1990*. Working Paper FS III 93-206. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Weßels, Bernhard (1993b): *Gruppenbindungen und rationales Handeln als Determinanten der Wahlentscheidung in Ost- und Westdeutschland*. Working Paper FS III 93-208. Berlin: Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung.
- Weßels, Bernhard (1997): Politisierung entlang neuer Konfliktlinien? In: Ansgar Klein und Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.): *Politische Beteiligung und Bürgerengagement in Deutschland*. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 205-230.

Whiteley, Paul/ Patrick Seyd (1998): The Dynamics of Party Activism in Britain: A Spiral of Demobilization? *British Journal of Political Science*, 28, S. 113-137.

Whiteley, Paul/Patrick Seyd/Jeremy Richardson (1994): *True Blues: The Politics of Conservative Party Membership*. Oxford: Clarendon Press.

Wildenmann, Rudolf (1954): *Partei und Fraktion*. Meisenheim am Glan: Anton Hain.

Zeuner, Bodo (1970): *Kandidatenaufstellung zur Bundestagswahl 1965*. Den Haag: Nijhoff.

Kurzbiographien und Kontakte

Prof. Dr. Wilhelm Bürklin, geb. 1949, Studium der Politik- und Wirtschaftswissenschaften in Mannheim, 1984 Promotion in Mannheim, 1991 Habilitation in Kiel; 1991/92 Lehrstuhlvertretung in Mainz, 1992 Ruf auf einen Lehrstuhl für das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, Universität Potsdam. Forschungsschwerpunkte: Wahl- und Parteienforschung, empirische Demokratietheorie, Elitenforschung. Zu diesen Gebieten zahlreiche Veröffentlichungen; zuletzt: *Eliten in Deutschland* (Opladen 1997). Seit 1997 von der Universität Potsdam beurlaubt, zunächst Geschäftsführer der Gesellschaft für Bankpublizität, Köln, seit 2000 Mitglied der Geschäftsführung des Bundesverbandes deutscher Banken, Berlin.

Prof. Dr. Wilhelm Bürklin
Bundesverband deutscher Banken e.V.
Burgstr. 28
10178 Berlin
E-Mail: Wilhelm.Buerklin@bdb.de
Tel.: (030) 1663-0

Dipl.-Pol. Roberto Heinrich, geb. 1971, ist Projektleiter beim Berliner Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap. Nach dem Studium der Politikwissenschaften war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Potsdamer Parteimitgliederprojekt tätig. Letzte Veröffentlichung: Die Haltung der Deutschen zu Auslandseinsätzen der Bundeswehr nach dem 11. September, in: *Informationen für die Truppe*, Heft 1/2002.

Roberto Heinrich
Infratest dimap
Moosdorfstraße 7-9
12435 Berlin
Tel.: (030) 5 33 22-0
E-Mail: roberto.heinrich@nfoeurope.com
Internet: <http://www.infratest-dimap.de>

Dipl.-Pol. Malte Lübker, geb. 1972, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Regierungslehre und Policyforschung am Institut für Politikwissenschaft der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg. Nach einer Ausbildung zum Journalisten an der Henri-Nannen-Schule/Hamburger Journalistenschule hat er in Potsdam Politikwissenschaft studiert und an der School of Oriental and African Studies (SOAS) in London einen Master in Development Studies gemacht. Seine bisherigen Veröffentlichungen beschäftigten sich mit Parlamentarismus in den neuen Bundesländern und entwicklungspolitischen Themen, zuletzt gemeinsam mit Graham Smith und John Weeks, 'Growth and the Poor: A Comment on Dollar and Kraay', in: *Journal of International Development* (im Erscheinen).

Malte Lübker

Institut für Politikwissenschaft

Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg

06099 Halle (Saale)

Tel.: (0345) 552-42 62, Fax: (0345) 552-71 45

E-Mail: luebker@politik.uni-halle.de

Internet: <http://www.politik.uni-halle.de/schuettemeyer/>

Heiko Biehl, M.A., geb. 1971, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Sozialwissenschaftlichen Institut der Bundeswehr (SOWI) in Strausberg. Nach dem Studium der Politikwissenschaft, Neueren Geschichte und Informationswissenschaften in Saarbrücken, Berlin und Potsdam war er als wissenschaftlicher Mitarbeiter im Potsdamer Parteimitgliederprojekt tätig. Veröffentlichungen zum Parteiensystem sowie zu sicherheitspolitischen und militärsoziologischen Fragestellungen, zuletzt: 'Auseinander driften statt zusammen wachsen? Die Unterschiede im sicherheitspolitischen Meinungsbild der Ost- und Westdeutschen', in: Sabine Collmer und Gerhard Kümmel (Hg.). *Europäische Streitkräfte in der Postmoderne*, Baden-Baden: Nomos (im Erscheinen).

Heiko Biehl

Sozialwissenschaftliches Institut der Bundeswehr (SOWI)

Proetzeler Chaussee 20

15331 Strausberg

Tel.: (03341) 58-1808 und -1801 (Sekretariat), Fax: (03341) 58-1802

E-Mail: heikobiehl@bwb.org

Internet: <http://www.sowi-bundeswehr.de>